Tendenzielle Meinungsbildung mittels sprachlicher Manipulation in der rechtsradikalen Publizistik –

Eine kritische Untersuchung der Propagandamethoden der „Deutschen National-Zeitung" im Vergleich zum NSDAP-Parteiorgan „Völkischer Beobachter"

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades
eines Doktors der Philosophie
in der
Abteilung für Philologie
der
RUHR-UNIVERSITÄT Bochum

vorgelegt von
Andreas Wenzel

Bochum, im Juli 1981

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Tendenzielle Meinungsbildung mittels sprachlicher Manipulation in der rechtsradikalen Publizistik -

Eine kritische Untersuchung der Propagandamethoden der "Deutschen National-Zeitung" im Vergleich zum NSDAP-Parteiorgan "Völkischer Beobachter"

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines Doktor der Philosophie
in der
Abteilung für Philologie
der
RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

vorgelegt von

Andreas Wenzel

Bochum im Juli 1981

Meinem verehrten Lehrer,
Herrn Prof. Dr. Siegmund A. Wolf, danke ich herzlich für seine großzügige Unterstützung, seine Förderung in allen Bereichen und für sein stetes Interesse am Fortgang meiner Arbeit.

Besonders danken möchte ich auch Herrn Dr. Wulf Wülfing, der mir freundlicherweise einen Teil seiner noch nicht veröffentlichten Arbeit zur Schlagwortforschung noch vor offiziellem Abdruck zur Verfügung stellte.

Nicht zuletzt möchte ich allen meinen Freunden danken, die mich zwar selten aber manchmal zur Arbeit kommen ließen, darunter besonders Susanne Ullrich und Inken Sönksen, die mir bei der Fertigstellung der Dissertation jederzeit hilfreich zur Seite standen.

Meiner einzigartigen Mutter von einem ihrer einzigartigen Söhne.

Inhaltsverzeichnis Seite

1.	Einleitung	1
2.1.o.	Entwicklung DNZ	8
2.1.1.	Freys Pressekonzentration und Konkurrenz im rechten Lager	14
2.1.2.	Äußeres Erscheinungsbild	16
2.2.o.	Geschichtliche Entwicklung der VB	18
2.2.1.	Äußeres Erscheinungsbild	27
2.2.2.	Konzentration der NS-Presse	28
3.o.	Themenbereiche allgemein	36
3.1.1.	Antikommunismus in der DNZ	39
3.1.2.	Antikommunismus im VB	45
3.2.1.	Antisemitismus in der DNZ	52
3.2.2.	Antisemitismus im V.B.	58
3.3.1.	Diffamierung des Auslandes und seiner Repräsentanten in der DNZ	65
3.3.2.	Diffamierung des Auslands und seiner Repräsentanten im V.B.	7o
3.4.1.	Antiparlamentarismus und Intellektuellenkritik in der DNZ	75
3.4.2.	Antiparlamentarismus und Intellektuellenkritik im "Völkischen Beobachter"	8o
3.5.1.	Die Kriegsschuldfrage in der DNZ	87
3.5.2.	Die Kriegsschuldfrage im V.B.	9o
3.6.1.	Nationalismus in der DNZ	92
3.6.2.	Nationalismus im V.B.	93
3.7.o.	Zusammenfassung	97

Seite

4.o.	Sprachliche Propagandamethoden in DNZ und V.B. im direkten Vergleich	99
4.1.	Exkurs: Historische und wissenschaftstheoretische Einordnung des Phänomens "Schlagwort"	116
4.2.	Entstehung und Funktion von Schlagworten	12o
4.3.	Merkmale und Charakteristika des Schlagwortes	126
4.3.1.	Emotionalisierung und Antiratio-nalität	126
4.3.2.	Inhaltliche Unbestimmtheit und scheinbare Klarheit	132
4.3.3.	Verkürzung - Abkürzungen	135
4.3.4.	Wiederholungszwang	136
4.3.5.	Kontextgebundenheit	139
5.o.	Propaganda- und Manipulations-techniken, emotionale Argumen-tationsweise	145
6.1.	Selbstdarstellung der DNZ	161
6.2.	Selbstdarstellung und Interna des "Völkischen Beobachters"	164
7.o.	Abschließende Beurteilung	169
	Literaturverzeichnis	

1. Einleitung

Das Phänomen des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland ist nach wie vor aktuell. Wenn es auch ernsthafte Äußerungen gibt, die dieser Richtung jedes Gewicht absprechen oder sie zumindest für recht belanglos halten, so ist doch eine starke Kontinuität rechtsextremer Ideen festzustellen. Wie bei einer von der SPD-Bundestagsfraktion veranstalteten Anhörung von Fachleuten zum Thema Rechtsextremismus im November 1979 deutlich wurde, ist zwar die Zahl der organisierten Mitglieder in rechtsextremistischen Organisationen von 18200 im Jahr 1976 auf etwa 17000 Personen im Jahr 1979 gesunken, der militante "harte Kern" der Rechtsradikalen, die auch vor Gewalttaten nicht zurückschrecken, jedoch angestiegen. Ihre Zahl wurde vom Bundesverfassungsamt auf 300 beziffert. Weitere 1000 Rechtsextremisten müßten als Fanatiker eingestuft werden. Analog dazu hat die Zahl rechtsextremistischer Ausschreitungen erheblich zugenommen. Raubüberfälle, Anschläge, der Besitz von ganzen Waffenlagern und Sprengstoff seien Hinweise dafür, so der Abteilungspräsident beim Bundeskriminalamt Römelt, daß die Rechtsradikalen ihre Methoden denen der "Roten Armee Fraktion" angleichen wollen. [1)]
Diese beängstigende Entwicklung erklärt sich aus einer der jahrzehntelangen Unfähigkeit des

---

(1) vgl. Frankfurter Rundschau, 27.11.1979, S. 1, Schlagzeile: "Neonazis nehmen sich angeblich RAF-Terroristen zum Vorbild"

Gesetzgebers und der Öffentlichkeit, gegen die Existenz der zahllosen paramilitärischen und halbfaschistischen Traditionsverbände samt ihren Buch- und Zeitschriftenverlagen außer mit sprachlichen Mitteln auch praktischer und juristisch erfolgreicher vorzugehen. Zum Zentralorgan dieser rechtsextremistischen Bewegungen hat sich die "Deutsche National-Zeitung" (DNZ) entwickelt, die unter Leitung ihres Chefredakteurs Dr. Gerhard Frey Woche für Woche deutsche Vergangenheit auf ihre Weise bewältigt und durch ihren Tonfall Reminiszenzen an Zeitungen des Dritten Reichs weckt. So sorgt die drittgrößte (!) politische Wochenzeitung der Bundesrepublik nunmehr seit 29 Jahren im deutschen Pressewesen für Aufsehen, zeitweilig sogar für Aufruhr. Mit Schlagzeilen wie "Die Lüge von 6 Millionen ermordeter Juden" oder "Ewig zahlen für Auschwitz?" provozierte die ultrarechte Publikation selbst konservative Blätter wie "Die Welt" zu scharfen Distanzierungen: "Wir haben ein solches erbärmliches Niveau journalistischer Gesinnung, eine solche Ballung von Hass, Zynismus und Menschenverachtung in Deutschland bisher nur in den Nazi-Blättern der Weimarer Jahre und unter der Herrschaft Hitlers erlebt." [2] Die Kritik an der Sprache und Methode der DNZ beschäftigte verschiedenste demokratische Interessengruppen in der Bundesrepublik. Der Deutsche Presserat sprach seine Empörung über die publizistischen Methoden der "National-Zeitung" aus und sah in ihnen einen anhaltenden Mißbrauch

(2) Schueler, Hans; "Geballte Ladung von Haß, Zynismus und Menschenverachtung". In: Die Welt, Nr. 25, 30.1.1969

der Pressefreiheit. Der Zentralrat der Juden in Deutschland intervenierte wegen antidemokratischer und antisemitischer Veröffentlichungen. Mitglieder der Bundesregierung, Abgeordnete des Bundestages und der Länderparlamente sowie Vertreter politischer Parteien, der Gewerkschaften und der Verfolgtenorganisationen forderten wiederholt Maßnahmen gegen die DNZ und ihren Herausgeber Dr. Gerhard Frey.
57 namhafte Wissenschaftler, Schriftsteller, Juristen und Theologen richteten am 2. Mai 1965 einen Appell an den Bundespräsidenten, den Bundestagspräsidenten, die politischen Parteien, die Kirchen und den Deutschen Gewerkschaftsbund, in dem sie der "National-Zeitung" die Verbreitung "antisemitischer und im Wesen faschistischer Gedanken" [3] vorwarfen. Auch der Bundestag be-

---

(3) gegen das Weitererscheinen der "DNZ" wandten sich:
Prof. Walter Gerlach; Prof. Hartmut v. Hentig; Prof. Walter Jens; Alexander Kluge; Clemens Münster; Prof. Ernst Steinach; Ilse Aichinger; Ingeborg Bachmann; Elisabeth Borchers; Kasimir Edschmid; Günter Eich; Hildegard Hamm-Brücher; H. Werner Henze; Prof. H. Heimpel; Elisabeth Heisenberg; Heinz Huber; Wolfgang Leonhard; Prof. Hans Mayer; Alfred Neven-Du-Mont; Harald Poelchau; Marcel Reich-Ranicki; Prof. Rothfels; Ernst Schnabel; Oberlandesgerichtsrat i. R. Richard Schmid; Gösta v. Uexküll; Landgerichts-Dir. Gräfin York v. Wartenburg; Prof. Waldemar Besson; Prof. Dietrich Bracher; Prof. P. Heimann; Prof. Alexander Mitscherlich; Prof. Walter Rest; Pfarrer Adolf Sommerauer; Hans-Dieter Müller; Prof. Walter Erbe; Mariette Rest; Geno Hartlaub; Dr. Heinz Zahrnt; Günter Grass; Prof. Theodor Adorno; Prof. Wilhelm Kütemeyer, Theodor Stelzer; Prof. Helmut Thielicke; Prof. Paul Ohlmeyer; Prof. Rudolf Hillebrecht; Eberhard Bethge; Prof. René König; Prof. Karl Steimel; Prof. Werner Plügge; Prof. Helmut Gollwitzer; Siegfried Unseld; Hermann Mostar; Inge Aicher-Scholl; Golo Mann; Prof. Butenandt.
Fortsetzung der Anmerkung nächste Seite

schäftigte sich mit dem Problem der DNZ-Berichterstattung. Anläßlich der Debatte über die NS-Verjährung am 1o. März 1965 zog der SPD-Abgeordnete Adolf Arndt die Verbindungslinie zwischen der Sprache des Nationalsozialismus und den Praktiken der "Deutschen National-Zeitung":

> "Damals hieß es: 'Stecht ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau!' Nun, etwas vorsichtiger ist man. Aber was in der 'National-Zeitung' steht, das ist die Sprache der potentiellen Mörder von morgen." 4)

Die zeitweilige Mobilisierung von Gefühlen der Entrüstung zeigt sich besonders deutlich in einem anonymen Leserbrief, den die DNZ getreu ihrem auffälligen Märtyrerbewußtsein abdruckt: "Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein, wenn Gesindel wie Sie eine deutschsprachige Zeitung herausgeben dürfen." 5) Auch im Ausland beobachtete man mit wachsendem Mißtrauen die Arbeit der DNZ. Die Beschwörung des drohenden Rechtsextremismus durch die Auslandspresse drohte zeitweise das politische Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik in den westlichen Ländern ernsthaft zu gefährden. In der Propaganda der DDR wurde die extreme politische Richtung der DNZ zum Anlaß genommen, die Bundesrepublik als geistige Nachfolgerin des nationalsozialistischen Systems darzustellen.

Fortsetzung der Anmerkung
zit. nach Esel, Erwin u. a. "Die Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung" Ein Kapitel bundesdeutscher Wirklichkeit, Sonderreihe aus gestern und heute. München: IG Metall Bayern, 2. Aufl. 1965, IG Druck + Papier Bayern, Gewerkschaftlicher Arbeitskreis der Studenten

(4) MdB Adolf Arndt (SPD) am 1o. März 1965 im Deutschen Bundestag, Debatte über Verjährung von NS-Verbrechen

(5) DNZ, Nr. 44, 1.11.1968

Die innenpolitische Empörung weiter Bevölkerungskreise fand bis heute ihren Niederschlag in über 5oo Ermittlungsverfahren und Strafanzeigen [6], die zum Großteil in den späten sechziger Jahren gegen die DNZ angestrengt wurden und in keinem Fall zu einer Verurteilung des Blattes oder seines Chefs Dr. Gerhard Frey führten. In diesem Zeitraum hatte die DNZ auch die meisten Leser, wie die IVW-Auflagenlisten belegen. Absoluter Auflagenrekord in der Geschichte der DNZ waren im Juli 1967 15o.2oo Exemplare. (Druckauflage). Heute wird die DNZ wöchentlich in einer Auflage von 1oo ooo an die Kioske der Bundesrepublik geliefert und ist vor allem im freien Verkauf äußerst erfolgreich.
Die Leserschaft der DNZ rekrutiert sich zum großen Teil aus national-konservativen, antikommunistischen Kreisen, die von traditionalistischen Tendenzen beherrscht sind und das gegenwärtige parlamentarische System ganz oder zum Teil ablehnen. Wie es für Minderheiten mit extremer politischer Auffassung und Weltanschauung typisch ist, kann man auch in der Leserschaft der DNZ einen Hang zur Solidarisierung verspüren, was durch die Flut von positiven Leserbriefen zum Ausdruck kommt. Man ist sich einig in dem Wunsch nach Erhaltung bestehender oder nach Restaurierung vergangener gesellschaftlicher und politischer Zustände. Außerdem läßt sich eine starke Betonung des Nationalen bis zum hemmungslosen Chauvinismus feststellen. Zur Zusammensetzung rechtsradikaler Kreise, also potentieller Leser der DNZ, nach Kriegsende, äußert sich Hans Frederik:

"Damals reichte der rechtsradikale Bereich

---

(6) vgl. beiliegendes Interview

> beispielsweise vom deutschnationalen Veteranen, der im Dritten Reich abseits gestanden hatte, bis zum 15- und 16-jährigen ehemaligen Jungzugführer, der in der allerletzten Kriegsphase noch Waffen getragen, an Gefechten teilgenommen und sich aus idealistischen Gründen nach 1945 bei der extremen Rechten politisch betätigte."[7]

Adressaten des Blattes "für Unheilbare und Gamaschenknöpfe" [8] sind außerdem neben Alt- und Neonazis in erster Linie auch Konservative, auf deren Unzufriedenheit mit dem liberal-pluralistischen Gemeinwesen die DNZ spekuliert. Das Leserpublikum dürfte weiter bestehen aus nicht integrierten Vertriebenen, ehemaligen Berufssoldaten, sozial degradierten Nationalsozialisten und Enttäuschten aller Schichten (unzufriedene Arbeitslose, Jugendliche, Landwirte). Wie eine Untersuchung des Allensbacher Instituts für Demoskopie ergab, wird die Zeitung nur von o,6 Prozent der erwachsenen Bevölkerung regelmäßig gelesen; von 2,6 Prozent nicht regelmäßig und von 3,9 Prozent selten. [9]

Da auffallend ist, wie stark sich die DNZ eingeschliffener psychologischer Mechanismen bedient, die schon im totalitären Propagandasystem der Nationalsozialisten Verwendungen fanden, erscheint es reiz- und sinnvoll, die "Deutsche National-Zeitung" mit dem Parteiorgan der NSDAP, dem "Völkische Beobachter" zu vergleichen. Durch diese diachrone Betrachtungsweise ist es möglich, Entwicklungen, Veränderungen und, wenn vorhanden, auch eindeutige Gemeinsamkeiten in der rechtsradikalen Publizistik Deutschlands vor und nach Kriegsende darzustellen. Zu diesem Zweck sollen im

---

(7) Frederik, Hans, "Die Rechtsradikalen", Humboldt-Verlag München 1965, S. 13.

(8) Oberstleutnand Schnückle, Sprecher des Verteidigungsministeriums am 3.4.1959 über die DNZ

(9) DNZ Nr. 23, 16.8.1968

folgenden die bevorzugten gemeinsamen Themenbereiche, die Sprache und die sprachlich-psychologischen Propagandamethoden beider Zeitungen untersucht werden. Es geht einerseits um den Versuch, Phänomene, die in der DNZ auftreten, im V. B. wiederzufinden, andererseits darum, Interpretationen und Erkenntnisse, die aus dem Propagandawesen des Nationalsozialismus gewonnen werden konnten, auf die Arbeit der DNZ anzuwenden.

An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß der Verfasser sich - vielleicht verständlicherweise - wegen der Brisanz und der Aktualität der angesprochenen Problemkreise trotz verbissenen Bemühens einiger Wertungen nicht enthalten konnte. Vor allem dem, der die Macher der "National-Zeitung" persönlich kennengelernt hat, fällt es besonders schwer, die wissenschaftliche Objektivität zu bewahren. [1o)]
Untersuchungszeitraum für die "Deutsche National-Zeitung" sind die Jahrgänge 1967-1969, da das Blatt zu dieser Zeit die größte Verbreitung fand. Der "Völkische Beobachter" wird anhand der Jahrgänge 1933 und 1943 untersucht, um Differenzen zwischen der Berichterstattung der frühen NS-Zeit und der Propaganda Mitte bis Ende des Krieges darzustellen. Außerdem sind signifikante Zitate in einer allgemeinen Durchsicht zusammengestellt worden. Es handelt sich ausschließlich um typische Beispiele.

(1o) vgl. beiliegendes Interview mit Bruno Wetzel, Verantwortlicher Redakteur der DNZ

2.1.o. Entwicklung DNZ

Wenn man die Entwicklungsgeschichte der DNZ bis zu den Ursprüngen zurückverfolgt, stößt man auf 4 ehemalige NS-Funktionäre, die schon bei ihrem gemeinsamen Aufenthalt im Gefangenenlager von Garmisch-Partenkirchen kurz nach dem Krieg auf die Idee kamen, eine deutschnationale Zeitung zu gründen. Sie sollte die Rechte deutscher Soldaten wirksam vertreten und den Wehrwillen des deutschen Volkes wachhalten bzw. reaktivieren. Zu diesen vier Gründern gehörten Helmut Damerau, NSDAP-Kreisleiter und Landrat von Preußisch-Holland (Ostpreußen), dem das Bayerische Innenministerium nach dem Krieg wieder die Beamteneigenschaft als 131er zuerkannte; Heinrich Detloff von Kalben, NS-Landrat von Stendal; Joachim Ruoff, Oberst der Waffen-SS und IA im Führungshauptquartier der Waffen-SS; außerdem Paul Steiner, General der Waffen-SS [1]. 1950 gründete Damerau in München den Schild-Verlag, als dessen Geschäftsführer er am 6. Juni 1951 [2] erstmals die "Deutsche Soldatenzeitung" (SZ)

---

(1) vgl. IG Metall-Landesbezirk Bayern, IG Druck und Papier-Landesbezirk Bayern und Gewerkschaftlicher Arbeitskreis der Studenten-München (GAST): Die Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung, ein Kapitel bundesdeutscher Wirklichkeit, in: Sonderreihe aus gestern und heute, Nr. 11, 1965, S. 8

(2) Klaus Klöckner, in: Hessische Blätter für Volksbildung, Heft 4, 1966, gibt abweichend von diesem allgemein als Ersterscheinungsdatum anerkannten Termin den 22. März 1951 als Tag des ersten Erscheinens an.

mit einer Auflage von 3oooo Exemplaren [3] herausbrachte. Vor allem verdankte die SZ ihrer Entstehung massiven finanziellen Subventionen amerikanischer Kreise, die großes Interesse an der publizistischen Förderung des bundesdeutschen NATO-Beitrages hatten. [4] Trotz dieser Zahlungen wurde die finanzielle Situation des Blattes schnell schlechter, so daß die Hälfte der Auflage ab September 1951 vom soeben gegründeten "Verband Deutscher Soldaten" (VDS) übernommen wurde, der über kein eigenes Organ verfügte.
Dieser Umstand führte erwartungsgemäß zu einer starken Einflußnahme des Verbandes auf das Wochenblatt, so daß bereits 1952 die ersten Probleme auftraten, als SZ-Chefredakteur Cornelius O. Pfeiffer vom Bonner Regierungskurs abwich und starke Geschütze gegen die auch vom VDS unterstützte Konzeption der Bundeswehr auffuhr. Auf Druck des Verbandes wurde Pfeiffer daraufhin gegen A. Werner Uhlig, einen ehemaligen Mitarbeiter des Goebbels-Ministeriums für Propaganda, ausgetauscht. Außerdem wurde die SZ in zwei unterschiedliche Ausgaben aufgeteilt: die eine erschien unter Uhligs Leitung weiter als politische Wochenzeitung, die andere wurde zum offi-

---

(3) vgl. G. Paschner: Falsches Gewissen der Nation, Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung, Mainz 1967, S. 13; es dürfte die Druckauflage gemeint sein.

(4) vgl. Interview mit DNZ-Redakteur Bruno Wetzel, der von einer einmaligen Zahlung von 1oo.ooo DM spricht. "Der Spiegel" vom 13. August 1957 dagegen spricht von kontinuierlichen Zahlungen bis 1953, was einleuchtender erscheint, da von diesem Zeitpunkt an die Unterstützung durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung einsetzt.

ziellen Verbandsblatt des VDS (später erschienen als "Soldat und Volk") und verbandsintern redigiert vom Pressereferenten Irmfried von Wechmar.
Unter Uhlig als Chefredakteur verminderte sich die Zahl der SZ-Leser. Paschner vermutet den Grund dafür in einem zu forschen Umschwenken auf die Linie der Bundesregierung, was der traditionell national-konservativen Leserschaft nicht zusagte, "sodaß die Auflage rapide absackte". [5] Im Winter 1953 wurden zudem die amerikanischen Geldgeber zahlungsunwillig, worauf Verlagsleiter Damerau die schon seit 1951 bestehenden Kontakte zum Presse- und Informationsamt der Bundesregierung verstärkte. Seine Bemühungen hatten Erfolg. Um der Zeitung weiter zu ermöglichen, für "einen antibolschewistischen deutschen Verteidigungsbeitrag" [6] zu werben, zahlte das Bundespresseamt monatliche Subventionen von 11ooo DM. [7] Ende 1954 jedoch kam

---

(5) vgl. G. Paschner a.a.O., S. 13

(6) vgl. IG Metall u.a., a.a.O., S. 9

(7) Über Dauer und Umfang des SZ-Subventionierungen aus Mitteln des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung existieren verschiedene Versionen. Laut Spiegel Nr. 11/1963 hat die Subventionierung "einen Sommer lang" gedauert und ist im Oktober 1954 eingestellt worden. Die FAZ vom 4.4.1959 vertritt die Ansicht, die Laufzeit der Finanzierungshilfe habe anderthalb Jahre betragen und erst am 31.12.1954 geendet. Aus einer Verlautbarung des SPD-Pressedienstes Bonn, vom 13.8.1957 geht hervor, daß schon ab 1951 monatlich 11ooo DM überwiesen wurden. Günter Köhler in: Neue Deutsche Presse Nr.6 1966, Seite 27-28 macht zum finanziellen Umfang folgende Anmerkung: "Die Schützenhilfe ging so weit, daß das Bundespresseamt in den ersten Jahren der Existenz der Soldaten-Zeitung das Blatt mit einem monatlichen Förderungsbeitrag von 11ooo DM hochpäppelte." vgl. zu diesem Thema auch DNZ-Interview.

es zwischen dem Bundespresseamt und dem Chefredakteur zu Differenzen. Die Zahlungen wurden eingestellt, und die SZ konnte, ohne von irgendjemand abhängig zu sein, "die braune publizistische Katze aus dem Sack lassen". [8)]

Die erwünschten finanziellen Erfolge stellten sich allerdings trotzdem nicht ein, denn Anfang 1955 erreichten die Schulden des Schild-Verlages eine Höhe von 9oooo DM, und die SZ konnte nur noch einmal monatlich erscheinen. Synchron zur wirtschaftlichen Krise ergaben sich Personalprobleme. Schon im März 1954 hatte Chefredakteur Uhlig seinen Posten aufgeben müssen, da er versucht hatte, Damerau mit Intrigen aus dem Verlag zu drängen. [9)] Es folgten kurz aufeinander mehrrere Interimsredaktuere, von denen der letzte, Erich Kernmayer alias Erich Kern, ehemaliger Offizier der SS-Division "Das Reich" und NS-Epiker, Anfang 1955 die Redaktionsleitung übernahm. Nach weiteren drei Jahren Mißwirtschaft, als die Verschuldung des Verlages auf 15oooo bis 2ooooo DM angewachsen war, reichte er zusammen mit nahezu allen Redakteuren die Kündigung ein. [1o)]

Die entscheidende Wende in der Entwicklungsgeschichte der Soldaten-Zeitung bis zur heutigen Deutschen National-Zeitung vollzog sich am Jahresausgang 1958. Gerhard Frey, der bis heute die Geschicke des Blattes lenkt und als verantwortlicher Chefredakteur seit Jahren Stil

---

(8) vgl. IG Metall u.a., a.a.O., S. 12

(9) vgl. Paschner a.a.O., S. 14

(1o) vgl. ebda S. 14

und Richtung der Zeitung prägt, trat auf den Plan. Der damals 26jährige Jurastudent aus vermögendem Hause hatte bereits einige Male als freier Mitarbeiter für die SZ gearbeitet.

1933 in Cham in der Oberpfalz, dem bayrischen Armenviertel, als Sohn eines vermögenden Kaufmanns geboren, hatte er schon in frühester Kindheit ein prägendes Erlebnis, auf das Paschner hinweist:

> "Als im Frühjahr 1945 amerikanische Truppen in das oberpfälzische Städtchen Cham einzogen, stand ein zwölf Jahre alter Junge am Straßenrand und weinte,'weil das Vaterland geschlagen ist'!" [11]

Frey gelang es, die Verlagsstruktur vollkommen zu ändern, indem er die SZ vom Schild-Verlag trennte und ab 1. Januar 1953 in die neu gegründete "Deutsche Soldaten-Zeitung Verlagsgesellschaft m. b. H." überführte. Die Hälfte des Stammkapitals von insgesamt 70000 DM stellte er selbst, die andere Hälfte Damerau (24%) zusammen mit seiner Gattin (26 %) als stille Teilhaberin. Intrigen und scharfe Meinungsverschiedenheiten in Fragen der wirtschaftlichen Verlagsführung führten zum Zerwürfnis zwischen dem jungen, ehrgeizigen Frey und dem älteren Damerau, der den verschleißenden Machtkämpfen nicht gewachsen war und schließlich gesundheitlich zusammenbrach. [12] Einen sechswöchigen Kuraufenthalt Dameraus nutzte Frey,

---

(11) vgl. ebd. S. 11

(12) vgl. ebd. S. 15

um ihn aus dem Verlag herauszudrängen. Im März 1959 wurde Damerau auf Antrag seines Kontrahenten wegen "vorsätzlicher unerlaubter Handlungen zum Schaden des Verlages" als Geschäftsführer abberufen. Im Juli 1960 wurde das Ehepaar Damerau von Frey mit 75000 DM abgefunden. Er hatte sein Ziel erreicht: Ab August '60 war er Alleinbesitzer des Verlages, Herausgeber und Chefredaktuer der Soldaten-Zeitung in Personalunion.
Die Redaktion der SZ war bereits im April '59 in Freys Villa nach München-Pasing umgezogen. Verleger Frey schied vor der zweiten Staatsrpüfung aus dem juristischen Dienst aus und promovierte an der Grazer Universität in Volkswirtschaft. [13] Der frischgebackene Doktor Frey hatte das Ziel, aus dem Reminiszenzblatt ehemaliger Kriegskameraden eine Zeitung mit einseitiger Ambition und "extrem" gerader Richtung zu machen. Das gelang, wie ihm in den "Studien von Zeitfragen", bescheinigt wird:

> "Dank der publizistischen Initiative Dr. Freys konnte die DSZ ihre Bezieherzahl u. a. durch aufsehenserregende Interviews steigern, die sie von interessanten, z. T. auch umstrittenen Persönlichkeiten erhielt..." [14]

---

(13) nähere Angaben über Gründe für die Aufgabe des Jurastudiums in der Referendarzeit waren nicht auffindbar;

(14) vgl. "Studien von Zeitfragen", Mainz, Februar 1961

Während die Auflagenzahlen der SZ jetzt immer weiter stiegen und die Zeitung wieder halbmonatlich erscheinen konnte, vollzog sich eine Umstrukturierung der hauptsächlich behandelten Themengebiete. Militarismus geriet mehr und mehr in den Hintergrund, der soldatische Charakter der Zeitung wich dem nationalistischen. Eine Tendenz, die sich auch in den Titeländerungen der folgenden Jahre widerspiegelt. Ab 1. Januar 1961: "Deutsche Soldaten-Zeitung " und' National-Zeitung;' ab 12. Dezember 1962: Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung; später entfällt der Zusatz "Soldaten-Zeitung" völlig, und die SZ erscheint nur noch als Beilage zur "Deutschen National-Zeitung" (DNZ). Frey beruft sich bei dieser letzten Umbenennung ausdrücklich auf die liberal-konservative Tradition der 1848 in Berlin gegründeten "National-Zeitung." [15]

2.1.1. Freys Pressekonzentration und Konkurrenz im rechten Lager

Frey begnügte sich nicht mit einer Hauspostille, über die er seine konservative Botschaft verbreiten ließ, er arbeitete auf eine Konzentration der Presse des gesamten rechten Spektrums hin.

---

(15) vgl. Interview

Bis zu einem gewissen Grad war er dabei erfolgreich.

- 1960 übernimmt Frey die Bezieherliste mit 2000 Anschriften des Dr. Otto Strasser-Blattes "Deutsche Freiheit"
- Im Herbst 1962 kauft Frey für 12.000 DM den "Deutschen Beobachter" mitsamt 1600 Abonennten
- Im Dezember 1962 gründet er eine "Sudetendeutsche Landesausgabe" der DNZ/SZ mit dem Titel "Der Sudetendeutsche" (Ausgabe B)
- Im Januar 1963 erwirbt er vom Münchener Klinger-Verlag die "Schlesische Rundschau", die dann als schlesische Landesausgabe der DNZ/SZ erscheint (Ausgabe D)
- Im Juni 1964 übernahm Frey den "Teplitz-Schönauer Anzeiger", der zur Ausgabe C wird.

So erscheint die DNZ/SZ, die inzwischen wieder wöchentlich auf dem Markt ist, in einer Hauptausgabe (A) und drei Nebenausgaben. [16]
Eine weitergehende Konzentration der nationalistisch-rechtskonservativen Presse gelang Dr. Frey nicht mehr, da die Herausgeber anderer rechtsextremistischer Publikationen seine Vormachtstellung nicht auch noch unterstützen wollten. Frey, selbst größter Intrigant, bedauert das scheinheilig: "Das Beklemmende ist, daß hier schon wieder mit ungewöhnlich harten Bandagen gekämpft wird. Die 21-jährige Nachkriegsgeschichte der deutschen Rechten ist von widerwärtigen Dschungelkämpfen geprägt. Wieviel Energie ging doch im innerparteilichen 'Catch as catch can' verloren, und wie wenig blieb noch für den parteipolitischen Gegner übrig." [17]

---

(16) vgl. Hessische Blätter für Volksbildung, Heft 4/1966, S. 335

(17) Anmerkung nächste Seite

Ein gemeinsames Taktieren von Frey und der zur gleichen Zeit erstarkenden "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) kam nie zustande, da sowohl Frey als auch NPD-Vorsitzender Adolf von Thadden die politische Führerschaft beanspruchten. Sicher ist, daß hier nicht nur politische Gründe wie die "Rettung der Nation vor dem Kommunismus" eine Rolle spielten, sondern wirtschaftliche Aspekte (Konkurrenz der DNZ mit dem NPD-Parteiorgan "Deutsche Nachrichten") und vor allem persönliche Differenzen zwischen v. Thadden und Frey, der in einer Art religiösen Sendungsbewußtseins grundsätzlich die Führerschaft der vereinten Rechten für sich beanspruchte, da er "seit 15 Jahren einen großartigen Kampf für Recht und Demokratie, Staat und Nation gekämpft hat." [18] Manfred Jenke ist der Meinung, daß sich entgegen der Meinung Freys "innerhalb seiner Leserschaft ein deutlicher Trend zur NPD hin abzeichnete." [19]

2.1.2. Äußeres Erscheinungsbild

Der Umfang der DNZ beträgt im Untersuchungs-

---

(17) zitiert nach: Peter Jochen Winters "Rechter Flügel flattert - Die National-Zeitung attackiert die NPD" in: Christ und Welt, 17.6.1966 Nr. 24 S. 9

(18) zit.nach ebd., vgl. außerdem Interview

(19) Manfred Jenke, "Die nationalen Rechte, Parteien, Politiker, Publizisten, Berlin 1967, S.2

zeitraum durchschnittlich 14 Seiten, wovon eine halbe bis dreiviertel Seite für Anzeigen zur Verfügung steht. Kleinanzeigen stehen im Vordergrund wie etwa: "Oberst Kernsches Weingut - Das Qualitätsweingut mit Sonderpreisen für Soldaten und Kameraden." Das Fehlen von Großanzeigen erklärt sich aus einer Verlautbarung des Deutschen Industrie Instituts, das Großbetrieben empfiehlt, sich aus Rücksicht auf ihre Exportchancen in rechtsradikalen Blättern mit Werbung zurückzuhalten. Das Wirtschaftsmagazin Capital schreibt dazu: "Das Auftreten rechtsradikaler Bestrebungen hat bereits in der jüngsten Vergangenheit zu Schwierigkeiten für exportierende Firmen geführt. Der Inseratenteil rechtsextremistischer Publikationen wird im Ausland sorgfältig beobachtet." [20] Die DNZ kennt nur sechs regelmäßig auftretende Ressorts, die nicht auf bestimmte Seiten festgelegt sind: Diese Woche, Kriegsverbrechen, Echo (Stimmen anderer Zeitungen, Anm. d. Verf.). Das freie Wort (Leserbriefe, Anm. d. Verf.), Buchdienst der National-Zeitung, Israel (auch unter den Titeln 'Zionismus' oder 'Judentum'). Außerdem werden unregelmäßig und willkürlich Ressortbezeichnung eingeführt wie: Meinungsterror, NPD, Massenmord im Weltgeschehen oder Rote Aggression. Diese Ressorts finden sich teilweise nur in einer Ausgabe und treten nie wieder auf. Die Aufmachung der DNZ präsentiert sich im Boulevardstil, d. h. mit großen Schlagzeilen, Balken- und Rotdruck.

---

(20) Capital, das deutsche Wirtschaftsmagazin, Köln, Nr. 5/67, S. 54 ff

2.2.o. Geschichtliche Entwicklung des VB

Nach Ende des ersten Weltkrieges existierte in Deutschland ein liberales und kommerzielles Pressewesen. Für die Nationalsozialisten, die noch kein eigenes Parteiorgan besaßen, war dieser Zustand unhaltbar:

> "Der 'Presseumfang' hatte nach all den zahlreichen historischen Schäden, die er der deutschen Politik zugefügt hat, ein Höchstmaß der Verkommenheit erreicht. (...) Das Wort war nicht mehr Mittel der Überzeugung, sondern Ware, mit der Geld gemacht wurde. (...) Die kapitalistische Manier der Marktreizung an Stelle der Bedarfsbefriedigung griff auf die Presse und das gedruckte Wort über. Man verdarb die Leserschaft durch Sensation um jeden Preis." 21)

Zwar gab es schon seit Ende des vorigen Jahrhunderts national-radikale und völkische Blätter: Den "Reichsherold" und die "Deutsche Landeszeitung", das "Deutsche Tageblatt" von Dr. Ernst Henrici, die "Antisemitische Correspondenz", 1885 von Theodor Fritsch herausgegeben, die "Deutschsozialen Blätter", die "Deutsche Zeitung" und die "Deutsche Wochenschau". Doch alle diese Publikationen erlangten keine stärkere Bedeutung und mußten ihr Erscheinen schnell wieder einstellen. Direkter Vorläufer

---

(21) vgl. NSDAP: "Die statistische und geschichtliche Entwicklung der NS-Presse 1926-1935, Bd. 1: NS-Gaupresse, München: Hauptarchiv der NSDAP, S. 2o5

des "Völkischen Beobachters" (VB) war der "Münchner Beobachter" (MB), ein 1887 von dem Druckereibesitzer Johann Naderer gegründetes Vorstadtblatt, das "sämtliche Interessen" der bayerischen Hauptstadt "rechts der Isar" vertreten wollte. [22]

1900 kaufte der Österreicher Franz Eher die Wochenzeitung. Am 22. Juni 1918 starb er, und seine Witwe verkaufte den Verlag an einen seit 1913 bestehenden Germanenorden, der sich seit 1918 zur Tarnung "Thulegesellschaft" nannte und seine Geschäftsstelle im Hotel "Vier Jahreszeiten" hatte. Zu dem Kreis der 'Thulegesellschaft' gehörten in mehr oder weniger enger Verbindung Julius Streicher, Rudolf Heß, Alfred Rosenberg, Gottfried Feder, Dietrich Eckart und Hans Frank." [23]

Die Gesellschaft rekrutierte sich wie viele gleichgeartete vaterländische Gruppen zu jener Zeit aus unzufriedenen und enttäuschten Nationalisten, die sich mit der Kriegsniederlage und dem Versailler Vertrag mit seinen harten Bedingungen nicht abfinden wollten. Für sie lag die Schuld an der katastrophalen Situation bei den Kriegsgegnern, vor allem aber bei den Kommunisten und den Juden, die den Staat ihrer Meinung nach von innen zersetzt hatten. Die finanzielle Situation des "Münchener Beobachters", der schon unter Franz Eher nur noch zwei Abonnenten

---

(22) vgl. Plewina, Margarete "Völkischer Beobachter" (1887-1945) in: Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.) "Deutsche Zeitungen des 17.-20. Jahrhunderts, München, Pullach, Verlag Dokumentation S. 381 1972

(23) Helga Grebing, "Der Nationalsozialismus, Ursprung und Wesen" München 1959, S. 23

hatte, wurde immer bedrohlicher, da das Blatt sich auch in der Rätezeit offen zu deutsch-völkischem Gedankengut bekannte und zeitweilig nur illegal erscheinen konnte. Die überregionale Ausgabe des MB nannte sich ab 9. August 1919 "Völkischer Beobachter" mit dem Untertitel "freie Wirtschaftszeitung, Deutsch-völkischer Beobachter, Sportblatt mit der Wochenschrift Wegsucher und Deutsche Warte." Der Kampf des Blattes galt "dem Wucher in allen Gestalten, der jüdischen Zwangsherrschaft in Deutschland, dem volksverderbenden Geldwahn und dem volksfremden Scheinsozialismus, der nur Vernichtung aller deutschen Arbeit will." 24) Am 3o. September 1919 wurde der Verlag in eine G.m.b.H. umgewandelt. Gesellschafter der G.m.b.H. waren auch Mitglieder der NSDAP wie Gottfried Feder und Dr. Wilhelm Gutberlet.
Am 18. Dezember 192o kaufte Hitler mit seinen nationalsozialistischen Genossen den VB. Am 25. Dezember ist im VB zu lesen:

> "Die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat den "Völkischen Beobachter" unter schwersten Opfern übernommen, um ihn zur rücksichtslosesten Waffe für das Deutschtum auszubauen gegen jede feindliche undeutsche Bestrebung."

Die zum Kauf nötigen 12oooo DM forderten von der kleinen Partei einen enormen finanziellen Kraftakt. Sonja Noller vermutet in ihrem

---

(24) Plewina, M. a.a.O., S. 383

"Facsimile" über den "VB" daß dieses "größenwahnsinnige Unternehmen ... auch nur mit einigen unsauberen Geschäftspraktiken durchgeführt werden konnte." [25] Hitlers Freund, Dietrich Eckart, der im August 1921 Hauptschriftleiter des UB wurde, hatte von dem Wehrmachtsoffizier General Ritter von Epp ein persönliches Darlehen von 60000 Mark bekommen, angeblich als Subvention zur Behebung einer Notlage von Eckarts Zeitschrift "Auf Gut Deutsch". Es existiert jedoch ein Brief Hitlers an Eckart vom 18. Dezember 1920, in dem er sich überschwenglich für die massive Spende bedankt. Mit diesen 60000 RM war also vermutlich der Grundstock für den Kauf gelegt, wobei bisher nicht geklärt ist, welche von den acht Gesellschaften der G.m.b.H. mit Grundkapital von 120000 Mark ausbezahlt wurden. Dunkel bleibt auch die Bürgschaft, die der Augsburger Notar Dr. Gottfried Grandel zusammen mit Dietrich Eckart für die Zahlung des Kaufpreises übernahm. Dr. Grandel erklärt 1940, die Hauptgesellschafterin Käthe Bierbaumer (46500 Mark) und eine weitere Gesellschafterin mit 10000 Mark ausbezahlt zu haben. Die Dokumente darüber seien ihm jedoch im Zuge einer Hausdurchsuchung von der Kriminalpolizei abgenommen worden. Zum Zeitpunkt der Registereintragung anläßlich des Zeitungskaufs durch die NSDAP jedenfalls firmierten noch drei Gesellschafter in der G.m.b.H.: Anton Drexler, damals Vorsitzender der NSDAP, und die beiden Gesellschafterinnen Käthe Bierbaumer und Dora Kunze. Sonja Noller vermutet,

---

(25) Noller, Sonja und von Kotze, Hildegard, "Facsimile, Querschnitt durch den Völkischen Beobachter", Scherz Verlag München 1967, S. 5

daß die restlichen sechs Gesellschafter mit einem Gesamtkapital von 63500 Mark, entweder mit dem schon erwähnten Darlehen von 60000 Mark ausgezahlt wurden oder ihre Anteile der NSDAP schenkten. [26]

Aus der nächsten registergerichtlichen Eintragung geht hervor, daß Adolf Hitler, inzwischen Parteivorsitzender (29. Juli 1921) und damit automatisch auch Vorsitzender "des NS-Arbeitervereins" [27] alle Anteile der G.m.b.H. Eher-Verlag übernommen hatte. Seit 1. Januar 1921 war er außerdem an der redaktionellen Arbeit des VB beteiligt, der seit dem 20. Februar 1921 mit dem Untertitel "Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands" erschien.

Die Finanzierung des Blattes erfolgte in der Anfangszeit durch massive Spendenaktionen. Die NSDAP-Parteigenossen wurden aufgefordert, auf eine Maß Bier zu verzichten und dafür einen unverzinslichen Anteilsschein des Verlages für 10 Mark zu kaufen. Die Geschäftsführung wechselte einige Male, bis Hitler sie im April 1922 Max Amann übertrug, der schon seit August 1921 die Parteifinanzen führte. In der zitierten NSDAP-Dokumentation gibt Amann eine Schilderung über sein politisches Zusammentreffen mit Hitler:

---

(26) vgl. ebd. S. 6; in der NSDAP-Dokumentation (a.a.O.) wird auf den genauen Ablauf der finanziellen Übernahme nicht eingegangen. Hier heißt es lediglich: "Pg. Amann konnte innerhalb dreier Jahre die verbliebenen sechs Gesellschafter der G.m.b.H. auszahlen ..." (S. 211)

(27) der "NS-Arbeiterverein" existierte seit dem 20. Oktober 1920 und war gegründet worden, um der NSDAP einen rechtlichen Status zu geben. Er bestand bis 1935 und wurde dann der NSDAP übertragen, die inzwischen zur Körperschaft des öffentlichen Rechts geworden war

> "Im Sommer 1921 kam Hitler zu mir in die Wohnung und forderte mich auf, die Geschäftsführung der Partei zu übernehmen. Ich erklärte ihm, daß ich leider hauptberuflich nicht abkommen könne und daß ich gerne meine freie Zeit zur Verfügung stellen würde. Hitler hielt mir darauf einen zweistündigen Vortrag wiederum über die Gefahren des Bolschewismus und erklärte mir zum Schluß: "Ich habe Sie gebeten, mein Geschäftsführer zu werden. Ich sage Ihnen nun jetzt, dass Sie nicht berechtigt sind, dies abzulehnen, sondern dass Sie die Verpflichtung haben, sich mir voll und ganz zur Verfügung zu stellen. Die Ausrede von der Pensionsberechtigung lasse ich nicht gelten, denn was nützt Ihnen eine pensionsberechtigte Stellung, wenn Sie einen schönen Tages von den Bolschewisten am nächsten Laternenpfahl aufgehängt werden." 28)

Amann, der spätere Reichsleiter für die Presse der NSDAP, straffte die Organisation des Verlages und schaffte es dank seiner kaufmännischen Begabung, den Verlag finanziell zu sanieren und den VB zum wichtigsten Propagandamittel der NSDAP neben den Versammlungen und Sprechabenden zu machen.
Die Mitarbeiter des VB wechselten häufig. Hitler als offizieller Herausgeber und Chefredakteur war bis 1922 ständiger Mitarbeiter der Zeitung; seit 1923 wurden zumeist nur noch Reden von ihm abgedruckt, da seine Rolle als "Führer" ihn voll beanspruchte. Die praktische Funktion des Chefredakteurs hatte seit August 1921 Dietrich Eckart, ein nationalistisch-antisemitischer

---

(28) NSDAP a.a.O., S. 2o9/21o

Schriftsteller, inne, der seine Aufgabe, vornehmlich im Abfassen von programmatischen Artikeln und Kommentaren sah, während sein engster Mitarbeiter Alfred Rosenberg für die redaktionelle Routinearbeit zuständig war.

Rosenberg, "der vom Erlebnis des Bolschewismus revolutionierte junge Deutsch-Balte", wird zum "rücksichtslosen Agitator gegen den Bolschewismus und seiner (!) schwarzen Zuhälter." [29] Als der VB am 8. Februar 1923 Tageszeitung geworden war, beanspruchte Rosenberg, der ohnehin den Hauptteil der redaktionellen Arbeit leistete, den Chefredakteursposten. Dietrich Eckart, der sich zu dieser Zeit gerade in den bayrischen Bergen aufhielt, um sich einer gerichtlichen Untersuchung wegen seiner permanenten Angriffe auf Regierungsmitglieder zu entziehen, überließ dem Jüngeren die Stellung kampflos, zumal er schwer erkrankt war. Eckart nahm noch am Putsch vom 9. November teil und wurde verhaftet. Kurz nach seiner Entlassung am 26. Dezember 1923 starb er jedoch. [30] Gleichzeitig mit dem Putsch und dem Verbot der NSDAP wurde auch der VB, dessen Auflage innerhalb von drei Jahren von 7ooo auf 25ooo gestiegen war, verboten. "Die letzte Ausgabe des VB vor dem Verbot der Bewegung, die in der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 mit einer Auflage von 3oooo hergestellt wurde, redigierte der alte treue Mitarbeiter Dg. Josef Stolzing-Cerny." [31]

---

(29) ebd. S. 211

(3o) vgl. Noller a.a.O., S. 6

(31) NSDAP a.a.O., S. 212

Das Überleben des Verlages während der Verbotszeit verdankt die NSDAP dem unternehmerischen Gespür und der Improvisationsfähigkeit des Verlagsleiters Max Amann. Er reduzierte den Angestelltenapparat von 1oo auf ganze drei und sammelte Vorbestellungen für Hitlers Buch "Mein Kampf", das von diesem auf der Festung Landsberg verfaßt wurde. Die Besteller zahlten einen Betrag von 5 Mark als Anzahlung, von denen die Vertreter - meist alte Parteigenossen - 3 Mark und der Verlag 2 Mark erhielt. Ab November erschien als Ersatz für die verbotene Parteizeitung die Wochenzeitschrift "Der Nationalsozialist". Nach Hitlers Entlassung wurden am 26. November 1925 Partei und Zeitung wieder ins Leben gerufen. Der VB erschien erst wöchentlich, ab 15. März 1926 wieder täglich. Ende 1926 vergrößerte Hitler die Chefredaktion, indem er den SA-Gruppenführer Wilhelm Weiß zum Chef vom Dienst machte. Weiß wurde am 27. November 1933 Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse. [32)]
Ab 1. Februar 1927 erschien der VB in zwei Ausgaben, einer Reichs- und einer Bayernausgabe. Vom 1. März 193o bis zum 15. März 1931 wurde eine dritte Ausgabe in Berlin herausgegeben, die jedoch wegen der zeitraubenden Transportwege von München nach Berlin nicht mit den dort ansässigen Zeitungen konkurrieren konnte.

---

(32) vgl. ebd., S. 214

Nachdem man eine Fernschreibeleitung von München nach Berlin gelegt hatte und die Druckerei Müller in Berlin eine Zweigstelle errichtet hatte, konnte der VB in einer Berliner und einer Norddeutschen Ausgabe konkurrenzfähig erscheinen. Es gab jetzt also 4 Ausgaben, zu denen ab 18. März 1933 noch eine Wiener Ausgabe kam. Seit dem 30. April 1933 zeichnete Hitler nicht mehr für den VB als Herausgeber verantwortlich. Gestartet als Kampfblatt für die junge nationalsozialistische Bewegung, die "täglich im gnadenlosen Trommelfeuer der verjudeten und freimaurerischen Großpresse und ihrer provinziellen Nachkläffer" [33] stand, war der VB jetzt, als Partei und Staat identisch wurden, offizielles Staatsorgan. Durch die Presselenkung unterschied er sich inhaltlich kaum mehr von den anderen Zeitungen, die nicht einmal mehr in der Lage waren, liberale Gedanken zwischen den Zeilen zu äußern. Die Auflage stieg seit 1933 rapide und erreichte 1944 die Höhe von 1,7 Millionen. Letzter Hauptschriftleiter war Wilhelm Weiß, [34] der 1938 Rosenberg ablöste, den er schon 12 Jahre als "Chef vom Dienst" assistiert hatte.

---

(33) ebd. S. 207

(34) Plewina, a.a.O., S. 390

2.2.1. Äußeres Erscheinungsbild

Im gesamten Erscheinungszeitraum wurde der VB in der Druckerei Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn, München mit späteren Filialen in Berlin und Wien, gedruckt. Als wöchentlich erscheinendes Blatt hatte er drei Spalten, als Tageszeitung ab 8. Februar 1923 5 Spalten, danach 6 Spalten und das ungewöhnlich große Format von 42,5 x 59,5. Schon in der Anfangszeit wollte man sich von der seriösen Presse abheben: Der Schwarz-Rot-Druck wurde eingeführt, ab 1923 arbeitete man mit Karikaturen, um politische Gegner bloßzustellen. Fotos wurden erstmals 1926 eingesetzt, wobei sich ihre starke propagandistische Wirkung rasch erwies und sie zum festen Bestandteil der Titelseite wurden. Feste Ressorts sind im VB nicht durchgehend festzustellen. Auf der Titelseite erscheint jedoch grundsätzlich der politische Leitartikel, häufig geschrieben von Goebbels, Rosenberg oder Amann.
Die Seiten 1-3 boten gewöhnlich verschiedene politische Beiträge, auf Seite 4 finden sich als einzig durchgehende Ressorts, "Deutsche Volkswirtschaft" und der "Turn- und Sportbeobachter", auf Seite 5 meist diverse Wissenschaftsartikel, Hintergrundartikel und der Fortsetzungsroman. Seite 6 zeigt Vermischtes,"Allerlei Wissenswertes" und Auslandsberichterstattung; auf Seite 7 stellt sich die Partei mit ihren Unterorganisationen selbst dar; auf Seite 8 dann "Aus aller Welt" oder "Bilder vom Tage". [35]

(35) die Angaben gelten für den Untersuchungszeitraum 1933

Während des Krieges schrumpft dann der Umfang des redaktionellen Teiles auf 6 Seiten zusammen. Jetzt ist überhaupt keine systematische Unterteilung des Blattes mehr zu erkennen. Der Anzeigenteil der Zeitung macht meist kaum ein Drittel des Gesamtumfangs aus, es läßt sich jedoch von den Anfängen her eine Steigerung erkenne. Die Auflage stieg von 127500 Exemplaren im Jahre 1933 auf 313428 im Jahre 1934, dann jedes Jahr etwa um 100000 Stück und überschritt 1941 die Millionengrenze mit 1192542. [36] Wie schon zitiert erreicht die Auflage 1944 1,4 Mio.. Zu der erwähnten NSDAP- Eigendokumentationen gehört eine statistische Graphik, die die Auflagenhöhe des VB bis 1935 auflistet.

2.2.2. Konzentration der NS-Presse

Als eines der wichtigsten Mittel zur Ergreifung und späteren Kontrolle der Macht im Staat, erwies sich für die NSDAP die Konzentration der Medien, die es der Partei ermöglichen, Rundfunk und Presse unbehelligt von oppositionellen Meinungen für ihre Propagandazwecke zu gebrauchen. Schon früh hatte Goebbels die elementare Wichtigkeit eines staatlichen Meinungsmonopols erkannt und auf dieses Ziel hingearbeitet. So erkennt man als erstes wesentliches

(36) vgl. Noller a.a.O., S. 13

Ergebnis dieser Bemühungen die fortgesetzte Verringerung der Presseerzeugnisse in Privatbesitz, was natürlich auch eine zunehmende Beseitigung der Konkurrenz für die quantitativ und vor allem qualitativ äußerst schwache parteieigene Presse bedeutete. Der gesamte Konzentrationsprozeß der Presse vollzog sich vergleichsweise leicht, da die Voraussetzungen dafür günstig waren: Durch die Wirtschaftskrise waren die wirtschaftlichen Grundlagen der privaten Verlage stark unterhöhlt worden, extreme politische und wirtschaftliche Interessengruppen drängten verstärkt ins Pressewesen. Die Beziehungen zwischen Journalisten und Verlegern waren schon traditionell gespannt, und die Pressefreiheit war aufgrund der Notverordnungen der Regierungen Brüning und Papen bereits weitgehend eingeschränkt. So präsentierte sich die Presse als Spiegelbild der innenpolitischen Atmosphäre, die durch Verunsicherung, Angst, Verwirrung und das Aufeinanderprallen extremer politischer Ideologien gekennzeichnet war. 37)

Am Anfang und im Mittelpunkt des Bemühens, die Presse in der Hand der Partei zu konzentrieren und koordinieren, stand der "Völkische Beobachter". In seiner Eigenschaft als Direktor des Zentralverlags der NSDAP in München baute Max Amann, einer der frühesten Gefolgsleute Hitlers, den VB zum führenden Blatt der

---

(37) vgl. Hale, Oron J., Presse in der Zwangsjacke 1933-1945 Droste Verlag, Düsseldorf 1965, S. 23

NS-Bewegung aus. Es gelang ihm bis zum Ende des Hitlerregimes, seine Absicht, alle Zeitungsverlage in den Griff zu bekommen, mit Hilfe seines "Stableiters" Rienhardt und des "Reichstreuhänders" Winkler weitgehend zu verwirklichen. [38] Während sich noch 1932 über 8o % der Verlage im Familienbesitz befanden, schlossen sich 1933 nach einem enormen Schrumpfungsprozeß die verbleibenden wenigen Hundert Verleger zur "Arbeitsgemeinschaft der privateigenen Zeitungen" zusammen, "ständig bedrängt und dezimiert durch die Monopolbestrebungen des NS-Pressetrusts." [39] Im gleichen Zeitraum wuchsen die NS-Verlage mit Hilfe massiver politischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Unterstützung durch Staats- und Parteiführung "zu Mammutgebilden mit Riesenauflagen heran." [4o] Amanns Konzern beschäftigte 1939 3ooo Redakteure, 6oo Verlagsdirektoren und 8ooo Verlagsangestellte.
Nach 1933 hatte die Partei von den 47o3 Tageszeitungen, von denen 52 % als "unabhängig und parteilos" registriert waren [41], nur 12o (2,5 %) weitgehend niveau- und einflußlose Blätter im Besitz. 1944 dagegen kontrollierte der NS-Pressetrust 82 % der Gesamtauflage der verbleibenden 977 Zeitungen, "in 28 Gauhauptstädten besaß die örtliche Gauzeitung das absolute Erscheinungsmonopol." [42]

---

(38) vgl. Karl Dietrich Abel, "Presselenkung im NS-Staat" Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Colloquium Verlag, Gerlin 1968, S. 5 f
(39) Walter Hagemann, "Publizistik im Dritten Reich" Hansischer Gildenverlag Hamburg 1948, S. 4o
(4o) ebd. S. 4o
(41) Hale, Oron a.a.O., S. 15
(42) Hagemann, a.a.O., S. 4o

Das Ziel der Zusammenfassung aller publizistischen Wirkungsmittel wurde durch wechselnde Politik zwischen teilweiser vorläufiger Tolerierung und ungehemmter Gleichschaltung erreicht. Grundlagen für diese Politik waren zwei im Jahre 1933 geschaffene Gesetze, die die Errichtung berufsständischer Organisationen erzwangen und die im Pressewesen tätigen Personen unter Zwang auf den Staat verpflichteten. Am 22. September wurde das 'Reichskulturkammergesetz' erlassen, das den Propagandaminister ermächtigte, auf dem Kultursektor Körperschaften des öffentlichen Rechts zu bilden, unter anderen auch die "Reichspressekammer", in der sich alle Journalisten und Zeitungsleute zusammenfassen lassen mußten. Die erste Durchführungsordnung vom 1. November 1933 besagt:

> "Wer bei der Erzeugung, der Wiedergabe, der geistigen oder technischen Verbreitung, der Erhaltung, dem Absatz oder der Vermittlung des Absatzes von Kulturgut mitwirkt, muß Mitglied der Einzelkammer sein, die für seine Tätigkeit zuständig ist." 43)

Durch die Pflichtmitgliedschaft aller journalistischen Mitarbeiter im "Reichsverband der deutschen Presse", der journalistischen Sektion der "Reichspressekammer", war eine zuverlässige Kontrolle über die verbleibenden Presseleute sichergestellt. Durch Ablehnung der Mitgliedschaft im Verband hatte man außerdem die Möglichkeit, unangenehmen, systemkritischen Journalisten sozusagen ein "Berufsverbot" zu erteilen, womit bereits praktisch eine

---

(43) Abel, a.a.O., S. 28, zitiert nach Reichs-Gesetz-Blatt 1933 I, S. 797

wohl übersehen

Presselenkung existierte. Diese "eleganten" gesetzgeberisch-juristischen Scheinkonstruktionen benötigte man nicht, um sich der Linkspresse zu entledigen. Hunderte von Blättern marxistisch-kommunistischer Parteien wurden schlicht verboten und verschwanden so schon kurz nach der Machtübernahme.
Zweiter wichtiger gesetzgeberischer Schritt zur Pressekontrolle war das "Schriftleitergesetz" vom 4. Oktober 1933. Goebbels und die Juristen seines Propagandaministeriums hatten einen ehemaligen Referentenentwurf zum "Journalistengesetz" wieder ans Tageslicht gebracht und ihn mit den Bestimmungen des italienisch-faschistischen Presserechts verschärft. Damit wurde die bisherige Führungsstellung des Verlegers, die sich auch auf die publizistische Ausformung des Zeitungsbetriebes erstreckte, zugunsten des Schriftleiters abgebaut, der zum Träger eines öffentlichen Amtes gemacht wurde. Er war damit nicht mehr seinem Verleger, sondern der NS-Führung verantwortlich und mußte bei einem sogenannten "Berufsvergehen" - d. h. nicht linientreuer Berichterstattung - mit einem Verfahren vor einem beruflichen Ehrengericht rechnen, in dem er als schwerste Bestrafung die Löschung in der Berufsliste zu gewärtigen hatte. So kontrolliert, war der Schriftleiter "zum Pressekuli im Dienst des NS-Staates" [44] degradiert.

---

(44) Hale, Oron, a.a.O., S. 21

"Der Schriftleiter neuen Stils sollte sich nicht mehr wie bisher nur als Organ seiner Zeitung und als Angestellter seines Verlegers fühlen, sondern als ein Beauftragter des Hitler-Staates, der berufen war, das Volk zu den von Partei und Staat gewünschten Zielen hinzuführen." [45] Der Schriftleiter sollte darüber hinaus nicht vornehmlich den Typ des Technikers, sondern vielmehr den des Kämpfers repräsentieren. Max Amann betont in einem Grundsatzaufsatz über die NS-Presse die Notwendigkeit einer einheitlichen Gesinnung: "Eine vom Nationalsozialismus bejahte vielgestaltige Presse hat als unabänderliche Voraussetzung das Vorhandensein einer einheitlichen Gesinnung, aus der heraus die Presse vielgestaltig ihre Aufgaben mit verschiedenen Mitteln, aber mit einem einheitlichen Ziel verfolgt." [46]
Auch auf der Ebene der Nachrichtenagenturen setzte das NS-Regime seine Vorstellungen durch. Die wichtigsten Nachrichten- und Presseбüros, vor allem das in "Deutsches Nachrichtenbüro" umbenannte Wolff'sche Telegraphenbüro, wurden gleichgeschaltet.
Außerdem wurden Struktur und Funktion der seit 1919 von der Presseabteilung der Reichsregierung betreuten täglichen Pressekonferenz verändert. In der Zeit der Weimarer Republik war die Konferenz von den Journalisten veranstaltet worden und stand unter der Leitung

---

(45) Schmidt, Fritz, "Presse in Fesseln". Eine Schilderung des NS-Pressetrusts, Gemeinschaftsarbeit des Verlags aufgrund authentischen Materials, Verlag Archiv und Kartei, Berlin 1948, S. 31

(46) Max Amann, Die Presse im zweiten Jahr des nationalsozialistischen Staates, in: NSK Folge 32, Blatt 2, 7.2.1935

eines von den Journalisten selbst gewählten Vertreters. Der Pressechef der Reichsregierung und einige Mitarbeiter waren also im Prinz-Albrecht-Palais am Wilhelmplatz bei der Presse zu Gast. Ab Juli 1933 wurde dann die tägliche Pressekonferenz dem neu eingerichteten Propagandaministerium untergeordnet und sozusagen zum Befehlsstand für die Presse umfunktioniert. Die hierbei gegebenen "Anregungen", wie die Bekanntgaben der vom Staat veranstalteten Pressekonferenz hießen, waren nun Befehle, von denen jeder Journalist wußte, daß ihre Nichtbeachtung ernste Folgen nach sich ziehen würde. Die Konferenz zu der die Zeitungen um Zulassung bitten mußten, fand unter dem Vorsitz des Leiters der Ministeriumsabteilung "Deutsche Presse" statt [47], der den Zeitungsleuten bindende Anweisungen in Form von "Ausrichtungen" und "Sprachregelungen" gab. Im Jahre 1940 führte "Reichspressechef" Dietrich parallel zur täglichen Pressekonferenz, die überwiegend von Goebbels beeinflußt wurde, die sogenannte "Tagesparole" ein, die schriftlich an die Redaktionen weitergeleitet wurde und daher im Gegensatz zu den "Ausrichtungen", die mündlich gegeben wurden, überhaupt nicht im Wortlaut manipulierbar waren.
Die Folgen dieser Pressepolitik stellten sich zunächst für das Regime ausgesprochen positiv dar. Bereits in den ersten zwei Jahren nach der Machtübernahme stellten 4390 der vorher bestehenden Zeitungen ihr Erscheinen ein. Zwischen 1932 und 1937 sank die Zahl der Zeitungen von rund 4700 auf rund 2500. 1939 bestanden von den 1933 registrierten 10300

---

(47) vgl. Abel, a.a.O., S. 39

Zeitschriften nur noch 4800. [48] Bald jedoch zeigten sich auch negative Seiten. Die Gängelung der Presse, die durch die bedingungslose Unterstellung unter das staatliche Meinungsmonopol Eigeninitiative und politische Meinungsvielfalt vollkommen verlor, führte zu einer monotonen Uniformität im deutschen Blätterwald und damit konsequent zum Verlust an Qualität und Substanz. Selbst Goebbels, der gefordert hatte, daß die deutsche Presse "monoform im Willen" aber "polyform in der Ausgestaltung des Willens" [49] sein sollte, hat diese Entwicklung zugegeben und verurteilt. Walter Hagemann sieht dagegen auch die propagandistische Wirkung der Monotonie: "In bürgerlichen Kreisen ist diese Monotonie der Propaganda mit Unrecht als Kennzeichen geistiger Beschränktheit und politischer Unterlegenheit angesehen und daher die NS-Propaganda in ihrer Gefährlichkeit so lange unterschätzt worden, bis es zu spät war." [50]

---

(48) vgl. ebd. S. 61/62

(49) vgl. ebd. S. 61, zitiert nach: Rede Goebbels' bei Verkündung des "Schriftleitergesetzes" am 4. Oktober 1933, abgedruckt in: H. Schmidt-Leonhardt u. P. Gast, "Das Schriftleitergesetz," S. 17

(50) Hagemann, a.a.O., S. 158/159

3.o. Themenbereiche allgemein

Um Parallelen zwischen dem "Völkischen Beobachter" und der "Deutschen National-Zeitung" aufzuzeigen, braucht man sich im ersten Ansatz nicht einmal auf die Ebene komplexer Ideologie- oder Propaganda-Theorien zu begeben. Wie wir gesehen haben, zeigen schon äußere Aufmachung (Rot- und Fettdruck etc.) sowie die eigenwilligen Entwicklungsgeschichten beider Zeitungen unübersehbare Ähnlichkeiten. Wenn man sich mit den Inhalten der Blätter auseinandersetzt, fallen weitere Analogien - vor allem innerhalb der bevorzugten Themenbereiche - ins Auge. Sowohl der VB als auch die DNZ sind gekennzeichnet durch permanente Angriffshaltung gegenüber bestimmten Personenkreisen und Gruppierungen. Die gesamte Berichterstattung befaßt sich weniger mit aktuellen Problemen als vielmehr mit dem manipulativen Konstruieren mannigfacher Feindbilder. Dabei fällt auf, daß die Darlegung positiver Werte und Ziele gegenüber der allgemeinen Negativbeurteilung in den Hintergrund tritt.
Im Kampf gegen den politischen Gegner ist man dann auch in der Wahl der Mittel nicht kleinlich. Wie bei der Sensationspresse bedient man sich der Verdächtigung und Verleumdung von Einzelpersonen, stützt sich auf Kolportagen und scheinbare Enthüllungen von Korruption und Skandalen. Friedrich Bröder beschreibt die Aggressivität der Nachkriegspresse des rechten Lagers als Antihaltungen."Sie richten sich vorrangig gegen Ausländer, Gastarbeiter,

gegen den Kommunismus, Gewerkschaften, sogenannte Linksintellektuelle u. a." [1] Diese Feindgruppen stellen eine unverzichtbare Voraussetzung für die Propaganda dar und müssen so beschaffen oder konstruiert sein, daß sich ein möglichst großer Personalkreis mit der Ablehnung der Gruppen identifiziert. Durch die gemeinsamen Ressentiments bildet sich Solidarität. Dann ist das Ziel erreicht, einen Konsensus unter möglichst vielen herzustellen und diese dann durch Ablehnung Dritter zusammenzuhalten. Adorno nennt das "Kollektiven Narzißmus." [2]

Behilflich ist dabei die Fusion der einzelnen Klischeevorstellungen vom Parlamentarier, Bolschewisten, Intellektuellen, Künstler, Plutokraten, Verbrecher und Degenerierten in einem pauschalen Stereotyp, wie es unter dem NS-Regime und im VB der Jude war. Auch Heinrich Sippel beurteilt die Abqualifizierung politisch Andersdenkender durch den Rechtsradikalismus in der Nachkriegszeit kritisch und zieht die Parallele zur NS-Zeit: "Wer andere politische Auffassungen vertritt, ist in ihren Augen (der rechtsextremen Redner, A. d. Verf.) ein 'Befehlsempfänger aus Moskaus Sudelkirche', ein 'Volksfeind', ein 'Dekadenzpolitiker', ein 'Systemling', ein 'Schmiergeldempfänger', ein 'Gartenzwerg seiner Hintermänner' usw. "(...) Die

---

(1) Friedrich Bröder, Ein Sprachrohr des Rechtsradikalismus "Die Deutschen Nachrichten" Eine Studie zur Propagandatechnik und -methode, Mainz: v. Hase u. Koehler Verlag 1969, S. 51/52

(2) Theodor W. Adorno: "Was ist deutsch"? in: FAZ, 2.4.1966

Ausschließlichkeit, mit der der Rechtsradikalismus seine Thesen vertritt, zeigt die innere Verwandtschaft mit den Propagandakonzeptionen einer totalitären Herrschaft wie sie der Nationalsozialismus gewesen ist."[3] In seiner Abhandlung über die Hitlerbewegung macht Georg Franz-Willing eine Aufstellung der Hauptthemen der NS-Propaganda in der früheren Kampfzeit:

"a) Kampf gegen das Judentum, gegen Schieber, Wucherer und Kriegsgewinnler. Die Bekämpfung des Judentums wurde mit der Bekämpfung des Schieber- und Wucherertums identifiziert;

b) Kampf gegen die Friedensverträge von Versailles und St. Germain;

c) Kampf gegen den Marxismus;

d) Kampf gegen den Separatismus;

e) Kampf gegen das internationale Leihkapital und gegen den Mammonismus.[4]

Im Lauf der Geschichte der NSDAP und der parallelen Entwicklung des VB ändern sich die Schwerpunkte der Propagandaarbeit. Der Kampf gegen die Versailler Verträge und gegen den Seperatismus verliert zunehmend an Bedeutung, dagegen nimmt der Antikommunismus, oder, um in der Terminologie der Zeit des Dritten Reiches zu bleiben, der Antibolschewismus größeren Raum ein. Für die parallele Darstellung wichtiger Themenbereiche, die im Völkischen Beobachter sowie in der DNZ eine hervorragende Rolle spielen, bieten sich

---

(3) Heinrich Sippel, "Agitationsthemen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland" in: National oder radikal? Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1966, S. 48

(4) Georg Franz-Willing, "Die Hitlerbewegung", Der Ursprung 1919 - 1922, Hamburg/Berlin, R. v. Decker's Verlag G. Schenck, 1962, S. 146

folgende Komplexe an:

- Antikommunismus
- Antisemitismus
- Diffamierung des Auslandes und seiner Repräsentanten
- Antiparlamentarismus und Intellektuellenkritik
- Kriegsschuldfrage
- Nationalismus.

3.1.1. Antikommunismus in der DNZ

Schon zur Gründungszeit der Soldaten-Zeitung, des legitimen Vorläufers der DNZ, war der Antikommunismus zentraler Bestandteil der Berichterstattung. Mitentscheidend war hier das Zusammenwirken mit dem ebenfalls 1951 ins Leben gerufenen VDS ("Verband deutscher Soldaten"), der sich mit dem Ziel, einer vermeintlich kommunistischen Bedrohung entgegenzuwirken, die Remilitarisierung und Aufrüstung der Bundesrepublik zur Aufgabe gemacht hatte. Chefredakteur Cornelius O. Pfeiffer stellte damals in einem Grundsatzartikel unmißverständlich klar: "Wir treten ein für eine kompromißlose antibolschewistische Haltung." [5] Eine geradezu groteske naive Kommunistenfurcht

(5) Deutsche Soldaten-Zeitung, Nr. 25, 22.11. 1951, S. 5 "Die Attacke läuft"

manifestiert sich in einem Appell, den der VDS in der Weihnachtsausgabe 1951 als Verbandsmitteilung abdrucken ließ:

> "Warnung! Immer wieder tauchen, besonders in ländlichen Bezirken, Frauen auf, die Mitglieder für den 'Demokratischen Frauenbund' werben. Sie behaupten, daß der Bund auf gesamtdeutscher Basis überparteilich wirke, daß der Bund hauptsächlich Wohltätigkeitsarbeit leiste und seine Mitglieder selbstverständlich in 'großzügigster Weise' unterstütze, wenn dieselben in Not seien. Wir warnen alle Frauen vor dieser Organisation. Es ist eine k o m m u n i s t i s c h e (im Original kursiv, Anm. d. Verf.) Frauenorganisation, die auch in Westdeutschland Mitglieder zu werben versucht. Immer wieder hören wir von Fällen, in denen gutgläubige Frauen aus Unkenntnis diesem Bund beitraten, um dann mit Schrecken zu erkennen, daß ihr Name und ihre Unterschrift zu kommunistischer Werbung mißbraucht werden." 6)

Das Heraufbeschwören einer Bedrohung der Bundesrepublik durch den Kommunismus war in der Nachkriegszeit unter der Ära Adenauer ein wichtiger Faktor zur Solidarisierung des Volkes. Es wurde politische Einigkeit erreicht durch das gemeinsame Feindbild des Kommunismus, was die rechtsextremistische Presse damals wie heute propagandamäßig ausschlachtet.
Die methodischen Schritte sind leicht zu erkennen: Die Gefährlichkeit des Kommunismus wird den Lesern in grellsten Farben vor Augen geführt, worauf die übrigen Massenmedien (Rundfunk, Fernsehen, bürgerliche Presse) pauschal

---

(6) SZ, Nr. 3o, 24.12.51, S. 9, "Aus dem Verband deutscher Soldaten"

als kommunistisch diffamiert werden, um Widersprüche in der Berichterstattung zu erklären. Die eigene Partei, Bewegung oder Zeitung wird als die einzig wahre Verfechterin der Demokratie ausgewiesen, um dann die Kommunisten und andere konstruierten anonymen Mächte, in die jeder seine eigenen politischen Antipathien hineininterpretieren kann, als die Gegner der Bewegung und damit als "Feinde unseres Volkes" hinzustellen. Sehr intensiv äußert sich der Antikommunismus des rechten Lagers in der permanenten anti-intellektuellen und antigewerkschaftlichen Einstellung, wie auch Friedrich Bröder betont: "Ihrem Publikum suggeriert die DN-Propaganda immer wieder, daß die Bundesrepublik letztlich von Kommunisten und Linksradikalisten beherrscht werde, um dann um so konzentrierter ihr antikommunistisches Sendungsbewußtsein ins Spiel zu bringen und die Partei als den letzten Hort der von links bedrohten Freiheit einzustellen." [7]
In der Berichterstattung der DNZ wird dieser ideologisch bedingte Antikommunismus besonders deutlich, wenn die gefährliche "sowjetische Bestie" [8] an die Wand gemalt wird: "Jedermann weiß, daß die Kommunisten zusammenlügen, was immer ihnen beliebt." [9] Besonders beliebtes

---

(7) Friedrich Bröder, ebd. S. 61

(8) Paschner, ebd. S. 64

(9) DNZ, Nr. 1o, 1964

Propagandamittel sind Darstellungen sowjetischer Kriegsverbrechen, die in ausschweifenden Bildern eine grauenvolle Szenerie vor Augen rufen:

> "Die Vergewaltigungsorgie der Roten Armee 1945 - Der entfesselte Mord kam mit der Roten Armee, der Jammer, das unbeschreibliche Elend. Das Leben galt nichts mehr, die Frauen wurden zum Freiwild einer rohen Soldateska" 10)

Oder der Bericht in Nr. 8/1965:

> "Vor zwanzig Jahren brach die rote Flut aus dem Osten in den Osten Deutschlands. Schrecken, Not und Tod verbreitend. Schrecken, Not und Tod, wie sie der Dreißigjährige Krieg in Deutschland kannte, aber dennoch nicht in dieser unvorstellbaren Schrecknis, nicht in diesem unvorstellbar grauenhaften Ausmaß ... Vor zwanzig Jahren geschahen in Deutschland Verbrechen an Deutschen, die heute noch das Blut in den Adern gerinnen lassen ... Vor zwanzig Jahren brach die rote Flut in Pommern ein. Sie spülte Verbrecher voran, die - befehlsgemäß - Dinge taten, wie sie schauerlichste Phantasie nicht auszudenken vermag ... Jeder vierte Pommer wurde Opfer des von Ilja Ehrenburg propagierten und von der bolschewistischen Führung diktierten Massenmordes. Jeder vierte Pommer. Die Menschen werden gejagt wie aussätzige Tiere, geschlagen, geschändet, erschlagen." 11)

Aber auch Widersprüchliches zeigt sich im sonst so strammen antisowjetisch ausgerichteten Kurs der DNZ. In Nr. 24/1966 überrascht Chef-

---

(1o) DNZ, Nr. 53, 1965

(11) DNZ, Nr. 8, 1965

redakteur Frey seine getreue Leserschaft mit dem Leitartikel: "Freundschaft mit Rußland" Darin heißt es unter anderem: "Die 25. Wiederkehr des unheilvollen 22. Juni 1941 sollte Deutsche und Russen dazu veranlassen, mit Energie und Gerechtigkeitssinn den Weg zur Wiederherstellung einer Freundschaft zu suchen, die vom Wechsel der Staatsform unberührt bleibt." [12] Diese Zeilen leiten eine kurze Phase der Annäherung an das russische Volk ein, scheinbar spekulierend auf den Abschluß eines neuen deutsch-sowjetischen Freundschaftspaktes. Auch das Liebäugeln mit der Volksrepublik China - in der momentanen weltpolitischen Situation wieder sehr aktuell - bleibt eine kurze Episode, und schon 1967 steht wieder fest, "daß sich an den Zielen der kommunistischen Weltrevolution nicht das Geringste geändert hat und daß Deutschland nach wie vor gefährdet ist." [13]

Diese Ablehnung des Kommunismus und des Sozialismus marxistischer Prägung schließt sogar die SPD mit ein, obwohl sie doch spätestens mit dem Godesberger Programm eine ideologische Richtungsänderung vollzogen hat. "Der Antikommunismus dient in diesem Falle lediglich als Instrument, den Gegner abzustempeln und lahmzulegen." [14]

---

(12) DNZ, Nr. 24, 1966

(13) DNZ, Nr. 34, 1967

(14) Knütter, Hans-Helmuth "Geistige Grundlagen und politische Richtung der 'Deutschen Nationalzeitung und Soldatenzeitung'", dargestellt am Jahrgang 1961, in: Sonderheft "Für die Demokratie", Herausgegeben vom Bundesverband des DGB, Jahrgang V Nr. 4 April 1964, S. 5

Kommunistische oder sozialistische Theorie und Praxis sind für DNZ und SZ kein Gegenstand ernsthafter Untersuchungen, vielmehr wird emotionelle Stimmungsmache praktiziert. Der Kommunismus als Weltanschauung und seine Vertreter werden verleumdet und auf sprachlich niederster Ebene beschimpft. Da wird auch vor "Bettgeflüster" nicht halt gemacht: "Man sagt in Bukarest, daß keine wichtige Entscheidung auf dem Sektor der Politik, Wirtschaft und Kultur fällt, die nicht vorher im Schlafzimmer des Ehepaares Kischinewsky besprochen wurde. Josef Kischinewsky ist Sekretär des kommunistischen Zentralkommitees ..." 15)
Für die DNZ-Sprache und Methode existieren kaum Grenzen des guten Geschmacks, wie sich auch in jüngster Vergangenheit Anfang der 8oer Jahre wieder deutlich dokumentieren läßt. Da wird in einem Artikel mit der Schlagzeile: "Sowjetische Kinder-KZ" ohne jegliche Quellenangabe "sensationell enthüllt": "In der Sowjetunion werden gegenwärtig mindestens 1oooo Kinder in Konzentrationslagern unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehalten." 16)
Das Reizwort "KZ" mit allen seinen grauenhaften Konnotationen wird kombiniert mit dem Begriff Kinder, der als Inbegriff für Schutzlosigkeit und Hilfsbedürftigkeit eine ganz hohe emotionale

---

(15) SZ, Nr. 25, 22.11.51, Seite 3

(16) DNZ, Nr. 2, 11.1.198o, S. 2

Aufladung besitzt. Diese - vom propagandistischen Standpunkt aus gesehen - geschickte Konstruktion löst starke antisowjetische Emotionen aus. Und da in der DNZ nicht zwischen der Ideologie des Kommunismus und der sozialistischen Praxis sowjetischer Prägung unterschieden wird, steht der Kommunismus auf der Anklagebank als Staatsform, die die Unversehrtheit des kindlichen Lebens mißachtet. Allerdings muß man einschränkend hinzufügen, daß diese Methodik nicht nur in der Arbeit der DNZ-Redaktion eine zentrale Rolle spielt. Ohne Zweifel kann man in jeder Ausgabe der Bild-Zeitung ähnliche Beobachtungen machen.

3.1.2. Antikommunismus im VB

Das Schüren und Wiederaufbereiten eines in der Bevölkerung emotional vorkonditionierten Antikommunismus stand auch im Vordergrund der Aufgabenstellung des "Völkischen Beobachters". Die Nationalsozialisten hatten aber gegenüber den heutigen Vertretern des rechten Lagers den Vorteil, ihre haßgeladene ideologische Saat auf fruchtbarem Boden ausbringen zu können. Besonders im deutschen Bürgertum herrschte nämlich zu Zeiten der Weimarer Republik schon seit Jahrzehnten, vor allen Dingen seit 1917/18, eine tiefbegründete Furcht vor Sozialismus und Kommunismus. Nachdem der V.B. sich in der Anfangszeit, als die sozialistische Komponente des Nationalsozialismus noch betont wurde, nur über den Internationalismus der Kommunisten

empörte und im Kampf gegen den Kapitalismus geradezu eine gemeinsame Sache sah, wußte man bald, die propagandistische Chance, die in diesen Urängsten der Bevölkerung lag, zu nutzen.
Ein Unterschied zwischen Marxismus, Kommunismus, Bolschewismus und Sozialdemokratie wurde nicht mehr gemacht. Beliebteste Sammelbezeichnung für die "rote Gefahr" wurde "Bolschewismus." Spätestens in den letzten Jahren der Weimarer Republik wurden die konzentrierten Bemühungen, die Macht zu ergreifen, in die gemeinsame Kampfformel "Nationalsozialismus oder Bolschewismus" gezwängt, wie auch eine Ausweisung der Reichspropagandaleitung der NSDAP vom Mai 1931 beweist:

> "Das Leitmotiv (...) muß die Parole sein: Wir oder der Bolschewismus! An dieser wichtigsten Parole gilt es den Massen klarzumachen, daß alle Parteien restlos versagt haben und daß es keinen Ausweg gibt. Entweder einen festgefügten nationalsozialistischen Staat oder das bolschewistische Chaos." (17)

Die Bezeichnung Bolschewismus oder Marxismus galten dann auch im Wahlkampf vor der Machtübernahme für alle Parteien und Regierungen während der Weimarer Republik. Man hatte die Klammer gefunden, mit der alle politischen Gegner zusammengepfercht werden konnten. Der Bevölkerung wurde systematisch die Zerrissenheit der Weimarer Republik, die ja nicht ein-

---

(17) Anweisung der Reichspropagandaleitung NSDAP vom Mai 1931

mal zu leugnen war, vor Augen geführt. Als einzige Möglichkeit, das bolschewistische Schicksal für Deutschland abzuwehren, stellte sich die Wahl des "starken Mannes" dar, eine Wahl, die den weitgehend noch nicht "entmonarchisierten" Deutschen, nicht einmal so schwer fallen mußte. In einer Rede, die am 13. Februar 1933 im "VB" erscheint, zeichnet Hitler die marxistische Bedrohung auf:

> "Der Marxismus bedeutet die Zerreißung der Nation und damit die Schwächung des gesamten Volkes, der Marxismus bedeutet die Verelendung dieses Volkes und damit den Verrat gerade an der Klasse, die er als tragend unter sich wissen will und der er eine bessere Zukunft verspricht. Der Verrat an der Arbeiterschaft ist ebenso die Folge des Marxismus, wie der Verrat am deutschen Bauern, an den Millionenmassen genauso armer Menschen des Mittelstandes und des Handwerks. Marxismus ist ein Kampf gegen Kultur und die Idee der Freiheit, ein Krieg gegen Tradition und Ehre. Ein Angriff gegen alle Fundamente unseres Gemeinschaftslebens und damit ein Angriff gegen die Grundlagen unseres Lebens. Nach außen hin pazifistisch, nach innen terroristisch, das ist die Weltauffassung der marxistischen Zerstörung. Vierzehn Jahre herrscht heute diese Partei, vierzehn Jahre herrschte diese Weltanschauung, manchmal unverhüllt, manchmal schamhaft verdeckt." 18)

Die innenpolitische Auseinandersetzung mit dem "Bolschewisten" prägte den Wahlkampf des Jahres 1933 entscheidend. Nach der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen allgemeinen

---

(18) V.B. Nr. 43/44, 12/13. Februar 1933, S. 2

Radikalisierung wurde im VB ebenso wie in der gesamten NS-Presse der "bolschewistische" Terror zum Hauptthema. Besonders beliebt war dabei die montägliche Berichterstattung über die bolschewistischen Ausschreitungen des vorangegangenen Wochenendes, da ja vor allem sonntags die großen Demonstrationen von Linken und Rechten stattfanden, die meist in tätlichen Auseinandersetzungen der rivalisierenden Gruppen endeten und grundsätzlich eine Reihe von Verletzten und Todesopfern forderten. Das Vorgehen der NSDAP stellt sich im VB dann als "vernünftiges politisches Handeln" und "Eintreten für Recht und Ordnung im deutschen Volk" dar, während die Kommunisten eine brutale terroristische Gefahr bedeuten. Schlagzeilen wie "Das Ende der roten Futterkrippenwirtschaft" oder "Die Blutopfer des Sonntags - Planmäßige Terrorakte der Kommunisten - " [19] verdeutlichen das regelmäßig. Dabei bewährt sich die Methode, jegliches Verbrechen oder Unglück, das geschieht, von vornherein ohne weitere Nachforschungen den Kommunisten anzulasten. Das liest sich dann etwa folgendermaßen: "Neue bolschewistische Untat in Eisleben: Bewaffnetes Rotfront-Gesindel überfällt das Leichenhaus." [20] Man schreckt auch nicht davor zurück, diese Methode zu einer idiomartigen Grundthese zu formulieren. In einem Artikel im Januar 1933 heißt es unter der Schlagzeile: "Die braunen Kolonnen im 'roten Berlin'": "Ein SA-Mann sagt: 'Man sieht

---

(19) V.B. Nr. 45, 14.2.1933, S. 1

(20) V.B. Nr. 49, 18.2.1933, S. 1

wieder einmal, daß zwar nicht alle Kommunisten Verbrecher sind, aber alle Verbrecher Kommunisten."[21]

Die Alternative zu diesen "unhaltbaren Zuständen" hatte man parat: allein der Nationalsozialismus war in der Lage, die Zukunft zu sichern: "Ernst gemacht mit der Ausrottung des bolschewistischen Kleinkrieges wird allerdings erst werden, wenn der Nationalsozialismus das Heft in der Hand haben wird." [22]
Adolf Hitler wollte aus "Klassen- und Interessenhaufen wieder ein Volk formen", den Klassenstandpunkt durch "ein neues Volksbewußtsein" ausmärzen. [23] Beinahe sozialistisch war sein Ansatz, die Klassen durch ein zusammenschweißendes Einigkeits- und Nationalgefühl zu harmonisieren. Es gibt nach seiner Meinung in diesem "wahren Sozialismus" weder Proletarier noch Bürger, sondern nur noch Deutsche. Der V.B. half, die Weichen dazu zu stellen. Am 22.2.33.veröffentlichte man den Erlaß Goerings in seiner Funktion als Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium des Inneren, der Polizei, SS und SA geradezu zur "Kommunistenhatz" aufrief. Unter der Schlagzeile: "Rücksichtsloser Waffengebrauch gegen den roten Terror" heißt es dort unter anderem:

> "Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen, mit den schärfsten Mitteln

---

(21) V.B. Nr. 24, 24.1.1933, S. 1

(22) V.B. Nr. 24, 24.1.1933, S. 1

(23) V.B. Nr. 93, 1932

> entgegenzutreten. Gegen kommunistische Terrorakte und Überfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtsnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen." 24)

Dies kann man wohl kaum noch "juristischen Freibrief" nennen, sondern muß es eher als Aufforderung zum Mord auffassen. Kurz vor der entscheidenden Wahl vom 5. März 1933 bediente sich die antikommunistische Propaganda des V.B. dann der gleichen Methoden, wie sie bei der DNZ feststellbar waren. In einer durchgehenden Serie erschienen an jedem Tag auf der ersten Seite Kästen, in denen ein Opfer im Kampf gegen den Marxismus-Bolschewismus betrauert wurde. Besonders wirkungsvoll erschienen - wie in der DNZ - Darstellung kommunistischer Greueltaten an Kindern, wie zum Beispiel am 28.2.33 unter der Überschrift "Hitlerjunge Christian Großmann von Marxisten ermordet", wo es heißt: "Auch vor kaum den Kinderschuhen entwachsenen Jungen machen die roten Mörder nicht halt! Niemals vergessen!" 25)

Geradezu zum propagandistischen Glücksfall und zur massiven Wahlkampfhilfe für die NSDAP

---

(24) V.B., Nr. 53, 22.2.1933, S. 1

(25) V.B., Nr. 59, 28.2.1933, S. 1

entwickelte sich der Reichstagsbrand, der dem V.B. ermöglichte, am 1. März 1933 endgültig die Kommunisten als Verbrecher hinzustellen mit der überdimensionalen Schlagzeilenfolge:

> "Das Maß ist voll! - Jetzt wird rücksichtslos durchgegriffen - Kommunistische Brandstifter zünden das Reichstagsgebäude an - Der Mitteltrakt mit dem großen Sitzungssaal vernichtet - Kommunistischer Brandstifter verhaftet - Das Zeichen zur Entfesselung des kommunistischen Aufruhrs - Schärfste Maßnahmen gegen die Terroristen - Alle kommunistischen Abgeordneten in Haft - Alle marxistischen Zeitungen verboten." 26)

Die gesamte Wahlkampfpropaganda des V.B. wird auf fast jeder Seite des Blattes mit Appellen und Aufrufen vor allem emotionaler Machart unterstützt, die dann auch letztlich zum Erfolg führten: "Jetzt hat die Stunde der Abrechnung geschlagen. Am 5. März wird das deutsche Volk den marxistischen Verrätern die Quittung erteilen." 27)

Nach der Machtübernahme spielte der Antikommunismus innenpolitisch dann bald keine Rolle mehr, da ja die Kommunistische Partei und ihr nahestehende Presseorgane schnell verboten wurden. Der Kommunismus hatte seine Schuldigkeit als innenpolitischer Buhmann getan, auf ihn hatte man den Volkszorn konzentrieren können und so eine breite Zustimmung in der Bevölkerung erreicht. In der Außenpolitik blieb der Antikommunismus allerdings, abgesehen von einigen Annäherungen an die Sowjetunion,

---

(26) V.B., Nr. 6o, 1.3.1933, S. 1

(27) V.B., Nr. 49, 18.2.1933, S. 3

bei denen die grundsätzliche Kritik an der Staatsform zurückgehalten wurde, weiter als Propagandathema erhalten. Besonders während des Rußlandfeldzuges konnte die "Abwehr des Weltbolschewismus für ganz Europa" als Kriegsgrund herhalten, wie die folgenden Schlagzeilen zeigen: "Bolschewistische Weltrepublik bleibt Moskaus Ziel" - "Europa rechnet mit dreisten Schwindel Stalins ab" - "Deutschland schützt den Kontinent vor der Drohung des Bolschewismus." [28]

3.2.1. Antisemitismus in der DNZ

Der Deutschen National-Zeitung Antisemitismus anhand des geschriebenen Wortes juristisch nachzuweisen, ist den gesetzlichen Vertretern bisher nicht gelungen und dürfte auch in der Zukunft ein ziemlich hoffnungsloses Anliegen sein. Sicher ist aber, daß antisemitisch-völkisches Gedankengut den Geist der Zeitung mitbestimmen, was Hans Schueler in einem Artikel in der Zeitung "Die Welt" sehr bildhaft ausdrückt: "Ein glühender Antisemitismus weht durch die Zeilen." [29] Obwohl die

---

(28) V.B., Nr. 47, 16.2.1943, S. 1

(29) Hans Schueler, "Geballte Ladung von Haß, Zynismus und Menschenverachtung" in: "Die Welt", Nr. 25, 30.1.69, S. 2

DNZ diesen Antisemitismus mit subtilen Tricks und Methoden verschleiert und kaschiert, zeigen Leserbriefe wie der Folgende, daß das Gemeinte wohlverstanden wird:

> "Im Verein mit Ihren arabischen und russischen Verbündeten sind Sie eifrigst bestrebt, die Juden aus Palästina wieder herauszubringen. Wollen Sie die Juden wieder in Deutschland haben? Haben Sie wieder genug Gasöfen vorbereitet? 3o)

Eine der DNZ-Methoden, sich dem juristischen Zugriff wegen Volksverhetzung zu entziehen, besteht darin, Antisemitismus unter dem Tarnbegriff Antizionismus zu betreiben. Es werden also nur Juden außerhalb der Bundesrepublik und der Staat Israel mitsamt seiner Politik im Nahen Osten angegriffen. Schlagzeilen wie "Israels Mörder - Regierung will uns Moral lehren", "Israels Schandtaten schreien zum Himmel" oder "Massenmörder regiert Israel" sind zwar keine Beweise für den Tatbestand der Volksverhetzung, doch rufen sie latente Ressentiments gegen Juden wach und erreichen so ihre Wirkung, die auch nicht dadurch geschwächt wird, daß in der DNZ-Redaktion pikanterweise mit Moshe Menuhin in den 6oer Jahren ein Jude beschäftigt war, der zum Antizionismus Stellung nahm:

> "Meine Religion ist der prophetische Judaismus und nicht der Napalm-Judaismus oder jüdische Nationalismus. Jüdische Nationalisten sind keine Juden, sondern jüdische Nazis, die jeden Sinn für jüdische Moral und Menschlichkeit verloren haben. Anti-Zionisten sind noch längst

---

(3o) Leserbrief DNZ, Nr. 3, 19.1.1968

keine Antisemitisten." 31)

Diese Auffassung, es gäbe zwei Arten von Juden, spiegelt sich auch in den Berichten über Juden in Deutschland wider. So werden einerseits Juden, die sich zur deutschen Volksgemeinschaft zugehörig fühlen, als "anständige Juden" dargestellt, da sie keine Kritik üben. Andererseits gibt es für die DNZ auch Juden, die die Deutschen ablehnen und als nicht anständig gelten, weil sie Vorwürfe erheben. Der polemisch-propagandistische Stil der DNZ in der Judenfrage forderte in der Vergangenheit starke öffentliche Kritik heraus, der das Wochenblatt mit beißendem Sarkasmus begegnete, wodurch es sich formell vom Vorwurf der Volksverhetzung distanzierte und gleichzeitig die Justiz der Lächerlichkeit preisgab:

> "Für den Herrn Staatsanwalt: Alles was Israel je getan hat, gegenwärtig unternimmt und in Zukunft anstellen wird, ist gut und gerecht. In diesem festen Wissen und keinesfalls in der Absicht, in Deutschland eine Gewalt- und Willkürherrschaft zu errichten, veröffentlichen wir die nachfolgenden Zeitungsausschnitte." 32)

Um die Ironie zu verdeutlichen, folgen Bericht über israelische Kriegsverbrechen im Gaza-Streifen und Aufrüstungswünsche mit dem bundesdeutschen Kampfpanzer "Leopard".

---

(31) DNZ, Nr. 40, 29.9.1967, S. 5

(32) DNZ, ebd. S. 4: Bravo Israel, Das ist wahre Humanität

Das allgemeine Bild des Staates Israel stellt sich für die DNZ-Redaktion folgendermaßen dar: ein neofaschistischer, imperialistischer, agressiv-kriegerischer, völkermordender Militärstaat. Die Israelis werden als Störenfriede in Nahost dargestellt. Die DNZ appelliert damit an vorhandene ablehnende Gefühle in der Gesellschaft: Sie bestärkt mit ihrer Darlegung der aktuellen Ereignisse den Eindruck, daß die Juden schon immer ein allgemeines öffentliches Ärgernis darstellten. Offene antisemitische Äußerungen liegen jedoch nicht vor, was verständlich ist, wenn man bedenkt, daß selbst anerkannte judenfeindliche Gruppen wie die Ludendorff-Anhängerschaft sich zurückgehalten haben. Wichtige Methode, verhüllte antisemitische Äußerungen zu verbreiten, ist unter anderem die Verleumdung hoher jüdischer Persönlichkeiten. So spricht der schon angeführte Moshe Menuhin von der "Militärjunta" um die "Zionisten" Moshe Dayan, General Allon und Menachim Begin. Der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums Simon Wiesenthal wird grundsätzlich als "Nazi-Jäger" beschimpft.
Ein weiteres antisemitischer Zug in der DNZ - Arbeit findet sich in dem permanenten, für Juden im In- und Ausland unerträglichen, Leugnen der Judenmorde oder zumindest ihres Ausmaßes. Durch Relativierung und Verharmlosung sämtlicher NS-Verbrechen versucht die DNZ, die Schuld des Nazi-Regimes und die Mitschuld des gesamten deutschen Volkes abzumildern. Diese Darstellungen dienen augenscheinlich dem Zweck, die deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen gegenüber den Juden gegen die deutschen Kriegsfolgeschäden aufzurechnen. Dazu bedient man sich ziemlich abwegiger

Analogieschlüsse, die Kriegsverbrechen anderer Staaten (UdSSr, USA, Israel) mit dem Völkermord Nazi-Deutschlands gleichzusetzen:

> "Grausamste Kriegsverbrechen wurden im zweiten Weltkrieg von Deutschen, von Engländern, Polen, Jugoslawen, Russen, Tschechen, Amerikanern usw. begangen. Die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich des Völkermords durch Engländer, Amerikaner, Russen usw., waren den Verbrechen Deutscher zumindest gleich. Vergleicht man beispielsweise die Judenmorde mit den Bomben- und Atombombenmorden und mit den Vertreibungsmorden, dann ist das deutsche Volk gewiß nicht schwerer belastet, als die Völker seiner Kriegsgegner." 33)

Selbst Verbrechen aus weit zurückliegenden Epochen der Geschichte werden herangezogen, um die deutschen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und vor allem die Judenmorde als kriegsübliche Auswüchse zu entkräften. So heißt es in einem Artikel, auch das "nachchristliche Abendland" sei "keineswegs milder oder gerechter" verfahren:

> "Auch seine Geschichte ist reich an Grausamkeiten der Siegerwillkür; man 'ging aufs Ganze' und rottete das Volk des unbequemen Feindes aus. (Die 5ooo Sachsen, die Karl der Große bei Verden an der Aller abschlachten ließ, sind unvergessene Zeugen jener brutalen Methode!)" 34)

---

(33) DNZ, Nr. 44, 1.11.68, S. 4: "Generalamnestie, nicht Aufhebung der Verjährung", von Rechtsanwalt Eberhard Engelhardt

(34) DNZ, Nr. 2, 12.1.1968, S. 5 "Deutsche und jüdische Kollektivschuld"

Indirekte Schlußfolgerung der DNZ: In anderen Ländern und Zeitaltern passierte und passiert ähnliches Unrecht wie im Dritten Reich, warum werden gerade die Deutschen als Verbrecher hingestellt?
Hinzu kommt das konsequente und anhaltende Leugnen und Verschleierung des wahren Ausmaßes der Judenvernichtung. Die offiziellen Zahlenangaben von 6 Millionen ermordeter Juden sind für die DNZ lediglich "antideutsche Greuelpropaganda". Durch die dauernde Anzweiflung und Reduzierung der allgemein anerkannten Zahl ermordeter Juden soll der falsche Eindruck erweckt werden, es handele sich um ein vergleichsweise kleines, harmloses Delikt. Man will mit diesen Zahlenspielereien - neben einem echten Gefühl der Bedrückung über die Massenvernichtung - Wiedergutmachungsforderungen, deren Höhe von der Zahl der Opfer bestimmt werden könnte, abwehren. So fordert der jüdische DNZ-Mitarbeiter I. G. Burg in einem Artikel mit dem Titel "Wie viele Juden wurden wirklich ermordet?" die Richtigstellung der Zahl von 6 Millionen jüdischer NS-Opfer:

> "So können wir nur wieder und wieder die staatliche Überprüfung der nachweislich unwahren Zahl fordern, die von den Zionisten mit allen Propagandamitteln verteidigt wird ... Der Frevler, der sich erdreistete, Gegenfragen zu stellen, wird als 'Neo-Nazi' als 'Antisemit' abgekanzelt, Zions Glocken in aller Welt läuten Alarm." 35)

An die Diskussion um das Ausmaß der Judenmorde grenzt die Frage nach den realen Zuständen in den Konzentrationslagern. Durchgängig werden in der DNZ in Schlagzeilen, Berichten und Kommentaren die unmenschlich-grausamen Methoden und

---

(35) DNZ, Nr. 9, 1967, S. 1

Praktiken in den KZ angezweifelt. Bei der Behandlung dieses Themas fällt nicht nur die Einseitigkeit in der Argumentation der Zeitung auf, sondern vor allem das Fehlen jeder rational nachvollziehbaren Argumentation überhaupt.
Die emotionale Auseinandersetzung mit diesem Problem basiert auf der Grundannahme, daß Menschen zu solchen Grausamkeiten gar nicht fähig seien und die KZ-Berichte daher, wenn nicht unwahr, so zumindest unglaubwürdig seien. Gleichzeitig zeigt sich hier wiederum die Taktik der DNZ, durch die Darstellung außergewöhnlicher Einzelschicksale geschichtliche Fakten in ihrer Gesamtheit anzuzweifeln.
Im folgenden Beispiel, einer Schlagzeile vom Dezember 1967, nimmt diese Methode groteske Ausmaße an:

> "Was war wirklich im KZ Buchenwald? Der Ermordete schwört: Ich wurde nie getötet!" 36)

Angesichts solcher für ehemalige KZ-Insassen wirklich unerträglicher Bemerkungen, waren die Reaktionen in Presse und Funk auch nicht gerade zurückhaltend: "Man darf hoffen, daß dieses letzte haßtriefende Zeitungsprodukt zum Auschwitz der Hersteller wird." 37)

3.2.2. Antisemitismus im V.B.

Es ist klar, daß der Antisemitismus im Völkischen

---

(36) DNZ, Nr. 5o, 8.12.1967, S. 1

(37) vgl. SPD-Telegraph, zit. nach Otto Köhler, in: Der Spiegel, Nr. 34, 1967, S. 56

Beobachter als dem Organ de · NSDAP eine ganz zentrale Stellung einnahm, da ja der gesamte Propagandaapparat der Nationalsozialisten auf ein Feindbild, nämlich das Judentum ausgerichtet war. Der Antisemitismus basiert auf pseudowissenschaftlichen Rassentheorien, deren eine von Graf Gobinean stammt. Helga Goebing umreißt sie folgendermaßen: "Innerhalb der weißen Rasse sind die Arier die wertvollsten, unter ihnen aber - blutmäßig am wenigsten vermischt - die Germanen, die mithin zur edelsten Rasse der Welt werden. Ihnen werden von Gobeineau die körperlich degenerierten und geistig unschöpferischen Semiten als ihr äußerster Gegensatz gegenübergestellt." 38)

Zu dieser reinen Rassentheorie gesellte sich im Nationalsozialismus die alte christliche Judenfeindschaft und eine primitive Auslegung des Sozialderwinismus. Erkenntnisse Darwins über die Entwicklung der stärkeren Arten im Daseinskampf wurden ohne weitere Reflektion vom Pflanzen- und Tierreich auf die menschliche Gesellschaft übertragen. Kampf wurde zum Lebensgesetz der stärkeren, germanischen Rasse. Am Beispiel eines Zuchtgestüts wurde in einer Serie des V.B. das Prinzip der Zuchtwahl demonstriert mit dem Schluß: "Wie hier für Pferde, läßt die Zuchtwahl sich natürlich an allen lebenden Wesen in gleicher Weise und mit gleichem Erfolg durchführen. Auch beim Menschen nicht minder." 39)

---

(38) Helga Grebing: Der Nationalsozialismus, Ursprung und Wesen, München 1959, S. 11, vgl. Graf Gobineau "Essay ser l' inégalite des races humaines" 1853-55

(39) V.B. Nr. 78, 79, 8o, 192o

Diese Rassenlehre bildete den Kern der nationalsozialistischen Weltanschauung. Durch sie hatte der Nationalsozialismus die Möglichkeit, seine Revolution durchzuführen und die Gesellschaft nach seinen Vorstellungen zu ändern. Ausgehend von der These, daß das Führerprinzip die Konstruktion eines permanenten Gegners voraussetzt, stellt Jürgen Hagemann fest: "Der Antisemitismus bietet von allen Rassentiments, die die nationalsozialistische Weltanschauung in sich vereinigt, die größte Möglichkeit, den objektiven Gegner aufzubauen und die Bedürfnisse nach Aggression und Selbstverherrlichung zu befriedigen. Der Jude wird zum Anti-Symbol." 4o) Dieser rassisch begründete Antisemitismus war ein Novum. Zwar gab es schon immer Antisemitismus, doch war er wie in England, USA oder der Sowjetunion grundsätzlich politisch, religiös oder sozial begründet, ganz selten rassisch. In Deutschland hatte man mit den Juden den einzig und prinzipiell Verantwortlichen für alle negativen Erscheinungen gefunden.
Alles wurde dem Juden, als "Hauptfeind der menschlichen Gesellschaft", angelastet, auch wenn dazu manchmal akrobatische Konstruktionen vonnöten waren: Den Versailler Vertrag hatten Juden gemacht, die Revolution von 1918 hatten die jüdischen Führer der Kommunisten zu verantworten, alle Weimarer Parteien waren "verjudet" oder "am Gängelband der Juden". So hatte das Judentum eine wichtige

---

(4o) Jürgen Hagemann: Die Presselenkung im Dritten Reich, H. Bouvier u. Co. Verlag, Bonn 197o S. 6

propagandistische Funktion in der NS-Ideologie. Es besteht kein Zweifel, daß die Konzentration auf einen Gegner, der teils kommunistisch, teils Kapitalistisch, aber immer jüdisch war, sich als sehr effektvoll herausstellte. Die Menschen in der Weimarer Republik waren enttäuscht. Die Arbeitslosigkeit stieg, die harten Versailler Verträge zwangen die Volkswirtschaft in die Knie, und so wuchs ein innerer Aggressionsstau, der von den Nationalsozialisten nur in die richtige Richtung gelenkt werden mußte. Die Nationalsozialisten hatten den "Sündenbock" gefunden: den Juden. Alle negativen Gefühle wurden gegen ihn mobilisiert, bis er schließlich als das personifizierte Böse schlechthin dastand. Victor Klemperer hält die Konstruktion einer Gruppe, auf die sich der gemeinsame Haß konzentrieren konnte, für eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der NSDAP:

> "Der Jude ist der wichtigste Mann in Hitlers Staat: er ist der volkstümlichste Türkenkopf und Sündenbock, der volkstümlichste Gegenspieler, der einleuchtendste Generalnenner, die haltbarste Klammer um die verschiedenartigsten Faktoren. Wäre dem Führer wirklich die angestrebte Vernichtung aller Juden gelungen, so hätte er neue erfinden müssen, den ohne den jüdischen Teufel - (...) - ohne den finsteren Juden hätte es nie die Lichtgestalt des nordischen Germanen gegeben." 41)

Auf die Frage, ob er die totale Ausrottung der Juden wünsche, sagte Hitler dann auch ähnliches

---

(41) Victor Klemperer, "LTI" Die unbewältigte Sprache Aus dem Notizbuch eines Philologen, Deutscher Taschenbuch-Verlag 1969, S. 178/179

zur propagandistischen Rolle des Juden:

> "Nein, sonst müßten wir sie wieder erfinden. Es ist wesentlich, daß man immer einen sichtbaren Gegner hat, nicht bloß einen abstrakten." 42)

Um diesen Gegner konsequent aufzubauen, bedurfte es einer gezielten Propaganda, die mit Verleumdungen und Lügen arbeitete. In V.B. geschah das in einer Sprache, die an Deutlichkeit und Geschmacklosigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Hier nur einige Beispiele: "6oo Rabbiner als Alkoholschmuggler" 43) "jämmerliche Lügen der jüdischen Verbrecher" 44), "jüdische Bestien" 45) "jüdische Mädchenhändler" 46), "Aus einem Wiener Freudenhaus-Kinderschändungen-zahlreiche Juden kompromittiert" 47). Lutz Mackensen weist darauf hin, daß Hitler "die Juden zur abstoßenden Krankheit degradierte (sie sind Abszesse am Volkskörper oder 'eitrige Herde', 'Parasiten', 'Schmarotzer', 'Bazillen', 'Blutegel'; schon 1919 erklärte er sie für die 'Rassentuberkolose der Völker' 48). Bereits 1928 hatte auch der V.B. einen Vorschlag zur Lösung der Judenfrage: "Eine Ausweisung der Juden ist unnötig! Wenn jeder Deutsche jüdische Geschäfte und Warenhäuser meidet, dann gehen sie von selbst." 49)

---

(42) Jürgen Hagemann a.a.O., S. 1 zitiert nach: Rauschwing: "The voice of destruction", S. 237

(43) V.B. 8.1o.1926, S. 1

(44) V.B. 17.4.1943

(45) V. B. 31.1.1944, S. 1

(46) V.B. 5.6.1926, S. 1

(47) V.B. 19.1.1926, S. 1

(48) Lutz Mackensen, "Verführung durch Sprache", Manipulation als Versuchung, List Verlag München 1973

(49) V.B. 21./22.1o.1928, S. 4 ganzseitige Überschrift über die Anzeigenseite

Typisch für die V.B.-Propagandamethodik war die Fusion der verschiedenen Gegner wie Kommunismus, Kapitalismus oder Judentum in einem Hauptfeind, der "alljüdischen Einheitsfront". Gegen die Kritik an dieser Praxis wehrte sich der V.B. entschieden:

> "Viele Kritiker der nationalsozialistischen Beurteilung der jüdischen Politik haben immer wieder erklärt, es sei doch absurd, den Juden sowohl die Unterstützung des Kommunismus als such der weltkapitalistischen Finanzpolitik zuzuschreiben. Selbst aber wenn auch hier Konkurrenzstreitigkeiten angenommen werden können, so haben die letzten Tage allen noch aufnahmefähigen Deutschen und Ausländern die gesamte alljüdische Einheitsfront gegen den deutschen Gedanken, ja gegen unser primitivstes Selbstbehauptungsrecht eindeutig erwiesen. Die freche Anmaßung der KPD, einen vor ihrer Propagandazentrale gelegenen Platz einfach als ihr Eigentum zu reklamieren und einen nationalsozialistischen Aufmarsch zwecks Besuch eines gleich daneben liegenden Kirchhofs als Provokation hinzustellen, wurde einmütig von der gesamten jüdischen Presse aufgenommen ... (...), heute beginnt unter Hitlers Führung Deutschland dieser Kräfte der Aushöhlung Herr zu werden. Und sie stehen alle auf: die Asphaltpresse, die Abfallprodukte der Weltstadt, das 'geistige' Alljudentum, die von Moskau ausgehaltenen Verhetzer - und hinter ihnen das gewöhnliche Verbrechertum." 5o)

Antisemitismus erschien im V.B. vornehmlich auf der Titelseite oder aber im Kulturteil. Seitenlange Aufsätze und Abhandlungen nationalsozialistischer Kulturkritiker brachten alle unbequemen, "entarteten" Künstler in die Nähe des Judentums,

---

(5o) V.B. Nr. 24, 24.1.1933, S. 1/2

um sie damit von vornherein abzuqualifizieren und eine "Verjudung des angestammten deutschen Kulturgutes" anzuprangern. Unter der Schlagzeile "Man merkt die jüdische Absicht und ist verstimmt" heißt es da: "Einen Edeljuden erkürte sich auch Theodore Dreiser zum Helden seines New-Yorker Ghettostückes 'Ton in des Schöpfers Hand': Der Jude Isidor hat ein zehnjähriges Mädchen umgebracht, die Mischzoke sucht ihn zu retten, aber Isidors Vater ist selbstverständlich ein Wahrheitssucher und gesteht alles ein. Es ist nur erstaunlich, daß man sich solche jüdischen Familienangelegenheiten immer wieder auftischen läßt." 51)

In der späteren Zeit des Nationalsozialismus, vor allem im Krieg, trat der Antisemitismus etwas zurück, da genügend äußere Feinde für Deutschland vorhanden waren und das Judenproblem seiner "Endlösung" entgegensteuerte, von deren Ausmaß und Methoden in keiner Zeile des V.B. etwas erwähnt wurde; hier existierte nur Platz für "Heldentum". Rassenvorurteile spielten im V. B. nicht nur gegenüber den Juden eine Rolle. Den pseudo-wissenschaftlichen Rassentheorien entsprechend, waren alle anderen Rassen minderwertig, vor allem aber Farbige - ein Problem, das nicht nur in der damaligen Zeit aktuell war. Beliebt war gleichzeitig die Kombination "minderwertiger" Rassen mit dem Reizwort "kommunistisch", wie im folgenden Artikel:

---

(51) V.B. Nr. 45, 14.2.1933, S. 5

"Ein kommunistischer Neger sticht einen SA-Mann nieder" - "Der 25jährige kommunistische Neger aus Liberia, Michael Engali, überfiel in Neumünster mit einem Messer bewaffnet, wie ein Tobsüchtiger auf afrikanischem Kriegspfade, einen SA-Mann in Uniform und verletzte ihn durch drei Messerstiche schwer. (...) Es ist bezeichnend für die Verhältnisse bis zum Reichskanzlers (!), daß es möglich war, daß ein kommunistischer Neger, der für seine Mitbürger eine ständige Gefahr bedeutete, sich überhaupt so lange in Deutschland aufhalten durfte und noch dazu Wohlfahrtsunterstützung bezog." 52)

3.3.1. Diffamierung des Auslandes und seiner Repräsentanten in der DNZ

Die außenpolitische Berichterstattung der DNZ geschieht nur unter deutschen, nationalistischen Gesichtspunkten. So läßt sich, wie wir schon gesehen haben, eine permanent anti-israelische Einstellung nachweisen. Den kommunistischen Staaten China und Sowjetunion gegenüber allerdings hat die DNZ keine so feste Position. Phasen der Annäherung wechseln mit Zeiten kompromißlosen Antikommunismus, die gesamte Beurteilung der Beziehungen zu diesen Staaten ist widersprüchlich und gleicht einem ideologischen "Eiertanz". Einerseits hofft man zwischenzeitlich auf einen neuen deutsch-sowjetischen Freundschaftspakt, andererseits berichtet man weiter mit Vorliebe von "Greueltaten der Alliierten"

---

(52) V.B. Nr. 55, 24.2.1933, S. 7

in Ostdeutschland 1945, wo z. B. "ein deutscher Soldat in Danzig bei lebendigem Leibe ausgeschlachtet wurde." [53]
Diese Ambivalenz in der Beurteilung anderer Staaten entsteht durch die offenkundige Unsicherheit der DNZ, die weltpolitische Lage exakt einschätzen zu können. Daher bewegt sie sich - immer den deutschen Vorteil im Auge - in Schlängellinien durch die Weltpolitik, mit der angesichts ihrer grundsätzlich antikommunistischen Einstellung absolut irrationalen Konsequenz, daß sie Mitte der 6oer Jahre ein propagandistisches Trommelfeuer gegen die USA, den mächtigsten Verbündeten der Bundesrepublik, eröffnet. Das Verhältnis der DNZ-Redaktion zu den USA ist nach dem "Umerziehungsversuchen" der Amerikaner nach 1945 seit jeher gestört, doch jetzt beginnt man Nachkriegsbilder heraufzubeschwören und Karikaturen der Sieger des Krieges aufzuzeichnen: "Hunderttausende alliierter Mörder laufen straffrei herum, wurden für ihre Schandtaten noch ausgezeichnet und sitzen mitunter sogar in den Regierungen ..." [54]. In diesem Zusammenhang gehören auch Berichte von "bestialischen Folterungen" an Deutschen: "Die deutschen Verbrechen endeten mit dem Jahre 1945, die der Alliierten steigerten sich danach teilweise zu unvorstellbarer Barbarei .... Eines der dunkelsten Kapitel alliierter Nachkriegsverbrechen sind die 'Verhöre' von Schwäbisch-Hall und

---

(53) DNZ,Nr. 1, 1965

(54) DNZ, Nr. 1, 1965

Dachau,wobei blutjunge Soldaten von amerikanischen Neubürgern deutscher Herkunft auf geradezu bestialische Weise gefoltert wurden." 55) Auf harte Kritik stößt auch die verständigungswillige und sich öffnende Politik des damaligen US-Präsidenten John F. Kennedy. Nach der Eisenhower-Ära mit ihrem stramm antikommunistischen Kurs hat diese Politik die DNZ ziemlich verwirrt und mit Mißtrauen gegenüber Washington erfüllt. Kennedys Verhandlungsbereitschaft erscheint dann in der DNZ auch bald unter dem Stichwort 'Verrat', erst nur angedeutet: "Wenn der Westen Deutschland verrät..." 56) später dann unmißverständlich: "Der Präsident, der Deutschland verriet." 57) Dieses Mißtrauen gegenüber Kennedy zeigt die DNZ schon zu Anfang seiner Regierungszeit, als sie ihm deutschfeindliche Tendenzen unterstellt:

> "Deutschland darf nicht zu stark werden, so denkt ganz offenbar die gegenwärtige amerikanische Administration ... Will John Kennedy die deutschfeindliche Linie der demokratischen Präsidenten WILSON-ROOSEVELT-TRUMAN fortsetzen und Deutschland nur als ein notwendiges Übel sehen, einen Staat, den man nie über ein gewisses Maß erstarken lassen darf?" 58)

Die DNZ befürchtet andererseits, daß die Bundesrepublik zum Trabantenstaat der USA ab-

---

(55) DNZ, Nr. 1, 1965

(56) DNZ, Nr. 18, 1961

(57) Schlagzeile einer DNZ-Serie vom Frühjahr 1967

(58) DNZ, Nr. 1o. 1961

sinkt. Anzeichen dafür sieht sie vor allem in den Anstrengungen der Amerikaner, ein Vertragswerk unter den Atommächten zu erstellen, das die Weitergabe von Know-How und Material zur Kernwaffenherstellung an bisher nicht atomar ausgerüstete Staaten verhindern soll. Daraus folgert die DNZ, daß "Bonn gezwungen werden soll ... sowohl auf wirkungsvolle Verteidigung als auch auf wirtschaftlichen Fortschritt zu verzichten und sich für alle Zeit als amerikanisches Protektorat zufriedenzugeben." [59] Die DNZ konstruiert sich eine Theorie, nach der eine weltweite solidarische Gemeinschaft von Völkern existiert, die von der Versklavung durch die USA bedroht ist, allen voran die Bundesrepublik:

> "Das Atomdiktat der Vollmächte - Vor der immerwährenden Versklavung Deutschlands - ... Durch das geplante Gebot, Kernenergie nur unter Kontrolle der Großmächte für friedliche Zwecke zu erzeugen und zu nutzen, sinken wir auf den Status eines Fellachenstaates herab, werden wir zum Volk von Hirten und Kleinbauern ..." 6o)

Doch nicht nur die USA müssen sich die dreiste Kritik der Wochenzeitung aus München Pasing gefallenlassen. Frei nach dem DNZ-Idiom: 'Wer uns in der Erreichung unserer Ziele nicht hilft, ist unser Feind', wird insbesondere den Franzosen vorgeworfen, in der europäischen Sache nur eigene Interessen zu vertreten: "Wenn sie (die Franzosen, Anm. d. Verf.) 'Europa' sagen, dann meinen sie einen handfesten Vorteil

---

(59) DNZ, Nr. 1o, 1967 vgl. Paschner a.a.O., S. 69

(6o) DNZ, Nr. 1o, 1967

für Frankreich auf Kosten Deutschlands." [61]

Die außenpolitischen Rundschläge der DNZ lassen nur ein durchgehendes Grundkonzept erkennen: aus einem tiefgründigen Nationalismusgefühl heraus werden alle außenpolitischen Vorgänge auf Deutschland bezogen. Man versucht, aus allem Gewinn zu ziehen, was der deutschen Sache dienlich sein kann, mit dem Endziel eines neuen großdeutschen Reiches im Hinterkopf. Das unterscheidet die DNZ von anderen politischen Schichten, die in den 6oer Jahren der außenpolitischen Situation ebenfalls kritisch gegenüberstanden. So vertritt Hans-Helmuth Knütter die Meinung, "daß die außenpolitischen Befürchtungen keineswegs allein von konvervativen oder rechtsextremen Gruppen geteilt werden, sondern weit in die Kreise seriöser Politiker und Publizisten hineinreichen. Die Besonderheit der DSZNZ liegt lediglich in der Naivität, mit der sie ihre Auffassung formuliert und für den Fall einer Enttäuschung Konsequenzen fordert." [62]

Die internationale Wirkung und das nicht gerade der Völkerverständigung dienende Bild der deutschen Wirklichkeit, das ausländische Leser durch die DNZ bekommen, zeigt sich besonders deutlich an dem Taschenbuch "Ich lebe nicht in der Bundesrepublik", in dem 33 deutsche Emigranten und Exilierte begründen, warum sie nicht nach dem Krieg nach Deutschland zurückgekehrt sind.

---

(61) DNZ, Nr. 8, 1961 S. 4 "Wenn die Franzosen 'Europa' sagen"

(62) Hans-Helmuth Knütter, a.a.O., S. 2o

Der Publizist Kurt Pinthus beschreibt darin, was ein ausländischer Besucher in der Bundesrepublik vorfindet: "Er findet in riesiger Auflage die 'Soldatenzeitung', die dem heutigen Spießer und einstigen Nazi den 'Völkischen Beobachter' und Goebbels 'Angriff' ersetzt." 63)

3.3.2. Diffamierung des Auslands und seiner Repräsentanten

Auch der "Völkische Beobachter" betrieb Verleumdung und Diffamierung ausländischer Politiker und Organisationen in großem Ausmaß. Die Kampagnen gingen in alle Himmelsrichtungen, nach Frankreich wie nach England, nach Schweden, in Richtung USA sowie gegen die Sowjetunion. Die Hetze, die der V.B. verbreitete, basierte auf einer angenommenen allgemeinen Bedrohung durch eine Verschwörung von Judentum, Plutokratie, Bolschewismus. Man sah sich in einer defensiven Situation, ausgeliefert den Feinden, die rings herum lauerten. So taktierte man dann gleich aggressiv. Man konzentrierte sich auf einen potenziellen Angreifer: "Der französische Anschlag auf die Reichswehr - Ein durchsichtiger Plan zur weiteren Wehrlosmachung Deutschlands" oder man griff alle Feinde auf einmal an, indem man Verbindungen zwischen ihnen konstruierte

---

(63) Kurt Pinthus u. a. "Ich lebe nicht in der Bundesrepublik" List-Verlag, München 1964, S. 133

und sie auf einen gemeinsamen Nenner brachte, wie zum Beispiel den Marxismus:

> "Bestellte SPD-Arbeit aus Berlin? - Paris mobilisiert die 2. und 3. Internationale - Hetzreden des Zionistenführers Blum und des Logenbruders Herriot - Er (Leon Blum, Anm. d. Verf.) begrüße es, daß der Zusammenschluß der sozialistischen Macht gegen das Kabinett Hitler-Papen verwirklicht worden sei und daß die deutsche Sozialdemokratie den 'Kampf auf Leben und Tod' aufgenommen habe. Die Aufgabe der französischen Sozialisten bestehe nun nicht darin, ihren deutschen Kameraden Ratschläge zu erteilen, sondern sie durch alle zur Verfügung stehenden Mittel in ihrem Kampf zu unterstützen. (...) Mit dieser unerhörten Erklärung liefert Frankreich den unfreiwilligen Beweis, daß die deutsche Sozialdemokratie die Schutztruppe Frankreichs auf deutschem Boden ist. Was wir immer behauptet haben, wird hiermit nur durch den Mund Leon Blums bestätigt: Das Verhalten des Marxismus in Deutschland hat nie deutschen Interessen, sondern stets fremden, französischen, gedient." 64)

Um diesen "Bedrohungen" entgegenzuwirken, betätigte sich der V.B. auf verschiedenen Gebieten und mit verschiedenen Methoden propagandistisch. Die Hetze gegen ein ganzes Volk wurde oft reduziert auf die Hetze - gegen einen Repräsentanten dieses Volkes. So wurde die ganze Schlagkraft der Verleumdungen auf eine isolierte Person konzentriert und nicht auf eine größere Menge wirkungslos verstreut. Einige Beispiele verdeutlichen das: "Um Roosevelt und Ickes wimmelt es von Juden" 65),

---

(64) Nr. 55, 24.2.1933, S. 1

(65) V.B. 6.1.1939, S. 7

"Zuhälter de Gaulle" [66], "Churchill-Lügner aus Beruf und Leidenschaft." [67] Durch diese Konzentration auf einen konkreten Gegner wurden die Verleumdungen sehr viel glaubwürdiger, es war und ist nämlich leichter, eine einzelne Persönlichkeit als ein ganzes Volk zu verunglimpfen. Weitere beliebte Methode der Diffamierung war die Verbindung des zu bekämpfenden Gegners mit dem Judentum wie "Englands Minister nur Strohpuppen Judas" [68] oder "USA" unter jüdischer Diktatur." [69] Diese Methode lag auch dem Angriff gegen einen Artikel im Daily Herald zugrunde, in dem die Meldung über ein bevorstehendes Judenpogrom in Deutschland veröffentlicht wurde. Der Gegenartikel hat die Schlagzeile: "Chaim Weizmann und "Daily Herald" hetzen gemeinsam - Freche Lügen über angebliche Pogrome in Deutschland - Immer noch keine offizielle englische Zurückweisung dieser Hetzer." [70]

Gerne stellte sich der V.B. in die Position des ungerechtfertigt angegriffenen, wehrlosen Opfers - sicher eine ganz deutliche Parallele zur "Deutschen National-Zeitung." Zu diesem Zweck druckte man antinationalsozialistische Kommentare ausländischer Zeitungen ab., bei deren Beurteilung man dann immer irgendwelche Verschwörungen oder Machenschaften dunkler Mächte aufdeckte. Trotz allem ist es verwunderlich, daß man wagte, den folgenden Ausschnitt

---

(66) V.B. 7.7.1 94o, S. 2
(67) V.B. 21.1o.1939 S. 1
(68) V.B. 31.1o.1939 S. 1
(69) V.B. 6.1.1939, S. 7
(7o) V.B. 4.3.1933, S. 6

aus der "Göteborger Handels- und Schiffahrts-Zeitung" abzudrucken:

> "Es ist faktisch eine Beleidigung gegen jeden Verstand, einem großen Volk einen Steuermann dieses Kalibers (Hitler, Anm. d. Verf.) aufzuhalsen (...). Und nun sollen wir alle gezwungen werden, unsere Gedanken damit zu beschäftigen, was Herrn Hitler einfällt. Ein Kerl mit diesem Aussehen, dem soll man Gedankenkraft opfern. Es ist unverschämt, dies zu fordern." 71)

Während des zweiten Weltkrieges wurden die Verleumdungen des V.B. immer schärfer. Die Sprache war auf niederstem Niveau angelangt, nicht zuletzt durch Sprachregelungen, wie sie Goebbels' Propagandaministerium in den Presseanweisungen herausgab:

> "Der Ausdruck 'Partisane' ist nicht mehr als Bezeichnung für das Heckenschützentum zu verwenden. Die richtigen Ausdrücke sind Stalinbanditen, Plünderer, Räuber, Mordbrenner." 72)

Die drohende Kriegsniederlage veranlaßte die NS-Redakteure des V.B. in den Jahren 1943 und 1944, eine neue Theorie zu konstruieren, nach der sie alle westlichen Mächte als Handlanger und Helfershelfer der jüdischen Plutokratie darstellten. Diese Theorie stellte sich als eine Kette von Marionetten dar: Frankreich abhängig von Großbritannien, Großbritannien wiederum von den USA und alle gemeinsam von der schon zitierten "alljüdischen Front". Frankreichs Abhängigkeit wurde so gekennzeichnet:

---

(71) V. B. Nr. 42, 11.2.1933, S. 2

(72) zit. nach Heinz Huber und Artur Müller, "Das dritte Reich" Bd. 1, S. 152

> "De Gaulle geifert gegen Giraud. Kaum ist die Konferenz von Casablanca vorüber, kaum wurde mit der lärmenden Propaganda-Maschinerie der Welt einzureden versucht, daß das nordafrikanische Problem gar kein Problem mehr sei, und kaum hatten sich die feindlichen Verräter General Giraud und de Gaulle die 'Friedenshand' gereicht - da beginnt London die von Roosevelt inszenierte 'Versöhnung' zu untergraben. Es gab seinem Schützling de Gaulle den Auftrag, sich gegen das Regime Giraud in Nordafrika feindlich auszusprechen." 73)

Als Reaktion auf die Unterstellung der britischen Streitkräfte in Afrika unter amerikanische Führung degradierte der V.B. den britischen Premierminister Churchill zur Handpuppe der USA und ihrer "jüdischen Berater". Es häuften sich in dieser Phase, Anfang 1943, auch die unverhohlenen Drohungen gegen die westlichen Mächte für den Fall eines deutschen Endsieges, der zwar immer unwahrscheinlicher wurde, für die Nationalsozialisten und vor allem für ihre Durchhaltepropaganda jedoch immer noch felsenfest stand. Unter der Schlagzeile "Churchill kapitulierte vor Roosevelt - Die britischen Streitkräfte in Nordafrika dem USA-General Eisenhower unterstellt" heißt es am 12.2.1943:

> "Vor dem Unterhaus gab Churchill bekannt, daß der US-General Eisenhower den Oberbefehl aller Streitkräfte der Antiachsenmächte in Nordafrika erhalten hat. (...)

---

(73) V.B. Nr. 42, 11.2.1943, S. 3

> Auch diese Rede hat wieder in vollem Umfang bestätigt, daß Churchill vor dem Imperialismus Roosevelts und seiner jüdischen Hintermänner, an die er das Empire verschachert, Kotau macht und mit einer sadistischen Lust sich für die Bolschewisierung Europas einsetzt. Am Ende dieses Krieges aber wird weder der Sieg Stalins noch der seiner plutokratischen Zuhälter Churchill und Roosevelt stehen. Wir werden uns dann zu erinnern wissen, was Churchill dem deutschen Volk und ganz Europa zugedacht hatte." 74)

Vor dem Hintergrund der tatsächlichen geschichtlichen Entwicklung ist diese verzwickte Theorie geradezu abenteuerlich: der rückgratlose Churchill, der sein Empire verschachert, der judenhörige Imperialist Roosevelt mit der sadistischen Lust an der Bolschewisierung Europas und als einziger Verteidiger der Freiheit und Retter Europas das nationalsozialistische Regime.

3.4.1. Antiparlamentarismus und Intellektuellenkritik

Antiparlamentarismus und Demokratiekritik sind häufig auftretende Themen in der "Deutschen National-Zeitung". Einerseits werden Parteien,

---

(74) V.B. Nr. 43, 12.2.1943, S. 1

Politiker und politische Institutionen in ihrer Funktion und Wirksamkeit angezweifelt, andererseits wird mehr oder weniger unverhohlen die Idee der Demokratie in Frage gestellt. Das entspricht der Einstellung, die die politische Rechte in Deutschland traditionsgemäß vertritt. Seit dem 19. Jahrhundert ist man der Überzeugung, daß die politischen Formen Westeuropas für Deutschland wesensfremd seien. Das gilt für die Rechten des Kaiserreichs, für die Nationalsozialisten nach 1918 und für die Rechtsradikalen im Nachkriegsdeutschland. Da solche Positionen heute jedoch nicht ohne Gefahr eines Zugriffs durch Polizei und Justiz derartig krass vertreten werden können wie noch in der Weimarer Republik, bekennen sich die heutigen Rechtsradikalen und somit auch die DNZ offiziell zur parlamentarischen Demokratie, ohne dabei zu verhehlen, daß sie sie noch nicht für die "echte", "wahre" Demokratie halten, die das Endziel der Bemühungen sein sollte.
Trotz dieser offiziellen Verfassungstreue erkennt man bei der Beschäftigung mit der DNZ, daß sie die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik ablehnt und ein neues Konzept schnell bei der Hand hätte, wenn sie nur gefragt würde. Die negative Beurteilung der Demokratie und vor allem ihrer repräsentativen Komponenten, dem Parlament und den Parteien, gründet sich zum einen auf Erinnerungen an die Weimarer Zeit. Andererseits wird die Demokratie als Staatsform grundsätzlich für instabil gehalten, wie Hans Helmuth Knütter bemerkt:

> "Es herrscht bei den Rechtsradikalen offenbar die Ansicht vor, daß die Labilität und Neigung zum Chaos jedem demokratischen System immanent seien und über kurz oder lang zwangsläufig wirksam werden müssen. Das impliziert den (...) Gedanken, vorsichtshalber in eine Schutzdiktatur zu flüchten, die vor dem befürchteten Chaos Sicherheit bietet." 75)

Da das direkte, radikale Vorgehen gegen die Demokratie nicht möglich ist, gilt das Hauptaugenmerk der DNZ-Kritik dem Parlamentarismus und seinen Parteien. Der Parlamentarismus wird mit platten Argumenten abgewertet: "Die Parlamente haben bisher Eliten weder verkörpert noch geschaffen." 76) Zu den im Bundestag vertretenen Parteien vertritt die DNZ abgestufte Positionen. Während sie der CSU wohl am nächsten steht - in der Vergangenheit schrieben häufig CSU-Politiker unter Pseudonym in der DNZ - hegt sie für die anderen Parteien der deutschen Demokratie, die sie als "Bonner Denkschema" abwertet, keine positiven Gefühle. Eher bevorzugt sie es, alle Bonner Parteien und Institutionen als kommunistisch unterwandert zu verdächtigen oder ihnen zumindest zu unterstellen, daß sie nichts gegen den Kommunismus in Deutschland unternehmen.
Hervorstechend in der DNZ-Arbeit ist eine offensichtliche Intellektuellenfeindlichkeit und Hand in Hand damit eine harte kritische Einstel-

---

(75) Hans-Helmuth Knütter, Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus, Ludwig Röhrscheid Verlag 1961, S. 173

(76) DNZ Nr. 11, 1961, S. 6

lung gegenüber deutschen Politikern, die als "Verzichtpolitiker", "Verzichtler und Nachgebliche", "vaterlandslose Subjekte" oder als "Rückgratlose" bezeichnet werden. Chefredakteur und Verlagsinhaber Gerhard Frey führt diese Meinung aus:

> "An unserer Spitze stehen unzweifelhaft auch Verbrecher und Landesverräter, Halunken und Ganoven, die in der schwersten Bedrängnis des eigenen Volkes Dienste für den Landesfeind verrichteten." (77)

Emigranten, die in der NS-Zeit Deutschland verließen, um aus dem Ausland Widerstand gegen das Hitler-Regime zu leisten, werden als Vaterlandsverräter und Feiglinge bezeichnet. Besonders stark richtet sich die Kritik gegen solche Emigranten, die in der heutigen bundesrepublikanischen Politik führende Positionen einnehmen. Politische Gegner wie Brandt und Wehner werden auf diese Weise als Spione und Kommunisten verleumdet:

> "Anhand bisher streng geheimgehaltener schwedischer Gerichtsprotokolle enthüllten wir Vergangenheit und Charakter eines Mannes, der im zweiten Weltkrieg als Spion gegen Deutschland in Schweden zu Zuchthaus verurteilt wurde und nun seit Jahren in der deutschen Politik eine bedeutende Rolle spielt. Wehner machte als fanatischer Kommunist einen meteorhaften Aufstieg bis er als 'Verräter' aus der KP ausgestoßen wurde." (78)

Herbert Wehner wurde am 29. April 1942 wegen unerlaubter Nachrichtentätigkeit zugunsten

---

(77) DNZ Nr. 44, 1.11.1968, S. 1

(78) DNZ, Nr. 39, 26.9.69, S. 5 "Spion gegen Deutschland - Die Geheimdokumente aus Wehners Zuchthauszeit"

einer ausländischen Macht (Sowjetunion) in Schweden verurteilt. Das Blatt verweist außerdem wiederholt anklagend auf die Tatsache, Wehner habe als KPD-Mitglied auf der Komintern-Konferenz 1939 in Moskau auf den Auftrag erhalten, "das herrschende Regime in Deutschland zu stürzen." 79)

In der DNZ-Kampagne gegen die SPD und ihren Kanzlerkandidaten Willy Brandt anläßlich der Bundestagswahl 1969 verleumdet das Wochenblatt unter den Schlagzeilen "WILLY BRANDT entlarvt. Seine Taten als Emigrant. Vom Norweger zum Kanzler? Rettet Deutschland vor den ROTEN!" den SPD-Vorsitzenden als kommunistischen Vaterlandsverräter. In dem Beitrag wird angeführt, Brandt habe zum Partisanenkampf gegen deutsche Einheiten in Norwegen aufgerufen, um damit Volksaufstand und Aufruhr zu entfachen. 80)

In einem weiteren Artikel dieser Kampagne heißt es über Willy Brandt:

> "Willy Brandt, der das Weltgeschehen seit fast 50 Jahren durch eine rotgefärbte Brille betrachtet, hat sich infolge dieser 'Sehbehinderung' in den entscheidenden und wichtigen politischen Fragen meist geirrt. (...) Der politische Irrtum ist bei Brandt keine vorübergehende Jugenderscheinung, sondern ein Dauerzustand." 81)

An gleicher Stelle bezweifelt die DNZ die Notwendigkeit für Brandt, 1933 Lübeck zu verlassen und zu emigrieren. Mit dem dauernden Hinweis

---

(79) DNZ, Nr. 14, 7.4.1967, S. 1 "Warum Wehner im Gefängnis saß - Als Sowjetspion gegen Deutsches Reich"

(80) DNZ, Nr. 39, 26.9.1969, S. 1

(81) DNZ, Nr. 35, 29.8.1969, S. 1, "Darf dieser Mann KANZLER werden? - Wir enthüllen BRANDTS Vergangenheit - Das muß jeder Wähler wissen!"

auf die Tatsache, daß Willy Brandt als uneheliches Kind geboren wurde und ursprünglich Herbert Karl Frahm hieß, diffamiert das Blatt außerdem die Person des Kanzlerkandidaten auf infame Weise; in diesem Zusammenhang ist auch die Berichterstattung der DNZ über die linkspolitischen Kapriolen des Brandt-Sohnes Peter zu sehen.
Angehörige ausländischer Widerstandsgruppen, deren Aktivitäten sich natürlich gegen die deutschen Invasoren richteten, werden nicht als Patrioten anerkannt, sondern als Terroristen und Bandenführer bezeichnet. Im Gegensatz zu dieser Gruppe von Widerstandskämpfern, die von der DNZ äußerst scharf abgelehnt wird, finden jene deutschen Widerstandskämpfer Anerkennung, deren Triebkraft eine Vaterlandsliebe war.
An vielen Stellen läßt sich erkennen, daß das Blatt versucht, konservative Kreise als Hauptträger des Widerstands im Dritten Reich herauszustellen, was durchaus positiv bewertet wird. 81a)

3.4.2. Antiparlamentarismus und Intellektuellenkritik im "Völkischen Beobachter"

Antiparlamentarismus war eine der ganz wichtigen

(81a) vgl. Hauptseminararbeit, Wenzel/Borowski S. 24

Grundvorstellungen des Nationalsozialismus. Forderungen nach straffer Staatsführung, Einigkeit des deutschen Volkes und einer radikalen Diktatur im Sinne des Führerprinzips waren überhaupt nicht unpopulär, da sie ja den Erfahrungen und Empfindungen des obrigkeitsgewöhnten deutschen Volkes entgegenkamen. Hitler hatte sich nach seiner Landsberger Haft dazu entschlossen, die neugegründete Partei mit legalen Mitteln innerhalb der Spielregeln der Verfassung an die Macht zu bringen, und mußte so einerseits die Verfassung bejahen, andererseits aber angesichts der grundsätzlich revolutionären Zielsetzung der NSDAP den Parlamentarismus und seine politischen Vertreter bekämpfen.
Für ihn waren die Anhänger des Parlamentarismus "Schwätzer, Angsthasen, Nichtskönner oder berufsmäßige Kriecher", die Weimarer Republik nannte er "Lumpenrepublik" und "Parlamentarische Kloake". Siegfried Bork zeigt den Zusammenhang zwischen diesen Verleumdungen und der ideologischen demokratiekritischen Haltung auf: "Diese gezielten Verleumdungen, Bezichtigungen und böswilligen Unterstellungen hatten nur den einen Sinn, die demokratische Idee, die demokratischen Institutionen und Persönlichkeiten lächerlich und unmöglich zu machen. Der gefährliche Haß Hitlers auf die Demokratie und deren Vertreter stellte diese geistig und sittlich minderwertig, als korrupt und lebensunweit dar." [82] Der "Völkische Beobachter" als Propa-

(82) Siegfried Bork, Mißbrauch der Sprache, Tendenzen nationalsozialistischer Sprachregelung, Francke Verlag, S. 30

gundaorgan Nr. 1 war das richtige Medium zur Verbreitung dieses Hasses und der damit verbundenen Kritik am Parlamentarismus. In einer Rede im V.B. machte Hitler auch keinen Hehl daraus, daß man sich der parlamentarischen Spielregeln nur als Mittel zum Zweck bedienen wollte:

> "Wir kämpfen nicht, um Parlamentssitze zu erobern, sondern die Abgeordnetenmandate sind das Mittel, um die deutsche Freiheit zu erobern: Wir sind Parlamentspartei aus Zwang. - Der Zwang ist die Verfassung." 83)

Als konkrete Angriffspunkte der Verleumdungskampagnen erschienen immer wieder einzelne Repräsentanten der Weimarer Parteien oder eben die Parteien im Ganzen. Selbstverständlich stand dabei der Kampf gegen die KPD, solange sie existierte, im Vordergrund. Basierend auf dieser antikommunistischen Grundeinstellung, wie sie auch in Kapitel 3.1.2. dargestellt ist, wurden aber ebenso die anderen demokratischen Parteien in abenteuerlichen Analogieschlüssen mit dem Marxismus oder Bolschewismus gleichgesetzt. Im Fall der SPD scheint das - wenn nicht verständlich - so doch erklärbar, wenn man sich vor Augen hält, daß selbst in der Bundesrepublik des Jahres 1976 die CDU/CSU den Bundestagswähler vor die Alternative "Freiheit oder Sozialismus" stellte und damit die "sozialistische Bedrohung" durch die SPD an die Wand malte. Im Völkischen Beobachter trat man der SPD sprachlich viel massiver entgegen, vor allem im Wahlkampf, der sich im V.B. mit markigen, schlachtrufartigen Solidaritätsparolen präsentierte:

---

(83) V.B. Nr. 222, 1930

> "Die roten Landesverräter am Pranger! 14 Jahre lang hatte die Sozialdemokratische Partei die Macht in der Hand. Sie wollte dem Volke Freiheit, Schönheit und Würde, einen gerechten Frieden, Arbeit, Brot und Sozialisierung der Produktionsmittel bringen. Statt dessen hat sie die Wirtschaft verwüstet, die Finanzen ruiniert, den Bauer von Haus und Hof vertrieben, und sieben Millionen Arbeiter erwerbslos gemacht! Die ganze Nation steht vor dem völligen Zusammenbruch! (...) Nie wieder Sozialdemokratie! (...) Diese Partei hat kein Recht mehr, zu fragen oder Forderungen zu erheben! Sie sitzt auf der Anklagebank, und das deutsche Volk wird am 5. März über sie Gericht halten! Die 14 Jahre der roten Schmach und des marxistischen Elends sind vorbei! Die Nation gibt Hitler die Macht! Wählt Hitler auf Liste 1!" 84)

Im Juni 1933 war es dann soweit, daß der V.B. das Verbot der SPD vermelden konnte. Offizielle Begründung: landesverräterische Unternehmungen gegen Deutschland:

> "Wohlverdienstes Ende der marxistischen Landesverratspartei - keine Sozialdemokraten mehr in den Parlamenten - Dauerverbot der SPD-Presse - Beamte und Staatsangestellte dürfen nicht mehr der SPD angehören." 85)

Während das Vorgehen gegen die SPD noch in das allgemeine Konzept der NSDAP im Kampf gegen das linke Parteienspektrum paßt, wirkt die Konstruktion politischer Gemeinsamkeiten zwischen den Marxisten und dem Zentrum sehr irrational. Schlagzeilen wie "Das Zentrum als

---

(84) V.B. Nr. 53, 1933, S. 3

(85) V.B. Nr. 175, 1933, S. 1

Bundesgenosse der abgesetzten Marxisten" [86] oder "Schwarz-rotes Fangballspiel der Novemberfront ± Marxisten und Zentrum Schulter an Schulter" [87] machen deutlich, daß die Propaganda des V.B. rationale Grenzen mühelos überwindet und Politik auf der Basis emotionaler Spekulationen betreibt. Dem Zentrum wurde nicht nur angelastet, nichts entscheidendes gegen die KPD unternommen zu haben, sondern auch eine Mitschuld an der Kriegsniederlage zu tragen. Begründet wurde das - wie so oft - mit einer Verschwörungslegende. Unter der Schlagzeile "Die Schuld des Zentrums in Krieg und Frieden" heißt es:

> "Das Zusammenwirken des Zentrums mit dem Marxismus hat sich schon mitten im Kriege als verhängnisvoll erwiesen und nicht die Friedensbereitschaft unserer Gegner gestärkt, sondern ihren Vernichtungswillen." 88)

Zum Antiparlamentarismus und zur Kritik der Idee der Demokratie gesellt sich im V.B. wie in der DNZ eine überaus argwöhnische, teilweise haßerfüllte Position gegenüber Intellektuellen und Künstlern. Das entsprach Hitlers grundsätzlicher Einschätzung des Geistes. Intelligenz sollte mit negativen Gefühlen und Assoziationen belegt werden, sodaß die Gebildeten der breiten Bevölkerung suspekt wurden. Es ist sicher nicht zu gewagt, zu vermuten, daß es sich bei Hitler hier um die

---

(86) V.B. Nr. 42,11.2.1933, S. 1

(87) V.B. Nr. 53, 22.2.1933, S. 2

(88) V.B. Nr. 48, 17.2.1933, S.1

Auswüchse eines Minderwertigkeitskomplexes aufgrund seiner fehlenden akademischen Ausbildung handelte. Methoden der Verhetzung Intellektueller waren die Verbindung zum Judentum und zum Kommunismus oder beißende Ironie, mit der die Personen unmöglich gemacht oder öffentlich geschulmeistert wurden. Selbst die öffentliche Verhetzung als pervertierte Individuen fehlte nicht!
Der Kulturteil war täglich gefüllt mit Schmähartikeln geschmacklosester Machart. So wurden in einem Beitrag mit der Schlagzeile "Ein Rütli 'der November-Intelligenz' - Ein paneuropäisch-pazifistisch-problematisches Panoptikum" [89] die geistigen Größen der Zeit polemisch verhöhnt, weil sie die Durchsetzung der Menschenrechte gefordert hatten. Diffamiert wurden Heinrich Mann, Albert Einstein, der verteufelt wurde wegen seines Bekenntnisses, daß er "Jude, nichts als Jude, Rassenjude" sei und "mit dem Deutschtum nichts zu tun habe", außerdem Rudolf Olden, "von dem wir nicht wissen, ob er wie Balder und Hans Olden ursprünglich einmal Oppenheim geheißen hat" und Thomas Mann, "der nobelbepreiste, politisch entgleiste Wanderredner und Dichterakademiker." Dann Alfons Paquet, der "an Beschimpfungen des deutschen Volkes während des letzten Jahrzehnts das Menschenmögliche geleistet" hat und Lion Feuchtwanger, "den wir als Verfasser eines wütenden, witz- und geistlosen Pamphlets gegen Bayern, welches alles Deutsche in widerlichster

(89) V.B. Nr. 57, 58, 26./27.2.1933, S. 5

Weise bespeichelt, hier schon wiederholt angeprangert haben." Im weiteren geht es um "den Dichterakademiker und Juden Alfred Döblin, der die deutsche Geschichte uns als eine Krankheit aus dem Blut entfernen möchte", sowie "den Juden Ehrenstein", der "solche Schweinereien (schreibt, Anm. d. Verf.), daß wir nicht einmal zur Illustration Sätze aus diesen Laboraten zitieren können." Ferner "sein pazifistischer Kollege und halber Rassengenosse Hasenclever, der auch das Seinige tat, den Siegeswillen des deutschen Volkes während des Weltkriegs zu brechen,..." und "die derzeit ebenfalls Zeter und Mordio schreiende Frau Helene Stöcker", die "ihr jugendliches Auditorium für reif genug (hielt, Anm. d. Verf.) längere Ausführungen für Abschaffung des Abtreibungsparagraphen und für die freie Liebe über sich ergehen zu lassen." Schließlich dann der "Professor und Zionist Dr. Lessing-Lazarus (...), der Inbegriff eines Drückebergers" und "der Halbjude und internationale Hochstapler Walter Serner." Hieraus zieht der V.B. sein Resümé und verbindet es mit den bekannten Wahlparolen:

> "Das also sind die 'Köpfe des Systems', die da Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Rede- und Lehrfreiheit fordern! Was von der 'Freiheit' dieser Juden und Judengenossen zu halten ist, bedarf nach dem, was auszusprechen sie sich bis dato herausnahmen, keiner Interpretation mehr. (...) Freiheit zur Unzucht, Pazifismus, Volksverhetzung, Gotteslästerung und Deutschfeindlichkeit oder Freiheit zu Selbstzucht, Wehrwillen, Aufbauarbeit, Gotteskindschaft und völkischer Ehre, darum

geht es am 5. März." [90]

Was der Leser des V.B. für einen "wahren Künstler" zu halten hatte, erfuhr er in einem Bericht über den deutschen Gesandten in Belgien mit der Schlagzeile "Skandal um Thomas Mann in Brüssel". Dort heißt es: "Der deutsche Gesandte glaubt nämlich die Anwesenheit des Herrn Thomas Mann - nicht etwa den Geburtstag Richard Wagners (!) - durch einen offiziellen Abendempfang feiern zu müssen. Wie kommt Graf Lerchenfeld dazu, heute noch den Halbbolschewisten Thomas Mann zu empfangen?" [91]

3.5.1. Die Kriegsschuldfrage in der DNZ

Eine zentrale Stellung in der Berichterstattung der DNZ über das Dritte Reich nimmt die Frage nach der Schuld am Ausbruch des zweiten Weltkrieges ein. Die Diskussion der Schuldfrage beschäftigt sich mit drei potentiell verantwortlichen Gruppen: Hitler als Alleinschuldiger, das gesamte NS-Regime bzw. führende Nazis und das deutsche Volk als Kollektivschuldiger. Überschriften wie "Ist Hitler an allem schuld? Der Sündenbock der Weltgeschichte" zeigen deutlich, in welche Richtung die DNZ ihre Diskussion der Frage lenkt. So heißt es in einem Artikel zum 30.Jahrestag des Kriegsausbruchs ("War Hitler am Krieg allein schuld?")

---

(90) alle Zitate V.B. Nr. 57/58, 26./27.2.1933, S. 5

(91) V.B. Nr. 48, 17.2.1933, S. 3

ganz klar, die Kriegsschuld Deutschlands sei ein "völlig unhaltbarer Standpunkt." [92] Der Autor, Prof. Michael F. Connors, widerlegt darin "Hitlers angebliche globale Gebietsansprüche". Auch die Rheinlandbesetzung von 1936 und der Anschluß Österreichs ans Reich 1938 sind seiner Meinung nach rechtens gewesen.

Oft trifft man in der DNZ auch auf die Meinung, daß die Tschechoslowakei schon allein durch ihre geographische Lage eine Bedrohung für Deutschland darstellte und dadurch ein Grund zum Einmarsch gegeben war. Günter Köhler legt die Methode der DNZ dar: "Eine pseudogeschichtliche Zweckpropaganda, Geschichtsklitterung und -fälschung sollen den Nachweis führen, daß Deutschland am Zweiten Weltkrieg keine Schuld trage." [93] Wichtig ist hierbei die dauernde Betonung der Unverträglichkeit der Versailler Friedensbestimmungen, die es der DNZ ermöglicht, den ehemaligen Kriegsgegnern eine Mitschuld am Heraufkommen des Nationalsozialismus zuzuschustern.

Das reicht bis zu Behauptungen, die deutschen Gegner hätten mit dieser "ungerechten" Friedensordnung bewußt auf einen neuen Krieg hingearbeitet. Eine einseitige Kriegsschuld Hitlers oder des deutschen Volkes wird prinzipiell verneint. Die Hauptschuld am Krieg wird auf die

---

(92) DNZ, Nr. 35, 29.8.69, S. 3

(93) Günter Köhler, Die Sprache der Mörder von morgen, in: Neue Deutsche Presse, Nr. 6/1966, S. 27-28

Westmächte geschoben, denen man als Gründe nicht nur Handelsneid, sondern auch Neid auf die neu errungene politische Macht Deutschlands unterstellt. Außerdem wird ihnen angelastet, durch eine Politik langanhaltender Gefügigkeit gegenüber Hitler und dann folgender plötzlicher Überstürzung mit dem britischen Garantievertrag für Polen aus dem deutschen Krieg gegen Polen schließlich einen Weltkrieg gemacht zu haben. Vor allem beanstandet man, daß die westlichen Mächte die Deutschen nach Beginn des Rußlandfeldzuges nicht in ihrem "Kampf gegen den Bolschewismus zum Schutze Europas" unterstützt haben. Da für diese Politik der Westmächte keine sachliche Begründung akzeptiert wird, versucht man persönliche Gründe für das Verhalten der Politiker zu suchen. Hier bieten sich - wie oft in der Propaganda der DNZ - Verschwörungstheorien an, wie Hans Helmuth Knütter sie darstellt:

> "Juden, Banken und Freimaurer gelten als internationale, geheimnisumwitterte Vereinigungen mächtiger Personengruppen, die um eigensüchtiger Ziele willen die durch Geld und Propaganda beherrschten Völker in den Krieg treiben. So wird das alte Schema der jüdischen Weltverschwörung aufgegriffen. Über die Feststellung, daß an beiden Polen der Welt - in Ost und West - Juden an leitenden Stellen säßen, kommen die Anhänger der Verschwörungstheorie zu der Schlußfolgerung, daß zur Erlangung der jüdischen Weltherrschaft der erste und der Zweite Weltkrieg begonnen worden seien, und daß, um endlich zum Ziele zu kommen, auch der dritte angezettelt werden solle." 94)

---

(94) H. H. Knütter a.a.O., S. 94/95

Mit der Vorstellung von geheimnisvollen Verbindungen zwischen der ohnehin für den Normalbürger undurchschaubaren Ebene der Hochfinanz und dem nach wie vor für rechte Kreise suspekten Judentum lullt die DNZ ihre stramm orientierte Leserschaft ein. An diese Konstruktionen knüpft sie die Forderung an die heutigen Politiker, "endlich" mit den "Selbstanklagen" aufzuhören.

> "Glauben die Herrschenden wirklich, sie könnten auf die Dauer ein Geschichtsbild durchsetzen, in dem Hitler das alleinige Symbol des Bösen und das deutsche Volk die Verkörperung einer Verbrechernation bleibt?" 95)

3.5.2. Die Kriegsschuldfrage im V.B.

Naturgemäß spielte die Kriegsschuldfrage in der Arbeit des "Völkischen Beobachters" keine so große Rolle wie in der DNZ, da ja, so lange der V.B. noch erschien, der "Glaube an den Endsieg" propagandistisch hochgehalten wurde. Diskussionen über Gründe, Schuldige, Ausbruch und eventuellen Verlust des Krieges hatten in den schematischen Durchhalteparolen kaum Platz. Doch schon im Jahrgang 1933 finden sich Hinweise auf mögliche Aktionen zur Gewinnung "nationalen Lebensraumes". In einem Wirtschaftsartikel wird

---

(95) DNZ, Nr. 4o, 29.9.67, S. 1

die Rechtfertigung für die spätere Annexionen schon im Voraus geliefert:

> "Die staatliche Bündnispolitik zieht die wirtschaftliche Raumorientierung in ihre Einflußsphäre, sie greift von der Forderung des nationalen Lebensraumes zur Verbindung artverwandter und artbezogener Lebensraumgebiete der Volksgemeinschaften über." 96)

Kurz vor Kriegsende wird das Argument, Europa vor dem Bolschewismus schützen zu müssen, schon öfter ins Feld geworfen. Die Verschwörungstheorie, die auch der DNZ in ihrer Beweisführung dient, ist hier auch sehr beliebt. Um zu dokumentieren, daß man nicht als einziger die Meinung vertritt, daß hinter dem Krieg die Juden als verursachendes Moment zu suchen sind, werden Kommentare ausländischer Zeitungen gebracht. Im folgenden Beispiel wird die Bukarester Zeitung "Poruna Vremli" zitiert:

> "Juda muß für seine Kriegsverbrechen haften - Die Juden sind die Urheber dieses Krieges wie auch die Hauptinteressenten des Blutbades auf der ganzen Welt. Sie haben den Krieg bis ins kleinste vorbereitet. Sie haben im entscheidenden Augenblick ihn vom Zaune gebrochen, sie halten ihn mit allen ihren finanziellen und propagandistischen Mitteln aufrecht und sie sind es, die ihn beendet sehen wollen, nicht zugunsten Englands oder der Vereinigten Staaten, sondern beendet mit dem Triumpf des Bolschewismus als der militärischen und politischen Macht, deren sie sich zur Erringung der Weltherrschaft bedienen." 97)

---

(96) V.B. Nr. 24, 24.1.1933, S. 4

(97) V.B. Nr. 44, 13.2.1943, S. 1

3.6.1. Nationalismus in der DNZ

Nachdem nun die wichtigsten Feindbilder und Antihaltungen der beiden Untersuchungsobjekte dargestellt sind, stellt sich automatisch die Frage nach der ideologischen Triebfeder, die hinter all diesen Anstrengungen steht. In der DNZ braucht man danach nicht allzu lange zu suchen. Nimmt man nur die Häufigkeiten der Äußerungen zu bestimmten Themenkomplexen als Gradmesser, so kristallisiert sich der Nationalismus als höchste Wertvorstellung heraus. Wie auch aus dem Interview in der Anlage zu entnehmen ist, ist der nationale Gedanke auch für die heutigen Macher der Wochenzeitung keineswegs überlebt. Vielmehr hofft man hier auf die Jugend, die stärker denn je nach festen Werten sucht und der man mit dem Nationalismus nach Meinung der Redaktion die passende Richtlinie anbieten kann. Für Chefredakteur Gerhard Frey ist nationale Gesinnung, "wenn man die Interessen des eigenen Volkes im Mittelpunkt sieht, wenn mir mein eigenes Land mehr am Herzen liegt als andere Länder." 98)

Ganz gleich, ob es um die Abwehr von Wiedergutmachungszahlungen an Israel oder um die strikte Forderung nach Wiedervereinigung und Selbstbestimmungsrecht geht, jedes Thema erschließt sich nur unter dem nationalen Blickwinkel. Alle außen-, innen- und gesellschaftspolitischen Vorgänge, alle zeitgeschichtlichen Ereignisse werden ausschließlich mit der "natio-

---

(98) Dr. Gerhard Frey im Interview, Zit. nach Gassner, Kilian, "Kampf gegen ein Jauchefaß" in: Die Zeit, Nr. 14, 4.4.1969, S. 15

nalen Elle" gemessen:

> "Für uns geht es erstens um Deutschland, zweitens um Deutschland und drittens um Deutschland. Dann kommt eine ganze Weile nichts und dann mögen wir reden von den Interessen von Völkern, die 10000 km entfernt von uns wohnen." 99)

Die politische und propagandistische Gefahr, die unbestreitbar von der DNZ ausgeht, liegt in der Vermischung legitimer nationaler Anliegen und eindeutig rechtsradikaler Zielsetzungen. Dieses Konzept geht einher mit der subtilen Aufputschung nationalistischer und völkischer Ressentiments, die in der Leserschaft zum großen Teil latent vorhanden sind.

3.6.2. Nationalismus im V.B.

Im Völkischen Beobachter präsentierte sich der Nationalismus ebenso als zentraler Punkt der Ideologie, wurde jedoch emotional noch überhöht und so zu einer Art Glaubensbekenntnis. Diese beinahe religiöse Einschätzung der Nation, der geschlossenen und einträchtigen Volksgemeinschaft, die alle Gegensätze überbrücken sollte, ersparte den Nationalsozialisten die genaue Definition ihrer Ziele und Vorgehensweisen. Da konkrete Konzepte für

---

(99) DNZSZ, Nr. 2, 1961

die Bewältigung der anstehenden Probleme nicht gegeben werden konnten, wurde die Solidarität des Volkes beschworen. Es wurde dem Einzelnen ein Nationalgefühl eingeimpft, das sein Selbstgefühl erhöhte. Jeder sollte das Gefühl haben, ein Angehöriger der "edelsten Nation" und der "stärksten Rasse" zu sein, die sich ihr "Lebensrecht" wieder erkämpfen würde. Den dazu nötigen Führer hatte Joseph Goebbels für das Volk parat. In seinem Vorwort zu Hitlers Rundfunkrede in Königsberg am Vortag der Wahl, schrieb er im V.B.:

> "Es wird sich hier nicht mehr um die Rede eines Parteiführers, sondern um die Rede des Bannerträgers der deutschen Nation handeln. Von der blutenden Ostgrenze aus wird das Evangelium des erwachenden Deutschland verkündet, und das ganze deutsche Volk wird Ohrenzeuge dieses einzigartigen, in der gesamten Geschichte noch nie dagewesenen Massenereignisses sein. (...) Es wird unser Ehrgeiz sein, dafür zu sorgen, daß mindestens dreißig bis fünfunddreißig Millionen Menschen die Rede des Reichskanzlers hören, sich an ihr seelisch erheben und in ihr Trost in der Trübsal unserer Tage, Glauben an die Unsterblichkeit des deutschen Volkes und Hoffnung auf eine bessere deutsche Zukunft finden. Darum rufen wir auf zum Tag der erwachenden Nation." 1oo)

Besonders auffallend ist der religiöse Sprachgebrauch, wenn von "Evangelium", "Trost", "Glaube" und "Hoffnung" die Rede ist. Goebbels kündigt hier prophetisch den "Erlöser" an, den Mann, der "Deutschland erwachen" läßt. Ein paar Tage vorher hatte Hitler in einer Rede in Breslau

---

(1oo) V.B. Nr. 57/58 26./27. 2.1933, S. 1 u. 2

die NSDAP mit dem deutschen Volk identifiziert, die Bewegung als Verkörperung des Deutschtums dargestellt: "Wenn heute irgendeine Macht glauben sollte, unter Appell an den Terror uns beugen zu können, dann vergißt diese Macht den Charakter dieser Bewegung. Sie ist heute Deutschland geworden und Deutschland wird leben." [101] Noch am Wahltag selbst wird im V.B. an den Nationalismus der Wähler appelliert, geschickt verflochten mit dem Hinweis auf die bevorstehende Ausrottung "staatsfeindlicher Elemente". Unter der Schlagzeile "Mit Adolf Hitler für ein neues Reich" heißt es:

> "Mit Landesverrätern, Volksverrätern, Wehrverrätern, sowie mit dem ganzen salonbolschewistischen Klüngel der Kriegsdienstverweigerer wird rücksichtslos aufgeräumt! Die Säuberung der Nation von allen ihren Zerstörern und Feinden, die Wiederherstellung der nationalen Moral wird uns die Möglichkeit geben, wieder einen deutschen Nationalstaat aufzurichten, der wieder die Heimat werden soll für ein deutsches Volk der nationalen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. (...) Deutsche Volksgenossen, deutsche Arbeiter, erkennt die Zeichen der Zeit, rechnet ab mit den Verrätern an eurer Zukunft, mit den Verrätern am deutschen Volk, wählt Adolf Hitler auf der Liste 1!" [102]

Der Propagandafeldzug hatte Erfolg. Hitler gewann die Wahl bekanntermaßen haushoch. Natürlich ließ man sich diese Möglichkeit, Stärke und Erfolg der Bewegung propagandistisch auszuschlachten, nicht entgehen. Am Tag nach der Wahl

---

(101) V.B. Nr. 62, 3.3.1933, S. 2

(102) V.B. Nr. 64/65, 5./6.3.1933, S. 1

kannte die Euphorie im V.B. keine Grenzen. So heißt es unter den Überschriften "Die Stimme der Nation" und "Jubel des Deutschtums diesseits und jenseits der Weltmeere":

> "Worte glühender Begeisterung und unverbrüchlicher Treue flogen von allen Seiten am Tage der erwachenden Nation (Wahltag, Anm. d. Verf.) dem Führer zu und kündeten gleichsam die gewaltige, alles erdrückende Welle des Nationalsozialismus an, der am Wahltag über Deutschland hereinbrach und unserer sieghaften Bewegung den bisher noch niemals von einer deutschen Bewegung erreichten Erfolg gebracht hat." 103)

Der Nationalismus, immer wichtig als Grundwert des nationalsozialistischen Systems und Generalnenner, auf den alle Schichten der Bevölkerung gebracht werden konnten, war besonders in Kriegszeiten geeignet, schwindende Hoffnungen wieder aufschimmern zu lassen. In den letzten Kriegsjahren wurde das deutsche Volk unablässig durch Appelle im V.B. zu Solidarität und Staatstreue aufgefordert. Auch angesichts der beinahe sicheren Niederlage nahmen die Durchhalteparolen nicht ab. Unaufhörlich appellierten die Nazis an den Siegeswillen des deutschen Volkes:

> "Denkt ausnahmslos, Mann und Weib, nur daran, daß in diesem Krieg sein oder Nichtsein unseres Volkes entschieden wird. Und wenn ihr das begreift, dann wird jeder Gedanke von euch und jede Handlung immer nur ein Gebet für unser Deutschland sein. ADOLF HITLER" 104)

---

(103) V.B. Nr. 66, 7.3.1933, S. 1

(104) V.B. Nr. 57, 26.2.1943, S. 2

3.7.o. Zusammenfassung

Wie wir gesehen haben, sind die Parallelen zwischen der "Deutschen National-Zeitung" und dem "Völkischen Beobachter" in den Themenbereichen evident. Beide Zeitungen verfolgen auf der Basis eines tiefwurzelnden emotionalen Nationalismus deutsche Interessen. Da sie diese vor allem durch den Weltkommunismus gefährdet sehen, ist er ihr Hauptfeind Nr. 1. Beide fürchten die "rote Gefahr", wobei die DNZ größtenteils auf die Kombination des Kommunismus mit dem Judentum verzichtet. Für den "Völkischen Beobachter" ist diese Kombination geradezu konstituierend für das nationalsozialistische Propagandakonzept. Während in der DNZ Antisemitismus mit dem Mäntelchen des Antizionismus umhüllt wird - was in der emotionalen Wirkung auf den meist vorurteilsbeladenen Leser keinen Unterschied macht - propagiert der V.B. offen rassischen Antisemitismus auf der Grundlage pseudowissenschaftlicher Theorien. Wo es geht, wird auf eine Verschwörung zwischen Kommunisten und Juden hingewiesen, die die "jüdisch-bolschewistische" Weltherrschaft zum Ziel haben soll. In der DNZ kommt dieses Kombinationsmodell ausschließlich bei der Diffamierung politischer Persönlichkeiten zum Ausdruck. Der Kampf beider Zeitungen gegen das Ausland und die damit verbundenen Verleumdungen ausländischer Politiker lassen sich von der nationalen Grundhaltung her erklären. Auch hier geht die DNZ gemäßigter vor, was jedoch nur als graduelle Bewertung zu verstehen ist. Mit ihrer Polemik gegen das Ausland liegt sie

immer noch äußerst weit jenseits des erträglichen Maßes. Antiparlamentarismus und Demokratiekritik sind bei beiden ideologiebedingt, da sie allgemein das demokratische System für wesensfremd für das deutsche Volk halten und von daher - wenn auch subtil wie die DNZ - auf seine Abschaffung hin arbeiten. Die Kriegsschuldfrage nimmt verständlicherweise in der DNZ einen größeren Raum ein, wird jedoch auch schon im V.B. der letzten Kriegsjahre angedeutet. Im Ganzen kann man sagen, daß mit graduellen Unterschieden bei beiden Zeitungen die gleichen Feindgruppen festzustellen sind, über Sprache und Propagandamethoden im folgenden mehr.

4.o. Sprachliche Propagandamethoden in DNZ und V.B. im direkten Vergleich

> "Die Manipulation durch Sprache ist der auffälligste und vermutlich häufigste Versuch, auf andere bewußt und berechnend bestimmenden Einfluß zu gewinnen." 1)

Um die Propaganda- und Manipulationsmethoden des Völkischen Beobachters als "Kampforgan" der nationalsozialistischen "Bewegung" zu untersuchen, ist es unerläßlich, die sprachlichen Phänomene, in denen sich das ideologische Gedankengut der Nationalsozialisten niederschlägt, einer genauen Betrachtung zu unterziehen. Die Sprache fungierte im verzweigten System der NS-Propagandamaschinerie als wichtigstes Medium der Massenbeeinflussung. Mit ihrer Hilfe konnten die Machthaber des Dritten Reiches das deutsche Volk politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich in einem geistigen Stadium der Ignoranz halten, das gekennzeichnet war von allgemeiner Emotionalität und fehlendem kritischen Bewußtsein. Der Verstand sollte durch eine Vielzahl von schwammigen Gefühlen ersetzt und das rationale Erfassen politischer Zustände zugunsten von irrationaler Obrigkeitshörigkeit verdrängt werden. Dieses Prinzip wurde konsequent verfolgt, bis das Ziel der Volksverdummung erreicht war. Es war dann nicht mehr nötig, politische Entscheidungen objektiv zu rechtfertigen.
Lutz Mackensen beschreibt die Skrupellosigkeit und Kaltschnäuzigkeit dieser Methode und vergleicht sie mit nach wie vor gebräuchlichen Methoden der Werbung: "Die Sprachlenkungen der Werbung oder

---

(1) Lutz Mackensen, a.a.O., S. 96

autoritärer Systeme unterstellen den Umworbenen und Regierten Unwissenheit, Torheit und besonders Machtlosigkeit; das ist ihr Zynismus." [2]
Innerhalb des Nazi-Regimes unterlag die deutsche Sprache außerordentlich starken und weitgehenden Veränderungen, die jedoch nicht unbedingt in ihrer Gesamtheit von den Machthabern diktiert waren. Zwar existierte für den V.B. die tägliche Pressekonferenz im Propagandaministerium, auf der die "Sprachregelungen" und die "Tagesparole" herausgegeben wurden, doch gab es darüber hinaus keine offizielle Institution, die eine Sprachnorm vorschrieb. Trotzdem unterlagen der öffentliche und auch der private Schriftverkehr einem umfassenden Nivellierungstrend, der auch vor Menschen, die im bewußten Gegensatz zum Nationalsozialismus standen, häufig nicht Halt machte. Seidel-Slotty sprechen hier von einer "Verschmelzung der Sprachstile in einen einzigen." [3]
Die Durchdringung der ganzen Sprache ist erkennbar in allen Propagandareden, Zeitungsartikeln, wissenschaftlichen Büchern und sogar in privater Korrespondenz.
Der "Völkische Beobachter" gilt hier als Kristallisationspunkt der latenten Nazi-Sprachlenkung. Er ist repräsentativ für andere Publikationen und Kommunikationsmedien, da er als "Kampfblatt der Bewegung" die offiziell geförderte nationalsozialistische Sprachbasis Tag für Tag präsentierte. Der Stil des V.B. war besonders durch rhetorische Elemente geprägt, jedoch nicht im Sinne der

---

(2) ebd. S. 98

(3) Eugen Seidel und Ingeborg Seidel-Slotty, "Sprachwandel im Dritten Reich", Eine kritische Untersuchung faschistischer Einflüsse. VEB Verlag Sprache und Literatur, Halle (Saale) 1961, S. VII

klassischen philosophischen oder juristischen Rhetorik, sondern mit den Merkmalen der Demagogie, der Agitation und der Propaganda. Der V.B. wirkte - genauso wie die nationalsozialistischen Redner - nicht durch logisch konsequent aufgebaute Argumentationen mit ausgewogenem Aufbau, These und Antithese, sondern durch improvisierte emotionale Gedankenkonstruktionen, die er den Lesern immer wieder einhämmerte. Die Propaganda zielte darauf ab, den Leser zum Glauben zu bringen, ohne daß er rational überzeugt werden mußte.

Vor allem von drei Tendenzen wurde der Stil der NS-Sprache bestimmt. Die stärkste war das Streben nach Steigerung des Ausdrucks, das durchgängig vorhanden ist. Dazukommen das Streben nach Knappheit und das Streben nach Unbestimmtheit des Ausdrucks. Alle drei Tendenzen treten häufig gemeinsam auf, wo sie sich bald gegenseitig stützen, bald schwächen. Diese Tendenzen erscheinen in Gestalt verschiedenster sprachlicher Mittel, von denen zuerst die sprachlichen Bereiche beleuchtet werden sollen, aus denen bevorzugt Termini übernommen werden.
Einen großen Teil seines sprachlichen Repertoires zieht der V.B. aus der Sturm-Kriegs- und Kampfsprache. Der Nationalsozialismus verstand sich als "dynamische Bewegung". Nicht überlegtes Taktieren sondern die Dominanz des Handelns stand im Vordergrund ihrer Ideologie. Von daher waren bewegungsaufgeladene Begriffe wie Dynamik, Blitz, Sturm geradezu kennzeichnend für die "Tatkraft" der NSDAP. Die "revolutionäre Dynamik einer neuen Idee" [4] tritt demzufolge in wuchtigen Formulierungen auf: "Der Stürmer", "Blitzkrieg",

(4) V.B. 4.7.1940, S. 1

"Blitzmarsch", "Volkssturm", "Sturmlokal", "Sturmschritt" [5], "Sturmfahne" [6]. Mit solch schwungvollen, hektischen Begriffen wollte man den Menschen die Zeit zum Denken nehmen und sie zur Aktion führen. Seidel-Slotty weisen auf den gewalttätigen Aspekt des Gebrauchs von "Dynamik" hin:

> "Der Ns. selbst nennt sich 'dynamisch'. Zu sagen was im besonderen Falle unter diesem Terminus zu verstehen sei, ist schwer. Die sprachliche Auswirkung der 'Dynamik' zeigt sich in der Vorliebe für Wendungen, die mindestens einen Gefühlswert der Gewaltsamkeit zeigen. Eine besondere Rolle spielt dabei das Wort 'dynamisch' selber, das man als einen fremdwörtlichen Terminus technicus der n s. Ideologie betrachten kann. Aber es ist auch stehende Redewendung geworden, sich als 'dynamisches Element' zu bezeichnen und von der 'Dynamik' zu reden." 7)

Eine wichtige Stellung in der propagandistischen Vorbereitung der Menschen zur Gewaltätigkeit und Unmenschlichkeit nimmt die Kriegssprache ein. Ausdrücke aus dem Kriegswesen wurden auf alle Gebiete der Berichterstattung übertragen, die wehrhafte, militärische Ausdrucksweise war schon vor Kriegsbeginn Routine in der V.B. Arbeit: "Eroberung der Wirtschaft" [8], "biologische Wehrpflicht" [9], "marschieren nunmehr in eine neue große Zukunft unseres Lebens" [1o],

---

(5) V.B. 12.3.1938, S. 1
(6) V.B. 9.6.1935, S. 1
(7) Seidel-Slotty a.a.O., S. 6o
(8) V.B. 5.8.1938, S. 1
(9) V.B. 5.1.1939, S. 5
(1o) V.B. 25.9.1933, S.?

"Zweifrontenkrieg gegen den Verderb"[11].
"Vom ersten Augenblick seines Ringens an hatte sich Adolf Hitler als erstes Ziel die Erkämpfung des deutschen Volkes gestellt." [12]
Die kriegerische Wortwahl sollte den Lesern eine kriegerisch-gewalttätige Haltung nahebringen, eine allgemeine Soldatisierung war die Folge. Die Gleichsetzung von Leben und Krieg als Folge der primitiven Auslegung des Sozialdarminismus, wurde den Lesern offen als "wahre" Lebensphilosophie unterbreitet:

> "Und ich glaube, wir tun gut daran, uns alle ein bißchen darauf einzurichten, daß Leben Kriegsdienst ist. Vor allem jetzt!" 13) "Ich will ja nicht gleich einen Gegner mit Gewalt zum Kampf fordern, ich sage nicht 'Kampf', weil ich kämpfen will, sondern ich sage: 'Ich will dich vernichten! Und jetzt Klugheit, hilf mir, dich so in die Ecke hineinzumanövrieren, daß du zu keinem Stoß kommst, und dann kriegst du den Stoß ins Herz hinein.' Das ist es! (Bravorufe)" 14)

Diese unmenschliche, gewaltsame Ausdrucksweise erklärt sich aus der geistigen "Ausrichtung" der Nationalsozialisten auf militärische Ideale. Allmählich wurden die Menschen gegen wirkliche Brutalität abgehärtet, da sie das Unterscheidungsgefühl zwischen Realität und übersteigerter Formulierung verloren hatten. Wie schon erwähnt, spielte der Sozialdarvinismus eine große Rolle im Nationalsozialismus. Konsequent wurde die Forderung nach Auslese durch Kampf gestellt. Der Kampf wurde zum tragenden Element der "Bewegung", was sich schon im Titel von Adolf Hitlers Buch "Mein Kampf" andeutete. Wie sich in den folgenden Beispielen zeigt, kämpfte man für und

---

(11) V.B. 9.9.1936, S. 5
(12) V.B. 31.1.1933, S. ?
(13) V.B. 31.3.1945, S. 3
(14) V.B. 3o.4.1937, S. 3 (Hitler)

gegen so ziemlich alles:

> "Sie haben ihren Kampfgeist und damit ihre Existenzberechtigung bewährt." 15) "Kampf aufnehmen gegen das Lügenverbrechen" 16) "Kampf gegen die Gefahr der (rassischen) Vermischung" 17). "Der Kampf um den deutschen Lebensraum" 18). "In diesem Falle bleibt als letzte Rettung noch der Kampf, der Kampf mit allen Waffen, die menschlicher Geist, Verstand und Wille zu erfassen vermögen ..." 19) "Zum Kampfe und zum Sieg geboren." 2o)

So wurden die Leser und damit im Endeffekt das deutsche Volk in einen dauernden künstlichen Kampfzustand versetzt. Die physische Bereitschaft zum Kampf wurde durch dauernde Kampfparolen psychisch vorbereitet. Bewußt wurde nicht von Krieg, sondern von Kampf gesprochen. Während bei Krieg die Assoziationen Eroberungslust und Blutvergießen naheliegen, hat Kampf etwas Sportlich-Spielerisches und verkörpert im Höchstfall Selbstverteidigung.

Die Sturm-Krieg- und Kampfsprache spielt in der "Deutschen National-Zeitung" eine geringere Rolle. Allgemein spricht man in der DNZ gemäßigter und versucht sich mehr, dem allgemein üblichen Zeitungsstil anzupassen. Dies entspringt natürlich politischem Kalkül, da allzu drastische Hetzsprache zum einen weniger publikumswirksam ist und zum anderen die Gefahr eines Zugriffs durch die Justiz hervorruft. Dennoch kann man bisweilen nicht die militante Ausdrucksweise unterdrücken:

---

(15) V.B. 23.6.1933, S. 1
(16) V.B. 29.3.1933, S. 1
(17) V.B. 5.1.1939, S. 5
(18) V.B. 19.1.1929, S. 1
(19) Hitler "Mein Kampf", S. 68
(2o) V. B. 3o.6.194o, S. 3

> "Und wer als Deutscher die Lage des deutschen Volkes objektiv sieht, möchte wirklich am liebsten zur Pistole greifen.(...) Wie konnte es dazu kommen, daß eine Nation, die einst so viele Helden und zumindest honorige Persönlichkeiten ihr eigen nannte, heute so verlumpt ist?" 21)

Wenn in der DNZ Kampfsprache auftaucht, dann immer im Zusammenhang mit Prozessen, die gegen die Zeitung angestrengt werden. Die Sprache der Spendenappelle ist unzweideutig:

> "Nach 127 von uns erfolgreich überstandenen Strafverfahren bzw. -anzeigen setzt jetzt die Linke zum Sturm auf die NATIONAL-ZEITUNG an, während die Mitte resigniert und die sogenannte Rechte keinen Finger für uns krumm macht. (...) In Ihrer eigenen Hand ist es, unsere finanziellen Abwehrmittel zu vervielfachen in dem ungleichsten Kampf, den die Geschichte unseres demokratischen Rechtsstaates je kannte. Es geht nicht nur um das Recht der NATIONAL-ZEITUNG und ihres Herausgebers, der für vogelfrei erklärt werden soll, Es geht um das Recht des ganzen deutschen Volkes." 21a)

Der "Völkische Beobachter" bediente sich noch eines weiteren sprachlichen Reservoires zur "Auffrischung" seines sprachlichen Ausdrucksvermögens. Termini aus der technischen Fachsprache wurden herangezogen, um das Volk zu mechanisieren und zu automatisieren. So wurden die Menschen unaufhörlich "erfaßt", "eingegliedert", "eingesetzt", "organisiert", "geprägt und geformt" und sogar "gleichgeschaltet" 22).

---

(21) DNZ, Nr. 23 v. 16.8.1968, S. 1: "Verräter in Bonn. Spione gegen Deutschland. So wird unser Volk verkauft."

(21 a) DNZ, Nr. 39, 26.9.1969, S. 12

(22) vgl. Siegfried Bork, "Mißbrauch der Sprache", Tendenzen nationalsozialistischer Sprachregelung, Francke Verlag Bern und München 197o, S. 17

Diese Technisierung des Menschen reduzierte die einzelnen Persönlichkeiten zu verfügbarem "Material". Sie wurden nicht mehr qualitativ sondern nur noch quantitativ in die "Kalkulation" aufgenommen. Diese zynische, abwertende Einschätzung der menschlichen Persönlichkeit kommt besonders deutlich zum Ausdruck, wenn Menschen wie materielle Dinge "erfaßt" werden, um dann in einen "technischen Prozeß" zu geraten:

> "Frauen, die meldepflichtig geworden sind, aber im Zuge dieses Umsatz- und Anlernprozesses nicht sofort zum Arbeitseinsatz gelangen können, werden zunächst nur erfaßt und nach Aushändigung eines Bereitstellungsscheines vorerst an ihrem bisherigen Tätigkeitsplatz im Haushalt solange belassen, bis eine Einsatzmöglichkeit für sie fest zur Verfügung steht." 23)

Die allgemeine Nivellierung der Sprache verdeutlicht Karl Korn in seiner Abhandlung über "Sprache in der verwalteten Welt". Er setzt die nationalsozialistischen Sprachmethoden in Zusammenhang mit dem von ihm geprägten Begriff der "Angebersprache". Er ist der Meinung "daß die faschistische Erscheinungsform der verwalteten Welt den Nivellierungsprozeß auch in der Sprache bis zu jenem Punkt trieb, wo die überkommene Hochsprache (Idee und Gestalt), die brutale Prahlersprache der Kapos und die dürre Vokabulatur der Erfassung von Menschen und Material auf ein und dieselbe, die unterste Stufe sinken. Wenn irgendwo, dann wird in der Nazisprache die tiefe Verwandtschaft der Registriersprache mit dem Angeberjargon deutlich." 24)

---

(23) V.B. 4.11.1944, S. 1

(24) Karl Korn, "Sprache in der verwalteten Welt", Frankfurt/M. Scheffler Verlag 1958, S. 63

Kennzeichnend für die Verwaltungssprache im V.B. ist - ähnlich wie in der heutigen Amtssprache - ein Hang zum Nominalstil. Das entspricht dem Bestreben der Nationalsozialisten, alles "höchst gewichtig" auszudrücken. Soweit es ging, wurden Adjektive, Adverbien, Präpositionen und Verben durch Substantivkonstruktionen ersetzt. Damit sollten Kürze und Prägnanz des Ausdrucks erzielt werden, was jedoch meist ins Gegenteil umschlug. Hitler bevorzugte Nominalkonstruktionen, um seinem Stil so eine pseudowissenschaftliche Note zu geben. Durch die Substantivierung der Verben erstarrte jedoch meistenteils die Anschaulichkeit des Ausdrucks. Im V.B. wurde dementsprechend nicht "geändert" sondern "Abhilfe geschaffen". So heißt es statt "anwenden" "etwas zur Anwendung bringen", die Lebensmittelkarten fallen nicht weg, sondern sie werden "in Wegfall kommen". [25] Wie gekünstelt und unaufrichtig diese Konstruktionen wirkten, zeigen die folgenden Beispiele der "gewichtigen" Nominalsprache im V.B.:

> "...Kommen in Fortfall" 26); "Herbeiziehung der besten Kräfte" 27); "...bei Gelegenheit der Vorlesung der Proklamation des Führers" 28); "Entnationalisierung" 29) ... in der Lage ist die Stoßkraft, Planmäßigkeit und Einheitlichkeit solcher Veranstaltungen unter Einsatz aller großen Propagandamittel zu sichern" 3o) "Vereinfachung der Margarinebewirtschaftung" 31) "Verbastadisierungsbetriebe" 32).

---

(25) V.B. 23.1.1945, S. 2
(26) V. B. 23.9.1939, S. 9
(27) V.B. 15.1o.1933, S. 1
(28) V.B. 19.2.1943, S. 1
(29) V.B. 5.8.1938, S. 1
(3o) V.B. 25.9.1933, S. 1
(31) V.B. 23.9.1939, S. 9
(32) V.B. 1.5.193o, Beiblatt

Diese geradezu abenteuerlichen Verballhornungen (auch so ein Wort) sollten komplizierte Vorgänge und Zusammenhänge kurz und anschaulich präzisieren, brachten der Sprache aber nur eine schwerfällige Verschwommenheit ein. In der "Deutschen National-Zeitung" nimmt der Nominalstil keinen größeren Raum ein als in der übrigen Presse der Bundesrepublik; er ist also auf keinen Fall charakteristisch für die Zeitung.
In der Sprache des "Völkischen Beobachters" ist ein starker Drang zum Totalismus spürbar. In der Absicht, total über das Individuum zu verfügen, gehörten Ausdrücke wie total, gesamt, restlos und radikal zum allgemeinen Vokabular. Besonders deutlich wurde das in Goebbels legendärer Sportpalastrede, die am 19.2.1943 im V.B. abgedruckt wurde. Unter anderem heißt es da:

> "Ich frage euch: Glaubt ihr mit dem Führer und mit uns an den endgültigen totalen Sieg ..." "... die totalen Kriegsmaßnahmen;" "Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?"- "Billigt ihr, wenn nötig, die radikalsten Maßnahmen." 33)

Interessanterweise ist hier nicht nur von radikal und total die Rede. Dem Nationalsozialismus gelang es sogar, diese absoluten Begriffe noch zu steigern bis zum Superlativ "radikalste Maßnahmen". Das führt zu einer weiteren sprachlichen Eigenheit in der Sprache des Nationalsozialismus, zum Superlativstil. Auch hier ist deutlich die Tendenz zur Steigerung des Ausdrucks festzustellen. Um die vorgestellte Pseudo-Realität

---

(33) V.B. 19.2.1943, Dr. Goebbels: "Nun, Volk, steh auf und Strum brich los! Volksentscheid für den totalen Krieg. Zehn Fragen an die deutsche Nation."

glaubhafter zu machen, wurden Worte und Ausdrücke verwendet, die mehr bezeichneten als der Sachverhalt überhaupt darstellte. Zu diesem Zweck waren superlativische Angaben besonders geeignet, da sie die Wunschrealität sprachlich überhöhten und so den Zwiespalt zwischen konstruierter Wirklichkeit und tatsächlichem Geschehen kaschierten. Man verwendete zu diesem Zweck den grammatikalischen Superlativ, ganze superlativische Satzkonstruktionen und superlativische Zahlenangaben. Die normale Funktion der Adjektivsteigerung besteht üblicherweise darin, eindeutige Akzentuierungen und graduelle Unterschiede auszudrücken. Im Nationalsozialismus dagegen wird wahllos mit Superlativen um sich geworfen:

> "Deutschland hat die besten Soldaten ... die besten Arbeiter ..." 34) "Abschluß dieses reichsten Erntejahres in unserer Geschichte" 35), "unter schwierigsten Verhältnissen" 36) "Eine der gewaltigsten Voraussetzungen" 37). "Die schönste und in meinen Augen germanischste Demokratie" 38) "die bestgerüstete Armee der Welt" 39) "Der stolzeste Sieg der deutschen Luftwaffe." 4o)

Durch den permanenten Gebrauch des Superlativs wurde seine Wirkung auf eine nur leichte Steigerung des Ausdrucks reduziert. Die Grundstufe des Adjektivs fiel beinahe ganz aus dem Sprachgebrauch.

---

(34) V.B. 2.11.1939, S. 4

(35) V.B. 1.1.1939, S. 1

(36) V.B. 29.8.194o, S. 7

(37) V.B. 2.1o.1942, S. 3

(38) Kotze, "Hitler vor Kreisleitern auf der Ordensburg Vogelsang am 29. April 1937, S. 14o

(39) V.B. 17.9.194o, S. 4

(4o) V.B. 12.8.194o, S. 1

Der Komparativ nahm ihre Stelle ein. So war die stilistische Möglichkeit, durch Komparativ und Superlativ graduelle Steigerungen auszudrücken, in der Sprache des Nationalsozialismus nicht mehr vorhanden. [41] Sehr beliebt in der Sprache des V.B. waren auch Ausdrücke, die einen Superlativ sinngemäß verkörperten wie z. B. " gigantisch":

> "gigantische Wiederholung" [42], "gigantische Verkehrseinrichtungen" 43) ...entscheidende Kampf dieses gigantischen Weltringens" 44) "...noch gigantischeren Mobilisierung aller Kräfte." 45)

Die gleiche Funktion hatten Worte wie "riesig" "Riesen", "kolossal" und "ungeheuer":

> "Das sind riesige schwimmende Fabriken" 46), "Riesenbrände" 47), "riesengroße Organisationsaufgabe" 48), "Die Ergebnisse dieser ganzen Riesentätigkeit sind ungeheure" 49), "die deutsche Arbeiterschaft Ungeheures leistet..." 5o), "Das verflossene Jahr hat die ungeheure geschichtliche Bedeutung ..."51), "dieser gewaltige, die Welt erschütternde Prozeß" 52), "härteste Anforderungen; gewaltigerer und schwierigerer Weg" 53).

Monumental und gigantisch sah sich die "Bewegung", dementsprechend war auch die Wortwahl. Der Gebrauch

---

(41) vgl. Bork, a.a.O., S. 43
(42) V.B. 31.1.1944
(43) V.B. 2.1o.1942
(44) V.B. 19.2.1943, S. 1
(45) V.B. 22.3.1943,S. 1
(46) V.B. 21.5.1937, S. 1
(47) V.B. 9.9.194o, S. 2
(48) V.B. 29.8.194o, S. 7
(49) V.B. 2.1o.1942, S. 3
(5o) V.B. 22.3.1943, S. 3
(51) V.B. 24.8.1939, S. 2
(52) V.B. 2.6.194o, S. 3
(53) V.B. 3.1.1944, S. 4

der Superlative diente der Selbstbestätigung der Nationalsozialisten. Man sprach sich Kraft und Größe zu und blendete das Volk mit überschwenglichen Parolen, um die tatsächlichen sozialen und wirtschaftlichen Mißstände zu überdecken. In der DNZ ist dieses Phänomen nicht in demselben Ausmaß auffindbar. Nur wenn die DNZ über sich selbst oder Veranstaltungen politisch verwandter Gruppierungen berichtet, wird das tatsächliche Ausmaß von Ereignissen übertrieben dargestellt.

Superlativische Zahlenangaben sind häufiges stilistisches Mittel im "Völkischen Beobachter". Aus der Umgangssprache, in der es ja üblich ist, bei Zahlenangaben über das Ziel hinauszuschießen, wird diese Methode übernommen und auf die Schriftsprache übertragen, was zur Folge hat, daß präzise Angaben durch illusionistische Umschreibungen ersetzt werden. Die übertriebenen Zahlenangaben klingen bombastisch und sollten den Menschen einen Eindruck von der "Größe und Bedeutung" der Geschehnisse vermitteln:

> "Weil ich der Überzeugung bin, daß der Nationalsozialismus tausend Jahre herrschen wird." 54) "Die Front beweist ihr stilles Heldentum seit 1ooo Tagen." 55) "Tausendfaches Echo der Moskauer Entschlüsse". 56) ... Bewußtsein von 8o Millionen gestaltet, zusammengeschmolzen" 57), "hundertfältig beantwortet" 58) "Freude von unzähligen Millionen" 59); "Millionenfach hallt dieser Ruf" 6o).

---

(54) Kotze, a.a.O., 2o.5.1937, S. 189
(55) V.B. 22.3.1943
(56) V.B. 1.1o.1939, S. 1
(57) V.B. 7.4.194o, S. 1
(58) V.B. 6.9.194o, S. 7
(59) V-B. 1.1.1939, S. 1
(6o) V.B. 3o.1.1939, Sonderbeilage, S. 1

Superlativische Zahlenangaben werden in der DNZ oft zur Abwehr von Kriegsverbrecherprozessen benutzt. Mit Bezeichnungen wie "Mammutverfahren" will man Ausmaß und Kosten der Prozesse als zu groß darstellen, um die Forderung nach Amnestie zu unterstützen:

> "Hunderte von Mammutverfahren gegen Tausende tatsächlicher oder vermeintlicher deutscher Kriegsverbrecher kommen auf uns zu und vermitteln der Meinungsindustrie das Material zur Verteufelung unseres Volkes und ausländischen Antideutschen zur Erpressung unseres Staates." 61)

Der "Völkische Beobachter" - und mit ihm der gesamte Nationalsozialismus - hatte eine ausgeprägte Vorliebe für die pompöse "Glanz- und Gloria"-Sprache. Auch diese Methode hatte zum Ziel, durch Maßlosigkeit die Realität zu vernebeln und das Bild eines großen bedeutenden Deutschlands in goldenen Farben zu zeichnen. Jedes politische Ereignis wurde zum "geschichtlichen Moment" überhöht:

> "Triumphaler Einzug des Führers in Wien - der herrlichste Empfang, der je einem Volksführer bereitet wurde!" 62) "der siegreiche Führer in Berlin triumphal begrüßt" 63); "Der Führer sprach Weltgeschichte" 64); "...kein Gelehrter, und kein Dichter der Zukunft wird fähig sein, Endgültigeres und Abgeklärteres ... zu sagen,als dieser geniale Mann. 65)

Da die Propagandaarbeit des V.B. - wie die der DNZ - ausschließlich auf die Gefühlsebene der

---

(61) DNZ, Nr. 46, 1o.11.1967, S. 1 "Schluß mit Nazijagd!"

(62) V.B. 15.3.1938, S. 1

(63) V.B. 7.7.194o, S. 1

(64) V.B. 21.7.194o, S. 1

(65) ebd.

Menschen ausgerichtet war, treffen wir in verstärktem Maße auf sentimentales Pathos. Konkret logisches Durchdringen von Problemen spielte keine Rolle. Die Leidenschaften, Urtriebe und primitiven Instinkte der Leser sollten angesprochen werden. Mit dem irrationalen Vokabular des falschen Pathos gelang es den NS-Machthabern, durch Affekte den Verstand der Menschen weitgehend auszuschalten, um dann ihre konkreten mörderischen Pläne zu verwirklichen. Es gab daher in der Sprache des V.B. geradezu einen Boom an absoluten, gefühlsschwangeren Wertbegriffen wie Bewegung, deutsch, Gesinnung oder Volk in allen Zusammensetzungen und Kombinationen. Der Begriff "Volk" machte es möglich, soziale Unterschiede scheinbar zu nivellieren. Alle Bewohner Deutschlands, ob sie nun Arbeiter, Angestellte, Bauern oder Wissenschaftler waren, bildeten das Volk oder die "Volksgemeinschaft". Weitere Komposita waren "Volksgenosse", "volksnah", "volksfremd", "volksentstammt", "Volkskanzler" oder die von Cornelia Berning zusammengestellten Zusammensetzungen: "Volksaufklärung; Volksbewegung; Volksboden; Volkseigen; Volksempfänger; Volksempfinden; Volksführer; Volksgefolgschaft; Volksgerichtshof; Volksgesetzbuch; Volkskameradschaft; Volkskörper; Volksschädling; Volksseele; Volkssoldaten; Völkerbrei; Volkswagen." [66]

---

(66) Berning, Cornelia, "Vom 'Abstammungsnachweis' zum 'Zuchtwart' - Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964, S. 193 ff

Als Ausdruck der völkischen Ideologie wurden diese Begriffe vor allen Dingen in der Abgrenzung zum Judentum verwendet, wie das schon Alfred Rosenberg im Parteiprogramm schreibt:

> "Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein." 67)

Auch die "Deutsche National-Zeitung" verfügt über ein ganzes Arsenal von emotional übersteigerten Wertvorstellungen, die einer eher transzendentalen Ebene zuzuordnen sind, zum Beispiel "Volk", "deutsch", "Vaterland", "Heimat", "Kameradschaft" etc.. Diesen positiven Begriffen stehen Negativpendants gegenüber, zum Beispiel "Lüge", "Verrat", "Landesverräter", "Spion", "Kommunist" und andere. Besonders bei soldatischen Reminiszenzen an "Heldentaten" des zweiten Weltkrieges kommen diese Werte massiv zum Vorschein:

> "Getreu unserem Eid haben wir im weltweiten Ringen des letzten Krieges unsere Pflicht getan. Die Grundsätze, nach denen wir handelten, waren die für alle Soldaten der Welt und alle anständigen Menschen verbindlichen Begriffe von Selbstlosigkeit, Kameradschaft, Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe. Dafür haben Millionen unserer Kameraden Leben, Gesundheit und Freiheit geopfert." 68)

Ein Bereich des falschen Pathos, der in der DNZ nicht auftritt, ist für die Charakterisierung der NS-Sprache sehr wichtig: Der religiöse Wort-

---

(67) A. Rosenberg (Hrsg.) Das Parteiprogramm - Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP, München 1941, S. 15 ff

(68) Soldaten-Zeitung, Nr. 17, 27.9.1951, S. 1

schatz mit Begriffen wie "Hingabe", "Haltung", "Geist", "Sendung", die aus ihrem natürlichen semantischen Feld der Religion herausgerissen und in den Dienst der NS-Propaganda gestellt wurden. Durch den religiösen Wortschatz versuchte man, der Sprache und damit der "Bewegung" und ihrem "Führer" einen erhabenen Charakter zu geben:

> "Aber wieviel Opfermut, wieviel Hingabe und wieviel äußerste Entschlossenheit stehen hinter solchen Aufgaben." 69)
>
> "Und jeder empfindet die zum Himmel starrenden Trümmer wie eine furchtbare Anklage gegen die vernichtungswütigen Barbaren, denen der Geist der großen Deutschen aus den vergangenen Jahrhunderten zu mächtig erscheint, als daß sie seine Zeugnisse ferner dulden könnten. Dieser Geist lebt aber auch heute und gerade heute wieder in uns. Wir wissen: indem wir die ewigen Worte der Vergangenheit lebendig erhalten und mit aller Kraft verteidigen, sichern wir die Zukunft in Freiheit und neuer Größe ..." 7o)

Mit diesem Wortschwulst 71) sollte die Wirklichkeit,das nahende Ende des Krieges, vertuscht werden, um das Volk zum Durchhalten aufzurufen. Um in der Sprache Konzentration, Einfachheit und Wucht zu erzielen, arbeitete die NS-Propaganda mit Schlagwörtern. Komplizierte Gedankenkonstruktionen konnten so verkürzt und vereinfacht auf einen prägnanten Nenner gebracht werden. Sigrid Frind schreibt zur Werbewirksamkeit von Schlag-

---

(69) V.B. 23.1.1945, S. 1

(7o) V.B. 25./26.11.1944, S. 3

(71) vgl. Bork, a.a.O., S. 63

Wörtern im "Völkischen Beobachter": "Ganz besonders scheint die Werbekraft dann gewirkt zu haben, wenn sie sich in Schlagworten verdichtete, die bei aller Eintönigkeit die Faszination der Gültigkeit ausstrahlten." [72]

4.1. Exkurs: Historische und wissenschaftstheoretische Einordnung des Phänomens "Schlagwort"

Um näher auf die Bedeutung des Schlagwortes für den manipulativen Sprachgebrauch in den beiden Untersuchungsgebieten DNZ und VB einzugehen, erweist es sich als nützlich, die historische Entwicklung der Schlagwortforschung kurz anzureißen. Ein weiterer Schritt sollte dann eine Beschreibung der Merkmale des Schlagwortes und seines Auftretens im Einzelfall sein. Die eindeutige Zuordnung des Begriffs Schlagwort zu einer der klassisch philologischen Disziplinen fällt äußerst schwer. Denn weder in der Literaturwissenschaft noch in der moderneren Linguistik fühlt sich die Schlagwortforschung zuhause, da sie hier wie dort keine geeigneten Kategorien oder Ansätze zu ihrer Beschreibung findet. [73] Am Anfang der Entwicklung der

---

72) Sigrid Frind, "Die Sprache als Propagandainstrument in der Publizistik des Dritten Reiches", untersucht an Hitlers "Mein Kampf" und den Kriegsjahrgängen des "Völkischen Beobachter", Berlin 1964, Inanguraldissertation, S. 139

73) vgl. Wulf Wülfing, Schlagworte des jungen Deutschland. Mit einer Einführung in die Schlagwortforschung, Berlin 1981, Reihe Philologische Studien und Quellen Heft 1o6 An dieser Stelle möchte ich Herrn Dr. Wulf Wülfing herzlichst danken, daß er mir ein Manuskript seines umfassenden Werkes über die Schlagwortforschung noch vor der eigentlichen Veröffentlichung zur Verfügung stellte

Schlagwortforschung findet die Beschäftigung mit dem Phänomen Schlagwort ausschließlich unter historisch-etymologischem Aspekt statt. Im Mittelpunkt der Arbeiten steht das Herausfinden des ersten Auftretens von Schlagwörtern, wie zum Beispiel das im Jahre 19oo erschienene Buch von R. M. Meyer "Vierhundert Schlagworte" [74] deutlich zeigt. Zur ersten systematischen Beschreibung des Schlagworts kommt R. F. Arnold, der 19o1 herausfindet, "daß unter 'Schlagwort' gegenwärtig in gutem Sprachgebrauch ein Wort oder auch ein Wortcomplex verstanden wird, dessen bloße Nennung jeden Einwurf mit der Stärke eines Arguments schlägt oder doch schlagen soll." [75]

Die Behandlung der Schlagworte unter historischem Aspekt, wie R. M. Meyer sie begründete, setzt F. Lepp fort, der 19o8 unter dem Titel "Schlagwörter des Reformationszeitalters" eine erste Untersuchung von Schlagworten einer abgrenzbaren historischen Epoche vorlegt. Für ihn sind die Schlagworte "in ihrer schlagenden Kürze der treuste, charakteristischste Ausdruck des Wesens einer Epoche." [76] Die wichtigste

---

74) Richard M. Meyer, "Vierhundert Schlagworte", Sonderabdruck aus den "Jahrbüchern f. d. class. Altertum, Gesch. u. deutsche Lit. u. f. Pädagogik", Leipzig 19oo, zit. n. Wülfing a.a.O.

75) Robert F. Arnold, Ein neues lexikologisches Verfahren. In: Zs. f. d. österreichischen Gymnasien 52 (19o1) S. 963, zit. nach Wülfing a.a.O., S. 3

76) Friedrich Lepp. Schlagwörter des Reformationszeitalters, Leipzig 19o8 (Quellen und Darstellungen aus der Gesch. des Reformationsjahrhunderts 8) zit. n. Wülfing, a.a.O., S. 5

Untersuchung unter systematischem Aspekt erscheint 1920 von dem rhetorisch interessierten W. Bauer "Das Schlagwort als sozialpsychische und geistesgeschichtliche Erscheinung." [77]

Nach dem Zweiten Weltkrieg gibt W. Stammler eine Untersuchung unter dem Titel "Politische Schlagworte in der Zeit der Aufklärung" heraus, in dem es ihm "um die Wechselbeziehungen, die zwischen Sprache und Politik bestehen", geht. [78] Zuerst durch U. Klemperers "LTI. Notizbuch eines Philologen" geht das allgemeine Interesse vom historischen und systematischen Aspekt der Schlagwortforschung auf die Kontextbetrachtung über. Klemperer verdeutlicht das:

> "Denn ein Wort oder eine bestimmte Wortfärbung oder -wertung gewinnen erst da innerhalb einer Sprache leben, sind erst da wirklich existent, wo sie in den Sprachgebrauch einer Gruppe oder Allgemeinheit eingehen und sich eine Zeitlang darin behaupten."[79]

Nach W. Wülfing steht durch diesen Ansatz nicht mehr das isolierte Wort im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern das Schlagwort in seinem engeren Kontext (Wortumgebung) wie auch im

---

77) Wilhelm Bauer, Das Schlagwort als sozialpsychische und geistesgeschichtliche Erscheinung, In: Hist. Zs. 122 (1920) S. 189-240 zit. n. Wülfing a.a.O., S. 5

78) Wolfgang Stammler, Politische Schlagworte in der Zeit der Aufklärung. In: Lebenskräfte in der abendländ. Geistesgesch. Dank- und Erinnerungsgabe an Walter Goetz (...), Marburg 1948, S. 199, zit. n. Wülfing a.a.O., S. 6

79) Victor Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Berlin 1947. -Neudruck: Frankfurt/M. 1975 (Röderberg-Taschenbuch 35) S. 54

weiteren Kontext, dem allgemeinen Sprachgebrauch der Mitglieder einer Sprachgemeinschaft. "Sprache wird als soziales Phänomen ernstgenommen." [8o] In den Sechziger Jahren gibt es zu den Themenkreisen "Schlagworte" und "Sprache und Politik" eine Unmenge von Untersuchungen, von denen K. Korns "Sprache der verwalteten Welt" oder "Aus dem Wörterbuch des Unmenschen" von D. Sternberger, G. Storz und W. E. Süskind vor allen Dingen zu nennen wären, da sie außer im wissenschaftlichen Bereich auch in der Öffentlichkeit einen großen Leserkreis fanden. [81]

Ende der Sechziger Jahre fingen die ziemlich neu etablierten Disziplinen Linguistik, Semiotik und Rhetorik an, sich mit der Schlagwortforschung zu beschäftigen. Mehr und mehr kristallisierte sich die Rhetorik als übergeordneter Rahmen für die Schlagwortforschung heraus. Wülfing beschreibt die Gründe für die besondere Eignung der Beschreibungssysteme der Rhetorik:

> "Sie werden der 'Vielzahl funktionalisierter Sprachhandlungen' gerecht, die durch unterschiedliche Redeziele motivierte Kommunikationssituationen aufbauen' . [82] Ein weiterer Vorteil: Die Rhetorik scheint in doppelter Hinsicht universal zu sein, universal innerhalb e i n e s kulturellen Systems und universal hinsichtlich kultureller Systeme ü b e r h a u p t." [83]

8o) W. Wülfing a.a.O., S. 8

81) vgl. Wülfing a.a.O., S. 9, Korn a.a.O., u. D. Sternberger/G. Storz/W. E. Süskind, Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, München 1962 (dtv) 48

82) Renate Lachmann, Rhetorik und kultureller Kontext. In: Plett, Heinrich F., Rhetorik, Kritische Positionen zum Stand der Forschung, München 1977 (Krit. Informationen 5o) S. 171

83) Wülfing, a.a.O., S. 18

Abschließend zu seinen Ausführungen über den methodologischen Stand der Schlagwortforschung weist Wülfing auf ein allgemeines Problem der Kommunikationswissenschaften hin:

> "Leider erschweren die Kommunikationsweisen mancher Wissenschaftler, die Kommunikation zu ihrem Gegenstand gemacht haben, die Kommunikation ungemein." [84]

4.2. Entstehung und Funktion von Schlagworten

Wenn Walter Dieckmann in seiner Untersuchung "Information oder Überredung" zu dem Schluß kommt: "Das Schlagwort ist die auffälligste Erscheinung in der Sprache der politischen Propaganda", [85] dann scheint die Frage nach der Entstehung von Schlagworten oder gar ihrer Datierung geradezu banal und sinnlos. Denn solange Menschen einander mit dem Mittel der Sprache auf öffentlicher Ebene erreichen oder wie im Falle der Propaganda in eine - wie auch immer geartete - Richtung beeinflussen wollen, solange hat auch das Schlagwort schon seinen festen Platz unter den sprachlichen Mitteln eines Redners oder Schreibers. [86] So sicher, wie

---

84) Wülfing, a.a.O., S. 19

85) Walter Dieckmann, Information oder Überredung. Zum Wortgebrauch der politischen Werbung in Deutschland seit der Französischen Revolution, Marburg 1964 (Marburger Beiträge z. Germ. 8).

86) vgl. Wülfing, a.a.O., S. 2o

man annehmen darf, daß das Schlagwort schon immer zum rhetorischen Repertoire in der öffentlichen Kommunikation gehörte, so sicher kann man aber auch feststellen, daß die Häufigkeit des Vorkommens von Schlagworten konjunkturell schwankt, je nach politischen Situationen oder Erfordernissen, wie Otto Ladendorf konstatiert:

> "Namentlich wenn die Wogen des öffentlichen Lebens besonders hochgehen, werden eine Menge Schlagworte ans Land geworfen (...). So hat z. B. in politischer Hinsicht die französische Revolution gewirkt, ferner das Ringen um deutsche konstituionelle Verfassungen, die soziale Erregung (..)." [87]

Als Ladendorf diese Sätze 19o6 schrieb, wußte er noch nicht, daß die fruchtbarste Zeit für das Entstehen von Schlagwörtern ein paar Jahrzehnte später im Dritten Reich sein würde, wo es zum Beispiel an der Tagesordnung war, im "Völkischen Beobachter" Schlagworte wie "jüdische Verbrecher", [88] "jüdische Bestien" [89], "Parasiten" [9o] oder "Schmarotzer" [91] lesen zu müssen. Um die Parallele zur "Deutschen National-Zeitung" herzustellen, sollten einige Beispiele reichen: "Weltjudentum" [92], "Israels Massenmörder" [93], "Gaskammerlüge" [94]. Dies sind extreme Beispiele, doch ist in beiden Zeitungen in jeder Ausgabe solches Schlagwortmaterial zu entdecken. Sicher

---

87) Otto Ladendorf, Historisches Schlagwörterbuch. Ein Versuch, Straßburg-Berlin 19o6 zit. nach Wülfing a.a.O., S. 21

88) V.B. 17.4.1943

89) V.B. 31.1.1944, S. 1

9o) Vgl. S. 62 dieser Arbeit

91) vgl. ebenda

92) DNZ, Nr. 19, 12.5.67, S. 1

93) DNZ, Nr. 27, 7.7.67, S. 1

94) DNZ, Nr. 14, 14.4.67, S. 1

ist jedoch für das in jüngster Geschichte stärkere Auftreten von Schlagworten auch in der bürgerlich-liberalen Presse (z. B. "Berufsverbot", "Instandbesetzung", "Abrüstung", "Entspannungspolitik", "soziale Hängematte" etc.) die rasante Entwicklung der Massenmedien verantwortlich, worauf auch Werner Betz hinweist:

> "Durch die milliardenfache Vervielfältigung, die die Sprache im 2o. Jahrhundert durch Presse, Funk und Fernsehen erfahren hat, ist Sprache auch für die Politik noch wichtiger geworden, quantitativ zunächst, aber weiterhin auch qualitativ (...) Das Informationsinstrument Sprache wird zugleich zur Lenkung und Information benutzt, zur Aufklärung einerseits und zur Verführung andererseits." 95)

Soweit Sprache - wie z. B. in den beiden Untersuchungsobjekten VB und DNZ - vornehmlich zur Lenkung, Verführung und Manipulation benutzt wird, stellt sich automatisch die Frage nach der Glaubwürdigkeit, mit der die politischen Positionen vertreten werden. Es läßt sich feststellen, daß es bei der Vorgehensweise tendenziöser Publikationen weniger darauf ankommt, Realität oder gar Wahrheit widerzugeben, sondern vielmehr den Anschein der Seriosität und konsequenten Wahrheitsliebe vorzutäuschen oder sich gar als Instanz für Wahrheit oder als ihren letzten "Hort" auszugeben, wie wir es besonders in der Werbung der DNZ wiederfinden:

---

95) Werner Betz, Verändert Sprache die Welt? Semantik, Politik und Manipulation, Zürich 1977, Edition Interform AG, S. 9

"National-Zeitungsleser wissen die Wahrheit!" [96] Hermann Lübbe beschreibt dieses Phänomen anhand des Begriffs "Wahrheitsbeweis":

> "Denn es ist ja nicht zweifelhaft, daß die Wirksamkeit ideologischer Integration von der Lieferung von Wahrheitsbeweisen nicht unmittelbar abhängt, dagegen wohl von der erfolgreich durchgehaltenen Prätention, daß diese Wahrheitsbeweise jederzeit gegeben werden könnten." [97]

Symptomatisch zeigt sich hier die Verwandtschaft zwischen Werbung und politischer Sprache, zwischen Slogan und politischem Schlagwort. "Der Funktionsmodus politischer Parolen ist, wie man längst bemerkt hat, strukturell dem von Werbesprüchen analog." [98] Diese These von der auf gleichen psychologischen Gesetzen beruhenden beeinflussenden Wirkung von Werbung und politischer Sprache vertritt auch Walter Dieckmann. Für ihn "... ist die Dominanz der appellativen Funktion Charakteristikum jeder werbenden Sprache." [99] Diese appellative Funktion verdichtet sich für ihn im Schlagwort:

> "Im Schlagwort verwirklicht sich Sprache als Appell: es ruft den Höhrer an und provoziert eine Stellungnahme für oder wider das Bezeichnete. Es trifft als politisches Schimpfwort oder es heischt um Zustimmung als Losungswort ..." [100]

---

96) Werbeslogan, der in nahezu jeder DNZ-Ausgabe auftaucht.

97) Hermann Lübbe. Der Streit um Worte, Sprache und Politik, Bochum 1967, S. 17

98) vgl. H. Plate, Werbung oder Information? Zur Sprache moderner Propaganda, in: Sprache im technischen Zeitalter. Stuttgart 1963 (7) S. 547 - 557, zit. nach H. Lübbe a.a.O., S. 2o

99) Walter Dieckmann, a.a.O, S. 4o

1oo) ebenda, S. 76

Wie unschwer zu erkennen ist, finden wir überall im öffentlichen Sprachgebrauch Schlagwörter. Umgekehrt ist für das Auftreten von Schlagworten Publizität unabdingbare Voraussetzung. [101] Das Schlagwort existiert nur dort, wo ein Sprecher, Schreiber (Kommunikator) seine wie auch immer geartete Botschaft einer großen Gruppe von Menschen sprachlich übermitteln will. Es tritt in mehreren Formen auf, so unter anderem als sogenanntes catchword, mit dem der Kommunikator die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer, Leser (Rezipienten) erreichen will. Den Mechanismus verdeutlicht W. Dieckmann:

> "Das erste Erfordernis für den Propagandisten ist es, die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer zu gewinnen. Das, was er zu diesem Zweck unternimmt, hat oft noch nichts mit den Inhalten seiner Propaganda zu tun, sondern macht den Adressaten aufnahmebereit für die später entwickelten politischen Anschauungen, von denen er überzeugt werden soll." [102]

Wenn der Zuhörer erst richtig emotionell "vorkonditioniert" ist, verlaufen die Beeinflussungs- und Manipulationsbemühungen des Kommunikators reibungslos; und daß jeder Redner diese Manipulation bezweckt, stellt Walter Dieckmann unzweideutig fest, denn "... jede sprachliche Äußerung im System der politischen Werbung bezweckt letzten Endes einen Einfluß auf das Verhalten der

---

101) vgl. Wilfried Barner, Rhetorische Aspekte der Schlagwortanalyse, an Texten der Aufklärung. In: Linguistische und literaturwissenschaftliche Analyse von deutschen Gebrauchstexten. Referate des textlinguistischen Symposierung in Kopenhagen 15.-18. September 1975, Kopenhagen 1977 (Kopenhagener Beiträge z. germanist. Linguistik 9), S. 107

102) W. Dieckmann, a.a.O., S. 80

Staatsbürger." [103] Eine weit verbreitete Erscheinung im öffentlichen Bewußtsein kommt den hier angesprochenen Bemühungen des Propagandisten hilfreich entgegen: Die allgemeine Meinungsunsicherheit. So ist sich jeder Staatsbürger inzwischen darüber im Klaren, daß er als "freier, kritischer, individueller Mensch" eine klare politische Meinung geradezu haben muß. Auf der anderen Seite ist er aber zu einer stringenten Meinung nicht fähig und lehnt sich daher gerne an vorgefertigte Meinungsschemata an. "Aus dem Widerspruch zwischen Meinungszwang und der Unfähigkeit zum Meinen (Hofstätter) erwächst dann die Bereitschaft zur Übernahme vorgeprägter ideologischer Denksysteme und vorgeprägter Sprache." [104] In diesem Meinungsbildungsprozeß spielen Schlagworte eine immense Rolle. Walter Dieckmann beschreibt die Entstehung von Schlagworten und spricht dabei wichtige Merkmale an, die im weiteren noch ausführlich behandelt werden:

> "Sie treten in ein politisch-emotionelles Kraftfeld ein, das den Wortgebrauch und den Wortinhalt in charakteristischer Weise verändert. Der Zeitpunkt ist in der Wortgeschichte als Zäsur erkennbar: Häufigkeit der Verwendung, Emotionalisierung und Veränderungen am Wortinhalt als deren häufige Folge sind Kennzeichen für das intensivere Leben von Wörtern, die in den Meinungsstreit geraten sind." [105]

---

103) W. Dieckmann, a.a.O., S. 41

104) ebenda, S. 46

105) ebenda, S. 85

4.3. Merkmale und Charakteristika des Schlagwortes

Bei näherer Beschäftigung mit dem Phänomen Schlagwort kristallisieren sich mehrere eindeutige, durchgängig auftretende Merkmale heraus, die den Charakter des Schlagwortes ausmachen und seine Wirkung näher beschreiben lassen.

4.3.1. Emotionalisierung und Antirationalität

Wie wir gesehen haben, geht es der politischen Sprache im allgemeinen und dem Schlagwort im besonderen darum, die Gefühle der Adressaten anzusprechen, wobei klares rationales Erfassen der Argumentation möglichst reduziert, wenn nicht gar ausgeschlossen werden soll. Strittig ist in diesem Zusammenhang nur die Frage, ob die Schlagworte über ein eigenes emotionales Potenzial verfügen, oder ob sie durch die Intention der Benutzer erst ihre Wirkungskraft erhalten. So zitiert Walter Dieckmann E. Struck:

> "... alle Wörter mit einem Gefühlsgehalte haben in sich schon eine magische Potenz an Willenselementen im Denken und im Sprechen. Es gibt keine gefühls- und keine affektgeladenen Wörter, die nicht in irgendeiner Weise eine Willenshandlung vorbereiten oder wenigstens an ihrer Vorbereitung teilnehmen könnten." 1o6)

1o6) E. Struck - Bedeutungslehre. Grundzüge einer lat. und griech. Semasiologie (= Hellenen und Römer in deutscher Gegenwart und Zukunft, H 1/2) Leipzig, Berlin 194o, zit. n. W. Dieckmann, a.a.O., S. 48

Hier wird vorausgesetzt, daß Wörter "Gefühlsgehalte" haben, daß ihnen eine "magische Potenz an Willenselementen" zukommt oder sie "gefühls- oder affektgeladen" sind. W. Wülfing bestreitet, daß Wörtern "ein Gefühlswert innewohnen " [107] könne. Er entwickelt eine Definition des Schlagwortes anhand des "Organon-Modells der Sprache" von K. Bühler. [108] Das Modell beschreibt drei Grundbeziehungen oder Funktionen im Kommunikationsmechanismus:

a) die Beziehung zwischen Redner und sprachlichem Zeichen: die A u s d r u c k s f u n k t i o n
b) die Beziehung zwischen sprachlichen Zeichen und Redegegenstand: die D a r s t e l l u n g s f u n k t i o n
c) die Beziehung zwischen Redner und Zuhörer: die A p p e l l f u n k t i o n. [109]

Die Appellfunktion ist zentrales Kriterium der Schlagwortdefinition von W. Wülfing:

> "Schlagworte sind sprachliche Zeichen, die innerhalb einer Rede verwendet werden, bei der die appellative Funktion dominant ist." [110]

Dabei weist Wülfing daraufhin, daß auch im Schlagwort alle drei Bühler'schen Kommunikationsfunktionen wirksam werden, die appellative Funktion zwar klar im Vordergrund steht, jedoch nicht als einzig absolutes Kriterium für die Schlagwortbestimmung aufgefaßt werden darf.

---

107) W. Wülfing, a.a.O., S. 24

108) Karl Bühler, Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache, 2., unveränderte Auflage. Mit einem Geleitwort v. Friedrich Kainz, Stuttgart 1965, S. 28

109) vgl. W. Wülfing, a.a.O., S. 28

110) ebenda

Wülfing will nicht das Schlagwort, das quasi aus sich selbst heraus emotionsbelastet und damit wirksam wäre, in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellen, sondern den Benutzer des Wortes, der es durch gezielten Einsatz zu seinem Werkzeug macht. Der gleichen Meinung ist Walter Dieckmann, der den einzelnen Worten jedoch eigene Kapazitäten an "Nebensinn" und "Gefühlsgehalt" einräumt:

> "... und die Propaganda nutzt zu diesem Zweck die affektischen Erregungen der Menschen, indem sie die Wörter nach ihren Gefühlswerten und nach ihrer vermutlichen Wirkungskraft auswählt." [111] Außerdem "sind Nebensinn und Gefühlsgehalt für die Wortwahl oft eher maßgebend als der begriffliche Inhalt." [112]

Auf jeden Fall ist das Schlagwort, ob emotiv geladen oder nicht, in der gezielten Anwendung eines der erfolgreichsten Mittel, Menschen durch das Ansprechen von Gefühlen in ihrem Denken und Handeln zu beeinflussen. Das liegt an dem eng mit der Emotionalisierung zusammenhängenden Merkmal des Anti- oder Irrationalismus des Schlagwortes, was auch Wilhelm Bauer beschreibt:

> "Um wieviel mehr behauptet aber das Irrationale seinen Platz dort, wo die Leidenschaften der Menschen ihr Handeln fast hemmungslos beherrschen, in den Bezirken der Politik, der Religion." [113]

---

111) W. Dieckmann, a.a.O., S. 48

112) ebenda, S. 38

113) Wilhelm Bauer, a.a.O., S. 2o6

Schlagworte mit den konstitutiven Merkmalen der Emotionalisierung und Antirationalität in den beiden Untersuchungsobjekten VB und DNZ zu finden, fällt nicht sonderlich schwer. Beide Publikationen sind geradezu Paradebeispiele für den dauernden Gebrauch von Schlagwörtern, hart an der Grenze zu dem Punkt, wo Schlagwörter selbst beim ideologisch vororientierten Publikum ihre Wirkung verlieren, ins Gegenteil umschlagen und auf Ablehnung stoßen.

Da bei den Betrachtungen über die Sprachbereiche, aus denen das Vokabular der Zeitungen zusammengesetzt wird, der V. B. im Vordergrund stand, sollen nun einige signifikante Beispiele aus der DNZ die Technik des Schlagwortgebrauchs verdeutlichen. So ist ein beliebtes Mittel, den Ausgang des Zweiten Weltkrieges auf dubiose Verschwörungen etc. zurückzuführen, das Vermuten von Verrat:

> "Wer hat uns verraten? - Sozialdemokraten! Der Dolchstoß: Darum verlor Deutschland den Weltkrieg." [114] oder "Deutschland, Deine Spione! Entschied Verrat II. Weltkrieg?" [115]

Die Leserschaft der DNZ, der man wohl mit Recht eine nationalistische Gesinnung nachsagen darf, läßt sich von Schlagwörtern wie "Verrat", "Dolchstoß" oder "Spione" sicherlich gerne von den für sie schmachvollen tatsächlichen Gründen für den Verlust des Krieges ablenken. Die Dolchstoßlegende, schon nach dem Ersten Weltkrieg als Entschuldigung für den Kriegsverlust benutzt, besagt, daß die Heimatbevölkerung dem im Felde

---

114) DNZ, Nr. 45, 8.11.68, S. 1

115) DNZ, Nr. 48, 1o.11.67, S. 1

unbesiegten Frontheer in den Rücken gefallen sein soll. Diese Legende wird in der obigen Schlagzeile geschickt mit den Sozialdemokraten in Zusammenhang gebracht, von denen vermutet wird, daß sie den Dolch geführt haben. So gelingt es durch die - in der potentiellen Leserschaft - mit äußerst negativen Emotionen beladenen Begriffe Dolchstoßlegende und Verrat die Sozialdemokraten als politischen Gegner zu diffamieren , wobei die historische Zeitdifferenz keine Rolle spielt, solange man die Emotionen der Leser aktivieren oder reaktivieren kann.

Ein anderes Thema, das häufig mit starkem Gebrauch von Schlagwörtern behandelt wird, ist die Frage nach der Kriegsschuld. Unter der Schlagzeile "Die Lüge von der deutschen Schuld. Verschwörung der Geschichtsfälscher" heißt es:

> "Wenn unser Volk und Land nie mehr souverän werden, auch in künftigen Generationen nicht Gleicher unter Gleichen sein will, dann gibt es freilich nur weiterhin das vorbehaltlose 'Mea maxima culpa'. Die Anerkenntnis der Alleinschuld ist der Freibrief für alle Erpresser. (...) Hitlers Hochkommen und der Zweite Weltkrieg sind undenkbar ohne die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg aufgezwungenen Verstümmelungen und Tribute, Demütigungen und Ehrabschneidungen. Dieser Gewaltfrieden legte unserem Vaterland unerhörte Opfer wirtschaftlicher und territorialer Art auf und trug den Keim in sich zu einer späteren kriegerischen Auseinandersetzung." [116]

---

116) DNZ, Nr. 44, 27.1o.67, S. 1

Die emotionale Einstimmung der Leser auf den Meinungsartikel beginnt schon mit den Schlagworten "unser Volk und Land", mit denen ein nationales Solidarisierungsgefühl innerhalb der treu-konservativen Leserschaft angesprochen wird, das als latente Grundhaltung auch die Berichterstattung und Kommentierung der DNZ durchzieht. In verwandte Begriffsbereiche passen die Schlagwortkombinationen "souverän" und "Gleicher unter Gleichen", die elementare Rechte von Völkern oder auch persönlich individuelle Grundrechte bezeichnen und dadurch sehr stark emotional beladen sind. Diese Rechte werden nach DNZ-Meinung bedroht durch die herrschende Politik und Selbstsicht der Deutschen, die umschrieben wird mit dem historisch und religiös emotional verbrämten Begriff "Mea maxima culpa", der als starkes Sünden- und Schuldbekenntnis zur Liturgie des römisch-katholischen Gottesdienstes gehört. Diese "Alleinschuld" anzuerkennen, bedeutet laut DNZ, allen "Erpressern" einen "Freibrief" zu erteilen, was so viel heißt, wie den Staaten, die berechtigte Widergutmachungsforderungen an Deutschland geltend machen, zu unterstellen, mit verbrecherischen Mitteln (Erpressung) an deutsche Zahlungen kommen zu wollen. Die Konnotation "Erlaubnis zum Verbrechen", die die Schlagwortfolge "Freibrief für Erpresser" beinhaltet, macht den emotionalen Wert dieser Zeilen aus, die bereits vorhandene Vorurteile und Aversionen der Leserschaft gegen alles Ausländische wiedererweckt.

Den "wahren Grund" für den Zweiten Weltkrieg sieht man dann konsequent in den "Verstümmelungen und Tributen, Demütigungen und Ehrabschneidungen", die der Versailler Vertrag dem Nachkriegsdeutschland auferlegte. Durch die emotional äußerst negativ konnotierten oben genannten

Begriffe soll die Unrechtmäßigkeit des Vertrages dargestellt werden und somit sozusagen der Zwang für Deutschland, einen neuen Krieg zu führen. Emotional überhöhte Schlagwörter, häufig aus dem semantischen Bereich der Gefühlswelt übernommen, kennzeichnen den Stil der DNZ ganz außerordentlich. Hier noch einige häufig wiederkehrende Beispiele: "Wahrheit" [117] "Lüge" [118], "Lug und Trug", "Legende" [119], "Hochverrat", "Rache", "Vergeltung", "Spion", "Lump", "Verzicht", "Erfüllungspolitik". [120]

4.3.2. Inhaltliche Unbestimmtheit und scheinbare Klarheit

Charakteristische Merkmale für das Schlagwort und seine Wirkung sind die scheinbar zueinander im Widerspruch stehenden, in der Praxis aber komplementären Phänomene "Inhaltliche Unbestimmtheit" und "scheinbare Klarheit". Inhaltlich unbestimmte Formulierungen haben laut W. Wülfing drei mögliche Ursachen: Einmal können komplizierte Redegegenstände, die sich ohne langwierige Beschreibung schlecht darstellen lassen, in kurzen, schlagwortartigen Wendungen einprägsam ausgedrückt werden. Beispiele: Demokratie, Faschismus, Sozialismus etc.. Zum zweiten gibt es Worte, die keine absolute, sondern nur

---

117) DNZ, in jeder Ausgabe
118) DNZ, Nr. 33, 16.8.68, S. 1
119) DNZ, Nr. 48, 1967, S. 1
120) DNZ, Nr. 1, 6.1.67, S. 1

eine relative Aussage über einen Sachverhalt machen und zu ihrer Präzisierung graduell in Relation gesetzt werden müßten. Beispiel: reaktionär, liberal, revolutionär, links, rechts, etc.. Zum dritten zeigt sich die Unbestimmtheit von Schlagwortinhalten bei allgemein abstrakten und politischen Bezeichnungen, die je nach politischer Meinung andere Sinninhalte verkörpern können. Beispiele: Sozialismus, Freiheit etc. [121] Gerade in dieser Unbestimmtheit des Inhalts sieht Hermann Lübbe die Wirksamkeit des Schlagwortes begründet:

> "Dabei ist die geringe Präzision dieser Begriffe kein Mangel, sondern Bedingung ihrer politischen Wirksamkeit. Ihre hohe Allgemeinheit erlaubt es nämlich, sie durch geeignete Interpretationen an Unvorhergesehenes anzupassen." [122]

Wilfried Barner nennt dieses Phänomen "logische Diffusität". [123] Diese logische Diffusität erlaubt es, Schlagwörter in ihrer Bedeutung verschieden aufzufassen und sie auch für verschiedene politische Richtungen und Tendenzen in Anspruch zu nehmen. Das verdeutlicht Walter Dieckmann am Beispiel des Wortes Intellektueller:

> "Wer den I n t e l l e k t u e l l e n für etwas Negatives hält assoziiert mit dem Wort 'Verstandesdenken, bindungslos, unverantwortlich zersetzen, zersetzende Kritik, Kritik um ihrer selbst willen, staatszersetzend, negativ, links', wer ihn positiv einschätzt,'geistige Freiheit, selbstständiges Denken, kritisches Denken, Vernunft, Wahrheit, Recht, Aufklärung'."

---

121) vgl. W. Wülfing, a.a.O., S. 32 f

122) Hermann Lübbe, a.a.O., S. 19

123) Wilfried Barner, a.a.O., S. 11o

Das Zusammenspiel zwischen inhaltlicher Unbestimmtheit und scheinbarer Klarheit macht sich propagandistisch zunutze, "wer die inhaltliche Unbestimmtheit des Schlagworts bewußt ausnützt."[124] Dabei kann er sich der Wirkung seiner Methode ziemlich sicher sein, da gerade Schlagworte, die gleichzeitig diffus und scheinbar klar sind, auf Anhieb als besonders prägnant empfunden werden. Diese Wirkung ist sehr auffallend bei Fremdwörtern, wie es Walter Dieckmann am Beispiel "fanatisch", einem der häufigst gebrauchten Schlagworte im Nationalsozialismus und mithin auch im V. B. beschreibt:

> "Zu beachten ist schließlich, daß es sich um ein Fremdwort handelt, das manipulierenden Eingriffen wegen seiner sprachlichen Undurchsichtigkeit besonders offen ist und als Fremdkörper beim Hörer leicht Emotionen, seien es solche zustimmender oder auch solche ablehnender Art, auslöst." [125]

Das entspricht einem allgemein feststellbaren Trend, demzufolge sich gerade die Sprache in der Politik in zunehmendem Maße eindrucksvoller Fremdwörter bedient, welche "in einer Weise imponierend wirken, die dem Bürger zugleich den Mut nimmt, weiter nachzufragen." [126]

---

124) W. Wülfing, a.a.O., S. 33

125) Walter Dieckmann, a.a.O., S. 58 f

126) Hermann Lübbe, a.a.O., S. 21

4.3.3. Verkürzung - Abkürzungen

Klares Merkmal des Schlagwortes ist seine Fähigkeit und damit auch rationalisierende Funktion, eine Menge von Gedankeninhalten, Meinungen, Programmen und Zielen sozusagen "unter einen Hut" zu bringen. Basierend auf diesem Merkmal, kommt W. Bauer zu einer der ersten Definitionen des Schlagwortes:

> "Es ist die notwendige Verkürzung, die sich ein Programm, ein Wunsch, ein Ideal, eine Forderung gefallen lassen muß, wenn sie sich an viele einzelne zugleich wendet." 127)

Der hier angesprochene Charakter des Schlagwortes, Ideale, Wünsche, Programme als Konzentrat in einem Wort zu verkörpern, führt im Extremfall zum Begriff des Fahnenwortes, dessen konsolidierende Wirkung für Interessengruppen Walter Dieckmann erläutert:

> "Als Name an exponierter Stelle weit sichtbar, behaftet mit positiven Wertgefühlen, verabsolutiert und immer wieder gebraucht, bekommt der Begriff den Charakter eines suggestiven Fahnenwortes, das gruppeninterne Meinungsverschiedenheiten verwischt und aus dem Bewußtsein drängt." 128)

Dieses Phänomen erleben wir sehr deutlich in der Sprache des Nationalsozialismus sowie im V. B. Fahnenwörter wie "Führer", "Bewegung", "Partei" sind Beispiele dafür. Bezeichnend für den Sprach-

---

127) Wilhelm Bauer, a.a.O., S. 231, zit. n. W. Wülfing, a.a.O., S. 23

128) W. Dieckmann, a.a.O., S. 5o

gebrauch des Dritten Reiches sind die Sonderformen des verkürzenden Schlagwortes: die Abkürzungen. Wie in jeder Bürokratie bestand auch im Nationalsozialismus die Neigung, Organisationen und Ordnungsschemata durch verkürzte Kunstworte zu bezeichnen, die sich aus den Anfangsbuchstaben der komplizierten Originalbezeichnungen ergaben. Die meisten der Kurzworte waren so eingängig, daß sie heute noch gebraucht oder zumindest verstanden werden: BDM, HJ, SS, SA, DAF, Nskov, Nsfk usw..

4.3.4. Wiederholungszwang

Schon ein erster Blick auf die politische Sprache im Nationalsozialismus, einer der ergiebigsten Epochen für die Schlagwortforschung, zeigt ein besonders auffallendes Merkmal des Schlagwortgebrauchs: den Wiederholungszwang. Die Eintönigkeit, mit der die Schlagworte den Lesern eingehämmert wurden, war wichtiger Teil der Propagandamethode des Dritten Reiches. Durch stetige Wiederholung lancierte man die Schlagworte in das Unterbewußtsein der Leser, vor allem die verleumderisch abwertenden Bezeichnungen für den politischen Gegner wurden zu Stereotypen, wie "Novemberlinge", "Tributknechtschaft", "Rotmord", "Rotes Bonzentum", "Judenkanaille", "jüdische Intelligenzpresse" oder "Rotfront-Gesindel".[129] Walter Dieckmann erläutert den psychologischen Mechanismus, der die Wirksamkeit der Wiederholung ausmacht:

---

129) V.B. Nr. 49, 18.2.1933, S. 1

> "Wird ein Wort wiederholt mit dem gleichen Affekt verbunden, so übt es sich beim Hörer in diesem Sinne ein, und er reagiert schließlich auf die Nennung des Wortes mit einer inhaltlich beschreibbaren seelischen Erregung." 13o)

Auch in der Deutschen National-Zeitung finden wir unzählige Beispiele für diese Methode. So wird der Staat Israel immer wieder bezeichnet als "Unrechtsstaat", "Aggressionsstaat" oder "Israels Massenmörder". 131) Im gleichen Atemzug werden Israel in fast jeder Ausgabe "Massenmord", "Kolonialismus" und "Imperialismus" 132) unterstellt. Wilfried Barner prägt den Begriff "Frequenz des Schlagwortgebrauchs" und differenziert seine Bedeutung:

> "Ein zweites, mit der Publizität funktional eng zusammenhängendes Merkmal des Schlagwortes ist die Frequenz seiner Verwendung, Frequenz im Sinne von Rekurrenz. (...) Frequenz ist nicht r e i n numerisch und vor allem nicht isoliert zu fassen, sondern stets relativ zur Möglichkeit des Vorkommens, und zwar schon von der Wortart her." 133)

Außerdem beschreibt er sozusagen den "Lebenslauf" eines Schlagwortes, dessen Stationen durch die Häufigkeiten des Auftretens bestimmt werden, und zieht die Parallele zum Modewort:

13o) W. Dieckmann, a.a.O., S. 39

131) DNZ Nr. 27, 7.7.1967, S. 1, alle drei Begriffe

132) alle drei Begriffe DNZ, Nr. 25, 23.6.67, S. 1

133) Wilfried Barner, a.a.O., S. 1o8

> "In der Regel - es gibt sehr verschiedene Ablauftypen - taucht ein Schlagwort zunächst normalhäufig auf, dann sehr häufig, um schließlich wieder in die Normalität zurückzutreten oder gar ganz zu verschwinden. Dieses Merkmal hat das Schlagwort im übrigen mit dem bloßen Modewort gemeinsam." 134)

Als Beispiel für extreme Wiederholung von Schlagworten sogar innerhalb eines einzigen Satzes soll ein Artikel aus der DNZ dienen, der die sogenannte "Verzichtpolitik" anprangert. Unter der Schlagzeile: "Bis an den Rand der Eigenexistenz - Scharf und Mitzenheim rufen zum Verzicht auf" heißt es dort:

> "Die bekannten Verzichtpolitiker und evangelischen Kirchenführer in Deutschland, Bischof D. Scharf und Landesbischof D. Mitzenheim, haben wieder ergreifende Worte der Verzichtpropaganda gefunden." 135)

Das Wort Verzicht, von Hause aus schon leicht negativ konnotiert, wird hier auf die Politik der Anerkennung der Oder-Neisse-Linie übertragen. Durch den wiederholten Gebrauch des Wortes sollen negative Emotionen gegen die Bischöfe ausgelöst werden.

Auch die nationalsozialistische Sprache des "Völkischen Beobachters strotzt vor Wiederholungen, Füllwörtern, Tautologien und Pleonasmen. Sie dienen einerseits zur Präzisierung des Ausdrucks, hauptsächlich aber zur Verstärkung:

---

134) Wilfried Barner, a.a.O., S. 1o9

135) DNZ, Nr. 1, 6.1.1967, S. 1

"harter und unbeugsamer Wille", "Die Fahne hoch, geschlossen, treu und hart, unerbittlich marschieren sie," [136] "völlig unwürdig und beschämend", [137] "unmißverständlich kundgetane radikale und absolute Absicht". [138] Das Analogbeispiel für den Gebrauch von Pleonasmen in der "Deutschen National-Zeitung" sei die Selbstwerbung, in der die DNZ verspricht, "die ungeschminkte, unbestechliche, harte Wahrheit" [139] zu verbreiten.

4.3.5. Kontextgebundenheit

Wenn die Bedeutung sprachlicher Äußerungen überhaupt erst durch den Kontext konstituiert wird, so trifft das erst recht auf das Schlagwort zu. [140] Mit Kontext kann allerdings in diesem Zusammenhang nicht allein der engere sprachlich syntaktische Kontext gemeint sein, wie wir an folgendem Beispiel, einer Schlagzeile aus der DNZ, sehen: "Israels Massenmörder als Helden. Die Nazis von Israel. Finanziert Bonn Israels Verbrechen weiter?" [141] Hier ist ohne das historische Wissen um die Bedeutung des Begriffes "Nazis" und seine emotionalen Konnotationen die Tragweite des Behaupteten nicht einzuordnen. Den Begriff des historischen oder außersprachlichen Kontextes

---

136) beide Zitate V. B. 31.1.1933
137) V.B. 22.1o.1937, S. 2
138) V. B. 19.2.1943, S. 1
139) häufig auftretende Eigenwerbung
14o) vgl. W. Wülfing S. 38
141) DNZ, Nr. 27, 7.7.1967, S. 1

bei politischen Begriffen erläutert Siegfried J. Schmidt:

> "politische Begriffe sind bezogen auf ein ganz bestimmtes Verhalten in einer historischen Situation. Sie wandeln ihre Anweisungs- und Aussagekraft mit dem Kontext." 142)

Der Begriff "Nazi" erfährt im obigen Beispiel seine extrem negative Konnotation durch seine historische Einbindung in die Zeit des Dritten Reiches und durch die gleichzeitige paradoxe Anwendung des Begriffes auf die Politik des Staates Israel. Außer der Tatsache, daß die Geschmacklosigkeit, mit der hier die Opfer des Nationalsozialismus mit ihren unerbittlichsten und unmenschlichsten Verfolgern gleichgesetzt werden, den Rahmen des Erträglichen sprengt, ist an dem Begriff "Nazi" ein anderes wichtiges Merkmal des Schlagwortes zu erkennen: Das Wort hat einen so festen Stellenwert innerhalb des damaligen wie heutigen Sprachgefüges, daß es selbst bei an sich widersinnigen Kombinationen seine Konnotationen bewahrt. Der enge intratextuelle Kontext scheint für die Wirkung des Wortes gleichgültig zu sein:

> "Bei vielen Schlagwörtern scheint sich der Kontext zu erübrigen. Sie besitzen einen derart unabhängigen Wert als Losungswort, daß ihre Bedeutung nicht erst aus dem Satzzusammenhang herausgelöst werden muß." 143)

---

142) S. J. Schmidt, a.a.O., S. 95, vgl. W. Barner, a.a.O., S. 1o9, der dieses Merkmal als Transitorik bezeichnet.

143) Werner Bahner, Zum Charakter des Schlagwortes in Sprache und Gesellschaft. In: Wissenschaftl. Zs. der Karl-Marx. Univ. Leipzig, Gesellschaftswissenschaftl. n. Sprachwissenschaftl. Reihe 1o (1961) S. 399, zit. nach W. Wülfing, a.a.O., S. 39

Dennoch ist festzustellen, daß die Bedeutung des Wortes geprägt wird "durch das, was die Rhetorik traditionell 'Situation' nennt," [144] also den extratextuellen Kontext. Diesen Kontext hat das Wort nicht inne, sondern es wird nach den jeweiligen Erfordernissen durch den Kommunikator in einen bestimmten situativen Kontext hineingesetzt, wie W. Dieckmann ausführt:

> "Ein Wort ist (....) nie als solches ein Schlagwort, sondern wird dazu immer erst in bestimmten Situationen. (...) Ein Wort i s t nicht Schlagwort, sondern wird als Schlagwort gebraucht." [145]

Der "geschickte" Umgang mit Schlagworten in verschiedenen situativen und historischen Kontexten ermöglicht es tendenziösen Publikationen wie dem "Völkischen Beobachter" und der "Deutschen National-Zeitung", politische Gegner durch konstruierte Assoziationen mit negativ konnotiert verwendeten Schlagworten zu diffamieren. Im V.B. geschieht das oft, indem die SPD und ihre Politiker als "Linke", "Marxisten" oder "Landesverräter" bezeichnet werden: "Die roten Landesverräter am Pranger (...) Die 14 Jahre der roten Schmach und des marxistischen Elends sind vorbei!" oder: "Wohlverdientes Ende der marxistischen Landesverratspartei." [146] Auch die DNZ kämpft gegen die SPD und bedient sich des Mittels der Diffamierung durch Assoziation. Walter Dieckmann erläutert das Funktionieren dieser Methode und die abenteuerlichen logischen Schritte:

---

144) W. Wülfing, a.a.O., S. 39

145) W. Dieckmann, a.a.O., S. 1o2, zit. nach W. Wülfing a.a.O., S. 4o

146) vgl. S. 83 dieser Arbeit

"1. Aussage: A hat einen Freund B

2. Aussage: B hat ein Buch in einem Verlag veröffentlicht, der früher auch das Buch des bekannten Kommunisten C herausgegeben hat

Folgerung: A ist Kommunist." [147]

So darf sich der SPD-Politiker Herbert Wehner in beinahe jeder Ausgabe der DNZ als kommunistischer Spion wiederfinden: "Minister Wehner entlarvt - Warum er im Zuchthaus saß - Vom Sowjetspion zum Gesamtdeutschen Minister." [148] Gerade die Begriffe aus Kriminalität und Strafverfolgung wie "entlarvt", "Spion" oder "Zuchthaus" bringen die damit in Zusammenhang gebrachte Person in ein negatives Licht.

Diese Taktik, politische Gegner mit kriminellen Schlagwörtern zu assoziieren, wendet die DNZ besonders auf den damaligen Vizekanzler und jetzigen Parteivorsitzenden der SPD, Willy Brandt an: "Wer ist Brandt wirklich? Sein Leben nach Gerichtsakten. Vom Emigranten Frahm zum Vizekanzler Brandt." [149] Willy BRANDT alias FRAHM. Die Schatten der Vergangenheit." [150] Das in liberalen Kreisen positiv konnotierte Wort "Emigrant" wird hier - gemäß der nationalistischen Gesinnung der Leserschaft - negativ konnotiert und etwa in der Bedeutung von "Vaterlandsverräter" gebraucht. Hinzu kommen der Hinweis auf Brandts tatsächliche Namensänderung, die durch den kriminologisch-technischen Begriff "alias" in den Bereich der Kriminalität gerückt

---

147) W. Dieckmann, a.a.O., S. 144
148) DNZ, Nr. 13, 29.3.1968, S. 1
149) DNZ, Nr. 8, 24.2.1967, S. 1
150) DNZ, Nr. 35, 25.8.1967, S. 1

wird. Häufig gesellt sich noch ein Hinweis auf die uneheliche Geburt Brandts hinzu, womit bei den vorurteilsbeladenen Lesern der Zweck der Diffamierung endgültig erreicht wird. Die DNZ befindet sich im Falle der Bezeichnung "Brandt alias Frahm" jedoch nicht in allzu schlechter Gesellschaft, da sich auch der damalige Bundeskanzler Adenauer im Jahre 1961 während der Bundestagswahl dazu hinreißen ließ, den damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin "Brandt alias Frahm" zu nennen,[151] was ein starkes öffentliches Echo hervorrief.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der "Völkische Beobachter" und die "Deutsche National-Zeitung" durchaus ähnliche sprachliche Strukturen aufweisen. Da sich in den sprachlichen Strukturen auch die ideologischen, weltanschaulichen Grundzüge der Zeitungsmacher widerspiegeln, ist die geistige Verwandtschaft zwischen beiden Blättern nicht zu leugnen.

Sowohl in der DNZ als auch im V.B. werden rhetorische Sprachformen bevorzugt. Das entspricht dem Charakter der Zeitungen, die ja nicht informative Nachrichtenmedien sondern reine Kampf- bzw. Meinungsblätter darstellen. Weltanschauungen und Ideologien sollen vermittelt werden. Es geht nicht darum, die Leser vernunftmäßig zu überzeugen, sondern ihnen den Glauben an eine Gedankenkonstruktion einzuimpfen. Bewußt wird nur an Gefühle appelliert, daher wird die Wahl der Wörter und Wendungen nicht nach deren Anschaulichkeit und Klarheit getroffen, sondern nach dem affektischen Gehalt. Die militaristische

---

151) vgl. W. Dieckmann, S. 158 f

Kriegssprache ist vor allem im V.B. festzustellen. Die DNZ entspricht diesbezüglich mehr dem üblichen Sprachstil bundesrepublikanischer Zeitungen.
Sturm und Kampfsprache kommen allerdings in den Verteidigungsartikeln gegen anstehende Prozesse und in soldatischen Reminiszenzartikeln zum Vorschein. Auch Nominalstil, Superlativstil, Totalismus, der Stil des Glanz und Gloria und des falschen Pathos sind vorwiegend für den V.B. kennzeichnend. Die DNZ ist hier weit zurückhaltender in den konkreten sprachlichen Äußerungen, jedoch sicher nicht ungefährlicher, da sie sich subtilerer Methoden bedient und mit ihren Anspielungen und Vermutungen der Phantasie ihrer strammorientierten Leser großen Spielraum läßt.
Beide Blätter wecken in ihrer gefühlsüberladenen Sprache latente Ressentiments der Leserschaft. Wichtigste Zielgruppen sind hier Kommunisten und Juden oder - wie im V.B. - eine Kombination von beiden. Schlagworte und überhöhte Wertbegriffe wie "Volk" und "Vaterland" sind wichtige Bestandteile der nationalsozialistischen Diktion. Auch die DNZ hält diese Werte hoch und stellt sie in den Mittelpunkt ihrer Argumentation, die sich vor allem an das Gefühl der Leser wendet.

Der Gebrauch von Schlagworten hat in der Arbeit der DNZ einen genauso hohen Stellenwert wie im V.B.

Die Sprache der DNZ versucht zwar, sich den allgemein üblichen Gepflogenheiten der Presse anzupassen. In entscheidenden Passagen jedoch kommt auch hier die zynische Sprache zum Vorschein, die man vor der National-Zeitung nur im "Völkischen Beobachter" entdecken konnte.

5.o. Propaganda- und Manipulationstechniken, emotionale Argumentationsweise

Geschichtlich ist das Phänomen der Propaganda zuerst in den politischen Spielregeln des antiken Rom zu finden. Der Ambitus, der Kandidat für das Amt des Konsuls, warb in öffentlichen Reden für seine Wahl, indem er versuchte, das Volk mit rhetorischen Mitteln von seiner Befähigung für das Amt zu überzeugen. Im Mittelalter setzten die Troubadoure diese Tradition fort. Sie zogen durchs Land und warben in Heldengesängen für ihren Feudalherren,der sie dafür bezahlte. Bis heute hat ihr Wahlspruch lebendige Aussagekraft für manipulierte Meinungsäußerungen: "Wes Brot ich eß', des Lied ich sing". Die Entstehung des Wortes "Propaganda" läßt sich genau datieren: Am 22. Juni 1622 gründete Papst Gregor XV. eine kirchliche Institution, die die Verbreitung und Sicherung des katholischen Glaubens und Herrschaftsanspruches zur Aufgabe hatte. Es handelte sich um die "Sacra Congregatio Christiano Nomini Propaganda" oder auch "Sacra Congregatio de Propaganda Fide". Abgeleitet vom lateinischen "propagare", was soviel wie "ausbreiten, erweitern oder vermehren" bedeutet, war der Begriff der Propaganda entstanden. [1)]

---

(1) vgl. Maletzke, Gerhard, "Propaganda - eine begriffskritische Analyse" in: Publizistik 17/2 1972 S. 154

Erste tatsächlich rein politische Propaganda betrieb Napoleon mit dem "Moniteur Universel", einer Publikation, die den Charakter einer verbindlichen Parteizeitung hatte. Die Propaganda entwickelte sich in der Folgezeit konsequent weiter. Die technische Revolution öffnete neue Kanäle zur Massenbeeinflussung. Rundfunk und Presse gestatteten die Perfektionierung der Nachrichtenübermittlung. Sie ermöglichten den jeweiligen Kontrolleuren der Medien, die Meinungen der Menschen zu lenken. Besonders hilfreich waren dabei die Erkenntnisse der Massenpsychologie, die die Kunst der Manipulation erlernbar machte. Trotz dieser Möglichkeiten blieb das Wesen der Beeinflussung durch Propaganda immer gleich, wie Rainer Fabian feststellt: "Die Propaganda nützt die Natur des Menschen aus, und da sich die Natur des Menschen nicht änderte, brauchten sich auch die Mittel zu ihrer Beherrschung nicht zu ändern." [2]
Die Beurteilung des Begriffs Propaganda unterlag jedoch einem unterschiedlichen Bedeutungswandel. So wird der Begriff heute angesichts einer weitverbreiteten Aversion gegen einseitige politische Beeinflussung meist negativ aufgefaßt. Unvermittelt stellen sich Assoziationen zu Lüge, Verführung oder Manipulation ein. Sicher entspringt das den schlechten Erfahrungen, die vor allem die Deutschen im Dritten Reich mit der Propaganda machen mußten. Daß der Begriff damals als wertfrei galt, ist an der Tatsache erkennbar, daß Goebbels seine Institution freimütig "Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda" nannte. Die vergleichbare Behörde

(2) Fabian, Rainer "Die Meinungsmacher - Eine heimliche Großmacht" Hoffmann u. Campe Verlag Hamburg 1970, S. 198

der Bundesrepublik Deutschland dagegen nennt sich "Presse- und Informationsamt der Bundesregierung". Wir werden noch sehen, daß Propaganda und sogar Agitation in der Sprache der DDR durchaus zum üblichen Wortschatz gehören, und keiner negativen Wertung unterliegen.

Das zeigt sich in den verschiedensten Definitionsversuchen zum Thema Propaganda. So heißt Propaganda für das "Institute for Propaganda Analysis" "einer Idee einen schlechten Namen geben" 3). Dieser negativen Beurteilung stehen viele Versuche gegenüber, dem Begriff Propaganda die negativen Konnotationen zu nehmen und ihn wertneutral zu beschreiben. Übereinstimmendes Merkmal in allen Definitionsversuchen sind die Begriffe: Beeinflussen, Verändern und Manipulieren von Meinungen, Urteilen und Verhaltensweisen. Friedrich Bröder sieht in "Beeinflussung, Veränderung und selbst Manipulation noch legitime, sogar notwendige demokratische Vehikel politischer Willensbildung." 4)
Demgegenüber scheint die Definition von Gerhard Maletzke einleuchtender, der bewußt den Terminus der Manipulation wegfallen läßt: "Propaganda sollen geplante Versuche heißen, durch Kommunikation, die Meinung, Attitüden, Verhaltensweisen von Zielgruppen unter politischer Zielsetzung zu beeinflussen." 5)

---

(3) "Institute for Propaganda Analysis", Zitat aus Fabian, Rainer a.a.O., S. 207

(4) Bröder, Friedrich, a.a.O., S. 50

(5) Maletzke, Gerhard, a.a.O., S. 157

Die unterschiedliche Beurteilung des Begriffs Propaganda dokumentiert sich sehr deutlich im Sprachgebrauch der DDR und ihrer Machthaber. Hier haben weder Propaganda noch Agitation den geringsten negativen Beigeschmack. Vielmehr wird der positive pädagogische Wert der Bildung der Menschen hervorgehoben. Ende 1963 fand, veranstaltet vom Verband der Deutschen Journalisten (DDR), ein Kolloquium über aktuelle Fragen der Wissenschaft mit Chefredakteuren aus Presse, Rundfunk und Fernsehen der DDR statt. Ein Beitrag befaßte sich mit "Lehren der modernen Psychologie für Propaganda und Agitation." Der Vortragende, Professor Hiebsch stellte dabei allgemeine Grundsätze für jene Journalisten auf, die die DDR-Leser mit den Mitteln der Propaganda zum sozialistischen Weltbild und Selbstverständnis führen sollen. Der Vortrag basierte auf sechs Grundthesen, von denen drei die Einschätzung von Wesen und Effektivität der Propaganda im anderen Deutschland dokumentieren:

> "Propaganda und Agitation (als als Massenkommunikation) sind spezielle Formen, in denen die Menschen erzogen und gebildet werden. Erziehung und Bildung beschränkt sich nicht auf Kindheit und Jugend oder auf die "Weiterbildung" der Erwachsenen; sie geschieht während des ganzen Lebens in der tätigen Auseinandersetzung des Menschen mit der Gesellschaft - mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und ihren Wandlungen, mit dem ideologischen, geistig-kulturellen Überbau der Gesellschaft und den dafür geschaffenen Einrichtungen.
>
> Propaganda und Agitation, das heißt Erziehung im weiteren Sinne, führen zum Erwerb von Orientierungen (Wissen), von Haltungen, Einstellungen, Motiven usw. und von Handlungen. Der damit gemeinte Lernprozeß geschieht sowohl

praktisch, d. h. in der praktischen Auseinandersetzung, als auch theoretisch, d. h. in der sprachlich vermittelten Auseinandersetzung der Menschen mit der Realität. In Propaganda und Agitation dominiert diese Form.

Der Effekt der Erziehung im weiteren Sinn, darunter der Propaganda und Agitation, besteht darin, das Bewußtsein der Menschen (z. B. ihre Haltungen und Einstellungen, ihre Gefühle, ihr Wissen) zu formen und zu verändern, um damit das Handeln der Menschen zu verändern."6)

Die angesprochene Methode, über das Gefühl das Handeln zu beeinflussen, ist zentraler Punkt von Propagandaarbeit überhaupt. Überraschend ist an den Thesen nur, wie selbstverständlich und frei sie geäußert werden. Das ist einerseits mutig, andererseits aber zynisch gegenüber dem Zeitungsleser, der sich beim Lesen dieser Zeilen wie eine unmündige Marionettenpuppe vorkommen muß. Die Gleichsetzung von Propaganda und Agitation geschieht auch im Nationalsozialismus, wobei man Propaganda für die Bezeichnung nationalsozialistischer politischer Werbung reserviert, Agitation aber für die des Gegners. Interessant für die Behandlung der Propaganda der NS-Zeit im Vergleich zu Methoden der "Deutschen National-Zeitung" sind die Definitionen, die Hitler selbst für den Begriff Propaganda gibt. Zwei Forderungen stehen im Vordergrund: a) Effektivität nach dem Motto: Der Zweck heiligt die Mittel.

---

(6) Hiebsch, Hans, "Lehren der modernen Psychologie für Propaganda und Agitation", in: Verband der deutschen Journalisten, Bd. 26, 1964, S. 3 f

b) Die Einstellung der Propaganda auf die Massen:

> "Propaganda ist in Inhalt und Form auf die breite Masse anzusetzen und ihre Richtigkeit ist ausschließlich zu messen an ihrem wirksamen Erfolg." 7)

Diese Propaganda wurde überwiegend mit publizistischen Mitteln betrieben, wenn auch die Mund-zu-Mund-Propaganda einen gewissen Raum einnahm. Die Publizistik diente im Dritten Reich nicht ihrem eigentlichen Zweck der Unterhaltung, Information und Belehrung, sondern war ausschließlich Mittel zur Manipulation und Massenbeeinflussung, also Führungsmittel. Adolf Hitler bezeichnet die Presse in diesem Zusammenhang als "schärfste Waffe":

> "Die schärfste Waffe (muß) in den Dienst der völkischen Aufklärung restlos eingesetzt werden, die Presse. Eine Presse, die in rücksichtsloser Entschlossenheit die sozialen und nationalen Schäden aufdeckt, was aufzudecken ist, die als ununterbrochener Mahner des völkischen Gewissens auftritt, die nicht müde wird, Tag für Tag, Woche um Woche und Jahr für Jahr das Volk hinzuweisen auf die Schande der Knechtschaft und die nie nachläßt, das Elend unserer Not als Folge dieser Knechtschaft zu beweisen." 8)

Zwei Grundlagen waren und sind für die Wirkung der Propaganda vonnöten. Einmal die vorhandene unsichere Mentalität der Menschen, die sich in Ängsten, Tabus und festgefahrenen Denkschemata ausdrückt. So ist im Dritten Reich und auch bei

---

(7) Hitler, Adolf, "Mein Kampf", S. 376
(8) V.B. Nr. 9. 1921, Adolf Hitler

der Leserschaft der heutigen DNZ zweifellos ein Streben nach Autorität, Sicherheit und Ordnung festzustellen. Die DNZ baut auf die Unfähigkeit ihrer Anhänger, mit der Flut der Erscheinungen und Werte in einer modernen Gesellschaft fertigzuwerden. Der Ruf nach dem "starken Mann" ist naheliegend, genauso wie im Deutschland der Weimarer Republik, das - der Monarchie noch nicht entwöhnt - auf den unsicheren Füßen einer jungen Demokratie stand, die zudem noch in eine weltweite Rezession hineinschlitterte. Zweite Grundlage für die totale Meinungsführung des NS-Staates war das Verfügen über ein absolutes Nachrichten- und Informationsmonopol, das skrupellos ausgenutzt wurde. Es ist zu hoffen, daß dieses Meinungsmonopol der DNZ nie zur Verfügung stehen wird.
Wie schon in der thematischen Analyse aufgeführt, ist eines der wichtigsten Merkmale der Propaganda im "Völkischen Beobachter" wie auch in der "Deutschen National-Zeitung" eine permanente aggressive Einstellung gegen bestimmte Personenkreise und Gruppierungen. Die Feindgruppen müssen so beschaffen sein, daß sich ein möglichst großer Personenkreis mit der kritischen Haltung diesen Gruppen gegenüber identifiziert. Durch die Konzentration der Menschen auf die Feindgruppen entsteht ein Integrations- und Konsolidierungseffekt. Dabei ist es unerheblich, ob das aufgestellte Feindbild tatsächlich existiert. Meist ist das nicht der Fall, und die Konstruktion dient ausschließlich propagandistischen Zwecken. Die Wesenszüge und Charakterisierungen des vorgestellten Feindes richten sich nur nach taktischen Notwendigkeiten und basieren auf einer Mischung aus Ressentiments

und Halbwahrheiten.
Die Konstruktion einer dauernden Bedrohung und eines permanenten Ausnahmezustandes ist geradezu unerläßlich für die Wirkung der Propaganda. Die Menschen sollen immer in Atem gehalten werden und nicht zum Nachdenken kommen, weil dadurch die Wirkung der Beeinflussung verblassen würde. Wenn der benötigte innen- oder außenpolitische Feind nicht vorhanden ist und ein Nachlassen der politischen Spannungen zu befürchten ist, werden innenpolitische Auseinandersetzungen provoziert. Das führt dann, wie im V.B. und in der DNZ zu erkennen ist, zu Prozessen,die man publizistisch aufbauscht und so eine propagandistische Mobilisierung erreicht.
Um die Schlagkraft im Kampf gegen die Feindgruppen zu erhöhen, werden einzelne Gruppen isoliert und dann in Gestalt ihrer führenden Persönlichkeiten diffamiert, oder man faßt alle Feindgruppen zu einem einzigen faßbaren Gegner zusammen, der dann bekämpft wird. Für den Nationalsozialismus ist dieses Feindbild, das alle anderen Gegner beinhaltet, das Judentum, wie Victor Klemperer in seinem philologischen Notizbuch ausführt:

> "Das oberste Gesetz lautet überall:
> laß deine Hörer nicht zu kritischem
> Denken kömmen, behandle alles simplistisch!
> Wenn du von mehreren Gegnern sprichst,
> so könnte mancher auf die Idee verfallen,
> daß du, der Einzelne, vielleicht im Unrecht seist - bringe die vielen also
> auf einen Nenner. Klammere sie zusammen,
> gib ihnen Gemeinsamkeit. Alles das besorgt anschaulich und volksnah der Jude."[9]

(9) Klemperer, Victor, "LTI" Die unbewältigte Sprache Aus dem Notizbuch eines Philologen, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1969, S. 179

Der Nationalsozialismus schaffte durch die Raasengesetzgebung eine Minderheit, auf die er durch das Vehikel der Propaganda alle gesellschaftlichen Spannungen ablenken konnte. Wenn es für die Nazis das Judentum nicht gegeben hätte, hätten sie es sich konstruieren müssen. Diese "Sündenbockphilosophie" führt konsequenterweise in der Außenpolitik zur Konstruktion einer "jüdischen Weltgefahr". Für alle außenpolitischen Ereignisse, die für das nationalsozialistische Regime negativ waren, wurde das Judentum verantwortlich gemacht. Entweder wurden die Juden als geheime Drahtzieher hinter den Kulissen ausländischer Regierungen dargestellt, oder es wurde die jüdische Abstammung einzelner mehr oder minder prominenter Persönlichkeiten des Auslandes propagandistisch ausgeschlachtet, um sie und ihre Politik dadurch zu diffamieren.
In abenteuerlichen, irrationalen Schlußfolgerungen wurden Bolschewismus, Plutokratie und Judentum miteinander in Verbindung gebracht, um sie dann als gemeinsame Weltverschwörung anzugreifen. Die jüdisch-bolschewistische, jüdisch-plutokratische Weltverschwörung wurde zur Inkarnation des Satanischen, Bösen. Dieses Schauerbild wurde permanent durch die Propaganda entworfen. Die Konstruktionen änderten sich analog zur jeweiligen historischen Situation: So wurde schon lange vor dem Krieg die jüdische Abhängigkeit der USA vom Bolschewismus scharf herausgekehrt, um dann aber für die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes zu verschwinden. Nach Ausbruch des Krieges bis zum Einmarsch in die Sowjetunion waren Kapitalismus und Judentum das Ziel der NS-Propaganda.

während des Rußlandfeldzuges und bis zum Kriegsende dann schälte sich das endgültige Propagandakonstrukt heraus: Plutokratie und Bolschewismus als eine Einheit, hinter der die jüdische Weltverschwörung steht. Friedrich Bröder weist auf den Effekt von Verschwörungstheorien im allgemeinen hin:

> "Verschwörungen haben für die eigene Propaganda den Vorteil, daß ihnen - da nicht existierend und deshalb nicht in der Lage zu reagieren oder zu dementieren oder sich zur Wehr zu setzen - sämtliche Motive unterschoben werden können, die vonnöten sind, um die eigene Bewegung als gefährdet, angefeindet, unterdrückt oder gar zum Märtyrerdasein verdammt hinzustellen, alles Momente, die in hohem Grade zur Geschlossenheit der eigenen Reihen beitragen und eigene aggressive Propaganden verständlich machen." 1o)

In der DNZ-Berichterstattung ist diese Verschwörungstheorie im Zusammenhang mit dem Leugnen der deutschen Kriegsschuld anzutreffen. In ihrer aktuellen innenpolitischen Arbeit spricht die DNZ nicht expressiv verbis von einer Verschwörung, und auch das Judentum erscheint nicht als Alleinverantwortlicher. Vielmehr wird die "Unterwanderung" der deutschen Politik, Öffentlichkeit und vor allem der deutschen Presse durch den Kommunismus als"schwerste Bedrohung" der Freiheit hingestellt. Die Wirksamkeit dieser Konstruktionen ergibt sich aus den emotionalen Vorurteilen, die in den Menschen von damals und heute latent vorhanden sind. So waren Juden und sind jetzt Kommunisten Gesellschaftsgruppen, gegen die unterbewußte Abwehrhaltungen vorhanden sind. Es ist

---

(1o) Bröder, Friedrich, a.a.O., S. 71

also für die Propaganda nur nötig, diese latenten Ressentiments zu wecken. Je abenteuerlicher dabei das Lügengebäude konstruiert ist, desto größer ist die Wirkung, wie Adolf Hitler selbst feststellt:

> "Man ging dabei von dem sehr richtigen Grundsatz aus, daß in der Größe der Lüge immer ein gewisser Faktor des Geglaubtwerdens liegt, da die große Masse eines Volkes ... einer großen Lüge leichter zum Opfer fällt als einer kleinen, da sie selber ja wohl manchmal im kleinen lügt, jedoch vor zu großen Lügen sich doch zu sehr schämen würde. Eine solche Unwahrheit wird ihr ja gar nicht in den Kopf kommen, und sie wird an die Möglichkeit einer so ungeheueren Frechheit der infamsten Verdrehung auch bei anderen nicht glauben können, ja selbst bei Aufklärung darüber noch lange zweifeln und schwanken und wenigstens irgendeine Ursache doch noch als wahr annehmen; daher denn auch von den frechsten Lügen immer noch etwas übrig und hängen bleiben wird -.." 11)

Das Ansprechen von Emotionen, Affekten und Ängsten ist zentraler Punkt jeder Propagandamethode. Wie an mannigfachen Beispielen im "Völkischen Beobachter" wie auch in der "Deutschen National-Zeitung" deutlich wird, appellieren die Kontrolleure des Propagandaapparates oder -organs gezielt an die Gefühle und nicht an den Verstand ihrer Leser. Das entspricht psychologischen Propagandatheorien, die davon ausgehen, daß nicht nur die denotativen, d. h. sachlichen Komponenten die Sprache und ihre Wirkung konstituieren, sondern vor allem die konnotativen Komponenten, die die affektive Gefühlsebene der Leser

---

(11) Hitler, Adolf, a.a.O., S. 253/54

ansprechen. Hans Hiebsch erläutert die Veränderung in der Qualität menschlicher Stellungnahmen:

> "Ursprünglich sind unsere Stellungnahmen doch sehr emotional, ehe sie zu rationalen werden, denn zu rationalen Stellungnahmen, zu sachlicher Analyse und kritischer Betrachtung der Realität bedarf es einer bestimmten geistig-intellektuellen Entwicklung, der Entwicklung des Wissens und vor allem der Denkfähigkeit." 12)

Da grundsätzlich emotionale Komponenten, auch wenn sie sich wandeln, die intellektuellen, rationalen Urteilsschemata und Bewertungskategorien mitbeeinflussen, wird auf sie in der Propaganda besonderer Wert gelegt. Ausgehend von der These, daß der Erkenntnisprozeß bei unbekannten Lernobjekten vom Sinnlich-Konkreten zum Abstrakten führt, schreibt Hiebsch über den Erkenntnisweg: Er führt "vom vorwiegend emotional bestimmten Erfassen zum vornehmlich rationalen Aufnehmen, er geht von mehr elementaren und ursprünglicheren zu immer komplizierteren und höheren Stufen der Analyse und Synthese." 13) Wichtig ist für Hiebsch die Umsetzung der emotionalen Komponenten, die in der gesprochenen Sprache durch Gestik, Mimik und Sprachmelodie unterstützt werden können, in die geschriebene Sprache. Wer dazu in der Lage ist, den Leser sprachlich so zu fesseln, als wenn er zuhörte, der erzielt den größten propagandistischen Effekt. Daß die emotionale Manipulation sich dabei grundsätzlich auf schon

---

(12) Hiebsch, Hans, a.a.O., S. 12

(13) ebd. S. 14

vorhandene Emotionen stützt, stellt Rainer Fabian fest:

> "Propaganda heißt nicht, einer Bevölkerung Ideen vorzusprechen, Parolen vorzuwerfen oder Meinungen zu verkünden. Propaganda heißt, über das zu sprechen, was die Bevölkerung hören will, heißt also, ihre Triebe und Leidenschaften zu benutzen, ihre Bedürfnisse auszuforschen, ihre Haltungen auszuhorchen, um diese für die eigenen Ziele zu benutzen." 14)

Auf dieser Basis vorhandener Emotionen baut sich die Propaganda auf und konstruiert ein Gespinst von Lügen und Fiktionen, die die Leser in einer gleichmäßig beharrlichen Stimmung halten sollen. Das geht hin bis zum Fanatismus. Die publizistische Propaganda weckt Gefühle, Ressentiments und Affekte so intensiv, daß die Frage nach Faktizität und Wahrheit gar nicht erst aufkommt. Getreu ihrer Absicht, die Menschen zu überreden, ohne dabei stichhaltige Argumentationen zu gebrauchen, überlagert die Propaganda kritische Einwände und das Verlangen nach überprüfung und Reflexion durch gefühlsbetonte und irrationale Gedankenkonstruktionen. Das unlogische irrationale Vorgehen wird in letzter Konsequenz geradezu zum Prinzip der Manipulation, wie Marcuse beschreibt: "Einmal als Hauptverstoß gegen die Logik betrachtet, erscheint der Widerspruch jetzt als ein Prinzip der Logik der Manipulation - als die realistische Karikatur der Dialektik." 15)

---

(14) Fabian, Rainer, a.a.O., S. 209

(15) Marcuse, H. "Der eindimensionale Mensch" Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Soziologische Texte, Bd. 40, Hrsg. von Maus/Fürstenberg. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1967, S. 34

Auch Hans Hiebsch weist daraufhin, daß Bewertungen und Beurteilung umso besser aufgenommen werden, je weniger rational sie sind:

> "Je weniger ein solches Einstellungsschema, eine Bewertungsskala, ein inneres Bezugssystem rational angeeignet wird, in einem gezielten Lernakt, desto mehr hält man diese Urteilsschemata für selbstverständlich, und desto wirkungsvoller sind sie in ihrem Effekt bei der Aufnahme neuer Informationen, bei neuen Auseinandersetzungen." 16)

In der "Deutschen National-Zeitung"finden wir viele Beispiele für die Verdrängung klarer Rationalität zugunsten von gefühlsvoller Gläubigkeit, die durch Nachdenken oder Diskussionen nur gestört werden könnte. Das entspringt einem mangelnden Gefühl für Realitäten schlechthin. Wunschbilder werden für Tatsachen genommen, die Proportionen werden verzerrt.
Zu den Grundprinzipien von Propaganda gehört die Technik der dauernden Wiederholung, des "Einhämmerns". Wenn man glaubt, daß ständige gleichlautende Parolen und Schlagwörter durch ihre konsequente Eintönigkeit abstoßend und negativ wirken, unterliegt man einem Fehlschluß. Das Gegenteil ist der Fall. Wiederholung erwirkt eine Verstärkung der Aussage und ersetzt die logische Argumentation. Von daher ist diese Technik im V.B. und in der DNZ äußerst beliebt. Dauernd beschwört der V.B. die Bedrohung durch Kommunismus und Judentum und erreicht damit das Unterbewußtsein seiner Leser. Auch die DNZ bekämpft

---

(16) vgl. Hiebsch, Hans, a.a.O., S. 12

den Kommunismus mit immer wiederkehrenden Phrasen und macht damit die Unterwanderung der Bundesrepublik durch den Weltkommunismus in den Köpfen ihrer Leser zur feststehenden Tatsache. Dazu kommt das Bestreben, eine Redundanz, d. h. einen gewissen Überschuß an Informationen und Meinungsäußerungen zu geben, was die "Botschaft" eindringlicher und auch überzeugender macht.

Beliebt im V.B. und in der DNZ ist auch das Mittel der Exemplifizierung. Das Interesse der Öffentlichkeit an menschlichen Einzelschicksalen ausnutzend, propagiert man anhand von einzelnen Beispielen menschlicher Schicksale seine umfassenden ideologischen Ziele. Im V.B. wurden dafür immer wieder einzelne Opfer der innenpolitischen Machtkämpfe mit der KPD vorgestellt. Durch die Darstellung dieser menschlichen Tragödien erreichte man eine weitgehende Mobilisierung der Antipathien gegen den Kommunismus im allgemeinen. Von Opfern auf der anderen Seite war selbstverständlich dabei nicht die Rede. Nur die Mitglieder der eigenen "Bewegung" galten als Einzelpersönlichkeiten, der Gegner war einzig und allein eine anonyme Gruppierung von Feinden. In der DNZ gebraucht man die Exemplifizierung zur Rechtfertigung des Nazi-Regimes und seiner Verbrechen. So soll die gesamte KZ-Politik durch die Schilderung eines Einzelfalles angezweifelt werden, bei dem ein Mann fälschlicherweise als KZ-Opfer registriert worden war. Hieraus zieht man den Schluß, daß die Existenz der KZ überhaupt angezweifelt werden kann. [17]

---

(17) vgl. DNZ, Nr. 5o, 8.12.1967, S. 1

Propagandamittel und -methoden von VB und DNZ weisen durchgehende Parallelen auf. Beide Zeitungen gehen von konstruierten Feindgruppen aus, die zu bekämpfen sind. So wird eine permanente Kampf- und Ausnahmesituation erreicht, die es ermöglicht, ohne konkrete Darstellung eigener Ziele reine Antipropaganda zu betreiben. Die Gegner werden entweder isoliert und einzeln angegriffen oder auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, um die gesamte Schlagkraft der Propaganda auf ein Ziel zu konzentrieren. Die Klammer, die die verschiedenen Feinde zusammenfaßt, ist für den V.B. das Judentum oder die "jüdische Weltverschwörung", für die DNZ der Kommunismus. Die Propaganda nutzt emotionale Grundhaltungen und Ressentiments der Menschen aus, um über das Gefühl auf ihr Unterbewußtsein und ihre Geisteshaltungen einzuwirken. Sie bedient sich dabei irrationaler, unlogischer Argumentationsweisen, deren Wahrheitsgehalt unwichtig ist, da nur die Mobilisierung der emotionalen Affekte der Leser angestrebt wird. In beiden Blättern läßt sich die dauernde Wiederholung von Schlagwörtern und Parolen feststellen, was zur Verstärkung der Propagandawirkung beiträgt. Auch das Benutzen von Einzelschicksalen für den Beweis der eigenen Theorien und Konstruktionen ist für beide Zeitungen kennzeichnend.

Während auf dem Gebiet der sprachlichen Methoden der DNZ noch eine relativ mildere Sprach attestiert werden mußte, so sind die Parallelen zwischen V.B. und DNZ auf dem Sektor der psychologischen Propagandamethoden augenfällig und nicht zu leugnen.

6.1. Selbstdarstellung der DNZ

Trotz ihres auffallend schlechten Stils, ihrer primitiven Argumentationsweise und ihrer hemmungslosen Propagandaarbeit reklamiert die DNZ in unglaublicher Selbstüberschätzung für sich einen besonders hohen journalistischen Stellenwert. Sie ist anderen Meinungen und Zeitungen gegenüber unduldsam und davon überzeugt, daß sie allein die Fähigkeit besitzt, die politische Lage klar zu beurteilen. Dr. Gerhard Frey, der "Chefredakteur der auf Dorf-Stammtisch-Niveau gemachten Nationalzeitung" [1] und seine "Mannen" unterliegen dem fatalen Irrtum, sich als einzige Kenner der gangbaren Wege für die Zukunft zu wähnen. Sie leben in einem krankhaften Missionierungsfanatismus und halten sich für die letzten Patrioten in einem Blätterwald von "Vaterlandsverrätern". Dazu kommt der offensichtlich ernstgemeinte Anspruch der DNZ, eine moralische Instanz für den Leser darzustellen. Das dokumentiert sich in Werbeslogans und Eigenkennzeichnungen wie "National-Zeitungs-Leser wissen die Wahrheit" oder "National-Zeitung - das Gewissen der Nation." [2] Daß diese überschwengliche Selbsteinschätzung keineswegs von der allgemeinen Öffentlichkeit akzeptiert wird, zeigt sich in vielen kritischen Stellungnahmen, unter denen auch die Bild-Zeitung keine Ausnahme machte:

---

(1) Kilian Gassner, a.a.O.

(2) Werbeslogans, die in so gut wie jeder Ausgabe erscheinen

> "Seit Jahren hat dieses winzige, rechtsextremistische Radaublatt unter dem Deckmantel der Pressefreiheit mit einem Wust von Lügen, Verleumdungen und Neonazi-Propaganda das Ansehen Deutschlands vorsätzlich gegen die Demokratie gehetzt, die Nazi-Zeit wird verherrlicht und die Juden werden verleumdet. Mit unendlicher Langmut haben die Deutschen Woche für Woche dieses Blatt der alten Phrasen an den Kiosken übersehen. Die Justiz übersah es auch!" 3)

Diese öffentliche Kritik, die sich auch in über 450 Strafanzeigen und handfesten Bombenanschlägen auf die Redaktion niederschlug, ist für die DNZ ein besonders schlagkräftiger Beweis dafür, daß sie mit ihrer Einschätzung der politischen Lage richtig liegt. Dazu Bruno Wetzel, verantwortlicher Redakteur der DNZ im Interview: "Das wir soviele Reaktionen hervorrufen, bis hin zu Bomben, ist für mich eben Beweis, daß wir von unserer politischen Meinung her auf dem richtigen Weg sind." 4) Die irrationale Selbsteinschätzung und das übersteigerte Selbstbewußtsein, das die Zeitung Woche für Woche zur Schau trägt, werden in permanenten Selbstverherrlichungen aufgefrischt:

> "Die NATIONAL-ZEITUNG bringt die ungeschminkte, unbestechliche harte Wahrheit. Sie ist darum gehaßt - mehr noch aber geliebt. Sie ist die Zeitung des nationalen Deutschlands." 5)

---

(3) BILD-Zeitung, 21.7.1967, S. 1

(4) vgl. Interview in der Anlage

(5) immer wiederkehrender Kasten in der DNZ

Offenbar versucht die DNZ auf diese Weise, ihr Selbstbewußtsein systematisch zu stärken, indem sie sich unkritisch Selbstlob spendet und sich Macht und Einfluß zuspricht, andererseits aber sich von einer feindlichen Umwelt verfolgt und um die breite Wirkungsmöglichkeit gebracht sieht. Genauso wie sie Deutschland ringsum von Feinden umgeben sieht, so fühlt sie sich selbst bedroht von den "Massenmedien von Funk, Fernsehen und jener Pressemeute, deren Tendenz sich bedrohlich dem Tatbestand des Landesverrats nähert." [6] Die DNZ fühlt sich sehr wohl in der Rolle des Märtyrers und nutzt sie zu Spendenaufforderungen, eine Geldquelle, aus der sie sich zum größten Teil finanziert, da durch das Anzeigenaufkommen nur 2 Prozent der Entstehungskosten der Zeitung zu decken sind. Angesichts einer der vielen Strafanzeigen, die gegen die DNZ angestrengt wurden, werden die "Linken" bezichtigt, der Zeitung die Verkündung der "Wahrheit" verbieten zu wollen:

> "Der National-Zeitung war von Anfang an klar, was sie erwartet, sobald ihre Gegner von der Linken im Besitz der Macht sind. Natürlich wissen wir, daß die in der National-Zeitung veröffentlichten, unwiderlegbaren Wahrheiten den Genossen höchst unangenehm sind, so daß sie nach einem 'Strang' suchen, um uns daran 'aufzuhängen'." 7)

(6) DNZ, Nr. 44, 1964

(7) DNZ, Nr. 14, 7.4.1967, S. 1 "Sozialistisches Recht"

Wer allerdings glaubt, das sei alles eine "Masche" der DNZ, um sich finanziell über Wasser zu halten, der sieht sich getäuscht. Erstaunlicherweise findet man bei der Begegnung mit DNZ-Mitarbeitern Menschen vor, die von einem tiefen, beinahe religiösen "Sendungsbewußtsein" beseelt sind und das deutsche Volk retten wollen. Dieser Eindruck erschreckt beinahe mehr als der Anblick der Zeitung.

6.2. Selbstdarstellung und Interna des "Völkischen Beobachters"

Im Gegensatz zur DNZ, bei der es äußerst schwierig ist, hinter die Kulissen zu schauen und Interna aus der Redaktionsarbeit zu erfahren, existieren über den V.B. glaubhafte Zeugnisse, die die wirtschaftlichen und journalistischen Zustände im Propagandaorgan der NSDAP beschreiben und charakterisieren. So wurde in der Zeit vor 1933, als die Zeitung noch ständig mit dem Verbot rechnen mußte, sehr sorgfältig formuliert. Durch die unanfechtbare Wortwahl suchte man sich dem juristischen Zugriff zu entziehen. Konrad Heiden beschreibt die Entstehung eines Beitrags von Adolf Hitler:

> "Wenn Hitler einen Artikel oder offenen Brief für den 'Völkischen Beobachter' schreibt, feilt er tagelang an ihm herum, läßt den festgesetzten Termin mehrmals verstreichen; ist das Schriftstück endlich gesetzt, dann kauert sich der Verfasser mit den Druckfahnen in einen Winkel der Redaktion und liest, mit dem Finger Zeile für Zeile entlangfahrend; Hess liest mit - und dann

> wird das Ganze mitgenommen und zuhause nochmals umgearbeitet, um auch die letzte Kleinigkeit auszumerzen, die etwa der Regierung einen Anlaß zum Verbot des 'Völkischen Beobachters' geben könnte." 8)

In den drei oder vier Zimmern, die die Druckerei Müller in der Schellingstraße der NSDAP ab 1927 zur Verfügung gestellt hatte, herrschte eine geschäftige Enge. Einerseits mußte hier die Redakteure des V.B. die Zeitung herstellen, andererseits hielt Hitler hier seine Mitarbeiterbesprechungen ab, und Göring organisierte seine SA. Hier wurde 24-stündig mit großer Hingabe und Verbissenheit gearbeitet, während SA-Posten vor der Tür Wache hielten. Die wenigen Redakteure standen täglich vor der Aufgabe, die großformatige Zeitung mit eigenen Artikeln zu füllen, da der V.B. in seinem Anspruch als "Kampfblatt" nicht einfach Agenturmeldungen abdruckte, sondern ausschließlich Kommentare und Gesinnungsartikel brachte.

Die Honorare waren kärglich, und jeder beteiligte Journalist mußte damit rechnen, mit der Justiz in Konflikt zu geraten, da der V.B. wegen seiner dauernden Regierungsschelte ständig Schwierigkeiten mit dem Republikschutzgesetz hatte. Trotz einer selbst auferlegten gelinden Zurückhaltung blieben die Beleidigungsklagen nicht aus und "die Redakteure befanden sich manchmal jahrelang im Anklagezustand. Meist gab es Urteile von vierzehn Tagen bis drei Monaten Gefängnis oder hohe Geldstrafen, und oft mußten die Redakteure die Stra-

---

(8) Konrad Heiden, Adolf Hitler, Eine Biographie, Bd. 1, Zürich 1948, S. 294

fen absitzen und die Zeitung im Gefängnis weiterschreiben. Denn die Geldstrafen konnten sie selbst nicht bezahlen, und der Verlag weigerte sich." [9]

Auch das Blatt selbst sah sich mannigfachen Klagen gegenüber und wurde bis 1933 vierunddreißigmal für kürzere oder längere Zeitspannen verboten. Doch ähnlich wie bei der DNZ tat das der propagandistischen Wirkung des V.B. keinen Abbruch. Im Gegenteil: man war stolz auf den skandalösen Ruf. Hitler bezeichnete schon 1925 den V.B. mit Stolz als "die bestgehaßte Zeitung im Land." [10] Mit jedem Verbot wuchs die Popularität des V.B. und damit auch die Auflagenzahlen. 1930 dann präsentiert man sich stolz als Kampfblatt, das allen Hindernissen zum Trotz den Durchbruch geschafft hat:

> "Von einer ganzen Welt von Feinden befehdet, hat unser Zentralorgan zehn- und abermals zehntausenden von Kämpfern die geistigen Grunderkenntnisse und Grundlagen vermittelt, die das Wesen unserer heutigen Bewegung ausmachen." 11)

Genauso wie die "Deutsche National-Zeitung" bringt der V.B. in der Frühzeit der "Bewegung" immer wieder Appelle, in denen die Leser animiert wurden, neue Abonnenten und Inserenten heranzuschaffen. Wer sich in dieser Funktion besonders hervortat, wurde in der Zeitung namentlich erwähnt.

---

(9) Noller, Sonja u. von Kotze, Hildegard, Facsimile, Querschnitt durch den Völkischen Beobachter, München, Scherz-Verlag 1967, S. 10

(10) V.B. 26.2.1925

(11) V.B. 14.2.1930

Nach der Gleichschaltung des Pressewesens und der Einführung der täglichen Pressekonferenz war die journalistische Arbeit der V.B. - Redakteure auf reinen Befehlsempfang und Weitergabe der festgelegten "Sprachregelungen" reduziert. Der Hauptschriftleiter der Berliner Ausgabe des V.B. Schieferdecker schildert in seiner eidesstattlichen Erklärung im Spruchkammerverfahren über Wilhelm Weiß die bescheidenen Kompetenzen eines Schriftleiters:

> "Täglich zweimal tagte im Prop. Min. die sogenannte Pressekonferenz, auf der die 'Tagesparole' des Reichspressechefs und die endlosen Erläuterungen dazu bekanntgegeben wurden. Ihre nur hinweismäßige Übermittlung durch einen Stenographen legte uns täglich bis zu zehn, zwölf Schreibmaschinenseiten voller Vorschriften auf den Tisch, die nicht nur zahlreiche Verbote und wenige Erlaubnisse enthielten, sondern auch die Behandlung der vorgeschriebenen Themen nach Umfang, Ausdrucksweise, Überschriften und Aufmachung bis aufs i-Tüpfelchen regelten und über Monate hinaus Gültigkeit behielten und zu befolgen waren. Der Initiative der Redaktion blieb selten mehr übrig als der Versuch, sich wenigstens hier und da den Vorschriften zu entziehen. Wenn der V.B. etwa Roosevelt als 'Gangster', 'Verbrecher', 'Geisteskranken', und Churchill als 'Säufer' oder 'Idiot' bezeichnete, so stammten diese Ausdrücke keineswegs aus dem Sprachschatz seiner Redakteure, sondern waren amtlich vorgeschrieben, und so oft wir, von diesem rüden Ton abgestoßen, uns anders auszudrücken wagten, wurden wir gerügt oder verwarnt." 12)

---

(12) Eidesstattliche Erklärung von Joachim Schieferdecker, früherem Hauptschriftleiter der Berliner Ausgabe des V.B., 28.7.1948; Wilhelm Weiß, Spruchkammerakten, zit. nach Hale, Oron a.a.O., S. 248

Auffallend in den Berichten von Zeitgenossen über den V.B. ist der stetige Hinweis auf die katastrophale finanzielle Ausstattung der Redaktionen und ihrer Mitarbeiter. Als Beispiel dafür führt Oron Hale die Honorare für die Auslandskorrespondenten an: "Die Monatspauschalen waren unglaublich niedrig: Sofia 350 RM, Tientsin 300 RM, Madrid 250 RM, Brüssel 150 RM. Der gesamte Etat für Auslandsvertreter belief sich 1934 und 1935 auf nur 12.650 RM." [13]

(13) Hale, Oron, a.a.O., S. 251

7.o. Abschließende Beurteilung

Daß mit der "Deutschen National-Zeitung" in der bundesdeutschen Publizistik ein Presseerzeugnis existiert, das in seinen Methoden erhebliche Parallelen mit dem "Völkischen Beobachter" des Dritten Reiches aufweist, ist ein geradezu erschreckendes Ergebnis. Die bevorzugten Themenbereiche und Fremdgruppen bestätigen das genauso wie die psychologischen Propagandamechanismen, die man sich hier wie dort zunutze macht, um die Leser bei bewußter Verdrängung klarer Rationalität zu einer gefühlvollen Gläubigkeit zu bewegen. Sicher ist jedoch festzustellen, daß in der Schärfe der gebrauchten Sprache graduelle Unterschiede zwischen beiden Zeitungen bestehen, wodurch das juristische Vorgehen gegen die DNZ grundlegend erschwert ist. Die Toleranz des bundesdeutschen Presserechts sowie die Unverzichtbarkeit des Grundrechts der freien Meinungsäußerung ermöglichen es der DNZ, die sich selbst als "überparteilich, unabhängig und freiheitlich" [1] bezeichnet, weiterhin Woche für Woche ihre Ziele zu verfolgen. Sie betreibt dabei den für die rechte Szenerie traditionellen emotional verbrämten Antikommunismus. Auf dieser Basis kritisiert sie den Parlamentarismus, dem unterschwellig vorgeworfen wird, eine für Deutschland wesensfremde Staatsform zu sein. Bei gemäßigtem Vorgehen gegen die Unionsparteien beschuldigt sie die SPD und ihre Reprä-

---

(1) vgl. Stamm, Leitfaden durch Presse und Werbung, 31. Ausgabe, Stamm-Verlag GmbH, Essen 1978

sentanten, Verräter am deutschen Volk zu sein und Deutschland dem Kommunismus auszuliefern. Die NS-Vergangenheit wird in der DNZ bewältigt, indem man Deutschlands Kriegsschuld und die Kriegsverbrechen relativiert und verharmlost sowie das wahre Ausmaß der Judenmorde durch geschmacklose Zahlenspielereien reduziert. Dies entspricht dem kontinuierlich feststellbaren ausgeprägten Wunschdenken der DNZ-Macher, die die deutsche Vergangenheit einfach nicht wahr haben wollen. Außerdem sollen Widergutmachungsforderungen, von denen man glaubt, daß sie von der Höhe der Opferzahlen bestimmt werden, abgewehrt werden. Aus diesem Grund tritt man auch für eine Generalamnestie für NS-Verbrecher ein. Von direktem Antisemitismus im wörtlichen Sinn aus rassischen Motiven kann nicht gesprochen werden. Dennoch muß man festhalten, daß durch den unverhohlenen Antizionismus und die dauernden Angriffe gegen den Staat Israel latente antisemitische Ressentiments in der Leserschaft, die sich zum großen Teil aus Ewiggestrigen zusammensetzt, geweckt werden. Die DNZ weiß in ihrer Arbeit geschickt unterschwellige Ängste der Bevölkerung zu nutzen, die sich der Entwicklung der modernen Gesellschaft hilflos gegenübersieht. Durch ihre Aktivitäten und gefühlsmäßigen Appelle versteht es die Zeitung, ihren Lesern einzureden, sie wäre in der Lage, anstehende Probleme zu lösen. Zwar präsentiert man sich von seiten der DNZ nicht als extrem rechtsradikale Gruppierung, zweifellos aber sind die Grundlagen zur Radikalisierung vorhanden, und es ist unschwer vorstellbar, daß man unter bestimmten politischen Verhältnissen mit den eigenen restaurativen politischen Programmen nicht mehr hinter dem Berg halten würde.

Um diese wahren Ziele zu kaschieren, bedient man sich einer verschleiernden Tarnsprache und bekennt sich nach außen offiziell zur parlamentarischen Demokratie, läßt aber zwischen den Zeilen die wahre "Botschaft" in das Unterbewußtsein der Leser dringen.

Das "Rechtsaußenärgernis der bundesdeutschen Publizistik" [2] ist nicht nur innenpolitisch umstritten, sondern schädigt auch das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland, wo die Existenz der DNZ zum Anlaß genommen wird, neofaschistische Tendenzen im Nachkriegsdeutschland anzuprangern. Wir sehen deshalb bei deutschen Industriebetrieben und Handelsorganisation deutlich die Neigung, nicht in der DNZ zu inserieren, um nicht im Ausland mit dieser Zeitung identifiziert zu werden. [3] Auch ein Großteil der über 500 Strafanzeigen und Ermittlungsverfahren, die gegen die DNZ angestrengt wurden, diente dem Zweck, den Vorwurf des Neofaschismus von der Bundesrepublik fernzuhalten und sich scharf von den in der DNZ propagierten Vorstellungen zu distanzieren. Daß weder das Blatt noch sein Macher Dr. Gerhard Frey jemals rechtskräftig verurteilt wurden, liegt einerseits an der subtilen Methode, mit der die Wochenzeitung ihr rechtslastiges Evangelium verbreitet, andererseits an der Liberalität des bundesdeutschen Pressewesens. Für die Erhaltung des Grundrechts auf

---

(2) Gassner, Kilian a.a.O.

(3) vgl. S. 17 dieser Arbeit

freie Meinungsäußerung muß die "Deutsche National-Zeitung" wohl oder übel toleriert werden, auch wenn es schwerfällt. Dabei sollte das Blatt jedoch jederzeit beobachtet und kontrolliert werden, damit es nicht doch noch zum legitimen Nachfolger des "Völkischen Beobachters" wird.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

DNZ Jg. 1967-69
V.B. Jg. 1933 u. 1943

Sekundärliteratur :

Bücher:

Abel, Karl-Dietrich; Presselenkung im NS-Staat Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit. Berlin: Colloquium Verlag, 1968

Arnold, Robert F.; Ein neues lexikologisches Verfahren. In: Zs. f. d. österreichischen Gymnasien 52 (1901)

Bahner, Werner; Zum Charakter des Schlagwortes in Sprache und Gesellschaft. In: Wissenschafl. Zs. der Karl-Marx. Univ. Leipzig, Gesellschafts-wissenschaftl. u. Sprachwissenschaftl. Reihe 10 (1961)

Barner, Wilfried; Rhetorische Aspekte der Schlag-wortanalyse, an Texten der Aufklärung. In: Linguistische und literaturwissenschaftliche Analyse von deutschen Gebrauchstexten. Referate des text-linguistischen Symposiums in Kopenhagen 15.-18. September 1975, Kopenhagen 1977 (Kopenhagener Beiträge z. germanist. Linguistik 9

Bauer, Wilhelm; Das Schlagwort als sozialpsychische und geistesgeschichtliche Erscheinung, In: Hist. Zs. 122, 1920

Berning, Cornelia; Vom 'Abstammungsnachweis' zum 'Zucktwart'. Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin 1964

Betz, Werner; Verändert Sprache die Welt ? Semantik, Politik und Manipulation, Zürich 1977

Bork, Siegfried; Tendenzen nationalsozialistischer Sprachregelung. Francke Verlag

Bröder, Friedrich J.; Ein Sprachrohr des Rechtsradikalismus. "Die Deutschen Nachrichten". Eine Studie zur Propagandatechnik und -methode. Mainz: v. Hase u. Koehler Verlag, 1969

Bühler, Karl; Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache. 2., unveränderte Auflage. Mit einem Geleitwort von Friedrich Kainz, Stuttgart, 1965

Dieckmann, Walter; Information oder Überredung. Zum Wortgebrauch der politischen Werbung in Deutschland seit der Französischen Revolution, Marburg 1964

Fabian, Rainer; Die Meinungsmacher. Eine heimliche Großmacht. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag, 1970

Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.); Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts. München, Pullach: Verlag Dokumentation, 1972 S. 381-390, Autorin: Margarete Plewnia "Völkischer Beobachter" (1887-1945)

Marcuse, H.; Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Soziologische Texte. Bd. 40. Hrsg. von Maus/Fürstenberg. Neuwied und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag, 1967

Meyer, Richard M.; "Vierhundert Schlagwörter", Sonderabdruck aus den "Jahrbüchern f. d. class. Altertum, Gesch. u. deutsche Lit. u. für Pädagogik", Leipzig 1900

Noller, Sonja und von Kotze, Hildegard; Facsimile Querschnitt durch den Völkischen Beobachter. München: Scherz Verlag, 1967

NSDAP. Die statistische und geschichtliche Entwicklung der NS-Presse 1926 - 1935. Bd. 1, NS-Gaupresse. München: Hauptarchiv der NSDAP.

Paschner, Günter; Flasches Gewissen der Nation. Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung. Mainz: v. Hase und Köhler Verlag, 1967

Pinthus, Kurt u. a.; "Ich lebe nicht mehr in der Bundesrepublik". List Verlag, München, 1964

Plate, H.; Werbung oder Information ? Zur Sprache moderner Propaganda, In: Sprache im technischen Zeitalter. Stuttgart 1963 (7)

Rosenberg, Alfred (Hrsg.); Das Parteiprogramm-Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. München, 1941

Schmidt, Fritz; Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts. Gemeinschaftsarbeit des Verlags aufgrund authentischen Materials. Berlin: Verlag Archiv und Kartei, 1948

Seidel, Eugen/Seidel-Slotty, Ingeborg; Sprachwandel im Dritten Reich. Eine kritische Untersuchung faschistischer Einflüsse. Halle: VEB Verlag Sprache und Literatur, 1961

Sippel, Heinrich; Agitationsthemen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: National oder Radikal ? Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Mainz, 1966

Stamm; Leitfaden durch Presse und Werbung. 31. Ausgabe. Stamm-Verlag GmbH, Essen 1978

Stammler, Wolfgang; Politische Schlagworte in der Zeit der Aufklärung. In: Lebenskräfte in der abendländ. Geistesgesch. Dank- und Erinnerungsgabe an Ealter Goetz, Marburg 1948

Struck, E.; Bedeutungselemente. Grundzüge einer lat. und griech. Semasiologie (= Hellenen und Römer in deutscher Gegenwart und Zukunft, H 1/2) Leipzig, Berlin 1940

Welzel, Susanne; Literaturverzeichnis Massenmedien. München: Arbeitszentrum Jugend, Film, Fernsehen e. V. 1976

Wülfing, Wulf; Schlagworte des jungen Deutschland. Mit einer Einführung in die Schlagwortforschung, Berlin 1981, Reihe Philologische Studien und Quellen, Heft 106

Franz-Willing, Georg; Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919-1922. Hamburg/Berlin: R.v. Decker's Verlag G. Schenck, 1962

Frederik, Hans; Die Rechtsradikalen. München: Humboldt-Verlag 1965

Frind, Sigrid; Die Sprach als Propagandainstrument in der Publizistik des Dritten Reiches untersucht an Hitlers "Mein Kampf" und den Kriegsjahrgängen des "Völkischen Beobachter". Berlin, 1964 (Inangural-Dissertation, Berlin 1964)

Grebing, Helga; Der Nationalsozialismus, Ursprung und Wesen. München, 1959

Hagemann, Jürgen; Die Presselenkung im Dritten Reich. Bonn: H. Bouvier u. Co. Verlag, 1970

Hagemann, Walter; Publizistik im Dritten Reich. Hamburg: Hausischer Gildenverlag, 1948

Hale, Oron J.; Presse in der Zwangsjacke 1933-1945. Düsseldorf: Droste Verlag, 1965

Heiden, Konrad; Adolf Hitler. Eine Biographie Bd. 1, Zürich, 1948

Hellmann, Manfred W.; Bibliographie zum öffentlichen Sprachgebrauch.

Hitler, Adolf; "Mein Kampf" Eher-Verlag, München, 1930

Jenke, Manfred; Die nationale Rechte Parteien, Politiker, Publizisten. Berlin, 1967

Herausgeber: IG Metall - Landesbezirk Bayern
IG Druck und Papier - Landesbezirk Bayern und
der Gewerkschaftlicher Arbeitskreis der Studenten - München, 2. Auflage, 1965
Die 'Deutsche National-Zeitung' und 'Soldaten-Zeitung' ein Kapitel bundesdeutscher Wirklichkeit.

Klemperer, Victor; LTI. Die unbewältigte Sprache. Aus dem Notizbuch eines Philologen. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1969

Knütter, Hans-Helmuth; Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus. Bonn: Ludwig Röhrscheid Verlag, 1961

Korn, Karl; Sprache in der verwalteten Welt. Frankfurt a. M.: Scheffler-Verlag, 1958

Ladendorf, Otto; Historisches Schlagwörterbuch. Ein Versuch, Straßburg - Berlin 1906

Lachmann, Renate, Rhetorik und kultureller Kontext. In: Plett Heinrich F., Rhetorik, Kritische Positionen zum Stand der Forschung, München, 1977

Lepp, Friedrich; Schlagwörter des Reformationszeitalters, Leipzig 1908

Lübbe, Hermann; Der Streit um Worte, Sprache und Politik, Bochum 1967

Mackensen, Lutz; Verführung durch Sprache. Manipulation als Versuchung. München: List Verlag, 1973

Zeitschriftenaufsätze

Capital, das deutsche Wirtschaftsmagazin. Köln, Nr. 5, 1967, S. 54 ff

Frankfurter Allgemeine Zeitung. 4.4.1959

Der Spiegel, 13. August 1957, Nr. 11, 1963

Amann, Max; Die Presse im zweiten Jahr des nationalsozialistischen Staates: In: NSK Folge 32, Blatt 2, 7. Februar 1935

Gassner, Kilian; "Kampf gegen ein Jauchefaß". In: Die Zeit, Nr. 14, 4.4.1969, S. 15

Hiebsch, Hans; Lehren der modernen Psychologie für Propaganda und Agitation. In: Verband der deutschen Journalisten, Bd. 26, 1964 S. 5-24

Klöckner, Klaus; Hessische Blätter für Volksbildung, Heft 4, 1966

Knütter, Hans-Helmuth; Geistige Grundlagen und politische Richtung der "Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung". Dargestellt am Jahrgang 1961. In: Sonderheft "Für die Demokratie". Herausgegeben vom Bundesverband des DGB. Jahrgang V (XIII), Nr. 4 April 1964

Köhler, Günter; In: Neue Deutsche Presse, Nr. 6, 1966

Maletzke, Gerhard; Propaganda. Eine begriffskritische Analyse. In: Publizistik. 17/2, 1972 S. 153-164

Schueler, Hans; "Geballte Ladung von Haß, Zynismus und Menschenverachtung". In: Die Welt, Nr. 25 v. 30.1.1969

Studien von Zeitfragen. Mainz, Februar 1961

Winters, Peter Jochen; "Rechter Flügel flattert - Die Nationalzeitung attackiert die NPD". In : Christ und Welt, 17.6.1966. Nr. 24, S. 9

Interview mit Bruno Wetzel, verantwortlicher Redakteur der "Deutschen National-Zeitung", am 4. September 1979 in den Redaktionsräumen in München-Pasing, Paosostr. 2.
Interviewer: Thomas Borowski und Andreas Wenzel.

Frage: Ist die DNZ, ähnlich wie der "Bayern-Kurier", eine parteigebundene Zeitung? Bestehen zum Beispiel Verbindungen zur NPD?

Wetzel: Ich meine, Verbindungen bestehen zu vielen Parteien, aber beim "Bayern-Kurier" kann man eher von einer Personalunion von Strauß und der Zeitung sprechen.

Frage: Ist das Verhältnis zwischen DNZ und Dr. Freys DVU aber nicht ähnlich?

Wetzel: Richtig, nur man muß dazu sagen, daß die Deutsche Volksunion keine Partei ist, sondern eine überparteiliche Vereinigung, in der Rechtsform eines e.V.. Es ist allerdings so, daß die Volksunion natürlich auch ein Organ, also ein Mitteilungsblatt hat. Das ist aber auch nicht die "National-Zeitung", sondern der "Deutsche Anzeiger".

Frage: Existierten aber nicht in der Vergangenheit Verlags- bzw. Zeitungsverbindungen zur NPD?

Wetzel: Der Verlag in Rosenheim, der die "Deutsche Wochenzeitung" herausgibt, ist auch ein unabhängiger Verlag. Da waren allerdings enge Verflechtungen zur NPD, und zwar personeller Art. Aber der Verlag war privatrechtlich organisiert und gehörte Herrn Schütz; und der Herr Schütz hat in seinem Verlag eben die Parteizeitung der NPD herausgebracht: die "Deutschen Nachrichten". Er hat also seinen Verlag der NPD zur Verfügung gestellt, das hat sich aber zerschlagen. Da hat sich dann die Sache auch auseinander entwikkelt, und dann hat der Herr Schütz die "Deutschen Nachrichten", die ja nicht der Partei, sondern ihm gehörten, in seine damals schon bestehende "Deutsche Wochenzeitung" eingegliedert. Die NPD bringt jetzt eine parteieigene Zeitung heraus, die "Deutsche Stimme".

Frage: Was erschwert Ihrer Ansicht nach die Zusammenarbeit der politischen Rechten - die Meinungsverschiedenheiten auf diesem Sektor sind ja auffällig? Warum ist trotz ähnlicher politischer Rich-

tung kein Zusammengehen möglich?

Wetzel: Ich möchte mal so sagen: Es bestehen viele Gemeinsamkeiten, das ist richtig. Aber was uns natürlich unterscheidet, das ist die verschiedene Aufgabenstellung. Wir sind nun mal keine Partei, sondern wir geben eine überparteiliche, ungebundene Zeitung heraus, die naturgemäß über eine Parteimitgliedschaft auch hinaus ragen kann.

Frage: Strenggenommen: Ist die DNZ also keine Parteizeitung?

Wetzel: Das steht absolut fest, weder von den Besitzverhältnissen, noch daß sie sich irgendeiner Partei unterordnen würde. Sondern wir behalten uns das Recht vor, kritisch über alle Parteien zu berichten, wenngleich - wie gesagt - es auch mal sein kann, daß Gemeinsamkeiten in der politischen Anschauung vorhanden sind.

Frage: Haben persönliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Frey und von Thadden eine mögliche Zusammenarbeit in der Vergangenheit verhindert?

Wetzel: Das kam damals sicherlich noch dazu, daß von seiten des Herrn Thadden auch gar nicht ein enges Zusammengehen mit der "National-Zeitung" gewünscht wurde.

Frage: Aus welchen Gründen?

Wetzel: Das ist schwer zu sagen. Aber ich vermute, daß es zurückzuführen ist auf das, was eigentlich die ganze Triebfeder unserer Gesellschaft ist, und das ist eben die Konkurrenz.

Frage: Ist diese Konkurrenz zwischen den "Deutschen Nachrichten" und der DNZ auch verantwortlich für die sinkenden Auflagenzahlen der "National-Zeitung"? Ende der 60er Jahre hatten Sie ja zwischenzeitlich noch eine Auflage von 165.000?

Wetzel: Das sind dann einzelne Werbenummern gewesen, das waren einzelne Spitzenergebnisse. Die Durchschnittsauflage der "National-Zeitung" - und das bestätigt uns auch der Verfassungsschutz-Bericht von Jahr zu Jahr - ist steigend. Wir sind ja nicht nur innerhalb des sogenannten nationalen oder rechten Lagers, dem wir uns ja nun zurechnen, die Größten, sondern man kann uns

bereits messen mit anderen politischen Wochenzeitungen. Und da ist unsere Stärke der freie Verkauf, der bei der DNZ im Vergleich zu den Abonnenten den größten Anteil hat. Und wenn man die Verkaufszahlen des freien Verkaufs zugrundelegt, dann ist die "National-Zeitung" die zweitgrößte Wochenzeitung. Die größte politische Wochenzeitung im freien Verkauf ist "Die Zeit", dann kommt die "National-Zeitung", während der "Bayern-Kurier" ja automatisch an die CSU-Mitglieder ausgeliefert wird und im freien Verkauf gar keine Chancen hat, oder ganz wenig.

Frage: Wodurch finanziert sich die DNZ? Was sind die Gründe für das Fehlen eines ausreichenden Anzeigenteils überhaupt? Ist dies etwa ein beabsichtigtes Konzept?

Wetzel: Nein, bestimmt nicht, ich würde liebend gern den Anzeigenteil vervielfachen, aber wir haben nun mal festgestellt, daß wir aus politischen Gründen einem weitgehenden Anzeigenboykott unterliegen; und das hängt meines Erachtens auch damit zusammen, daß die Anzeigen, die von großen Firmen vergeben werden - und das sind ja die interessanten vom Geschäft her -, von Werbeagenturen vergeben werden, und offenbar sind dort Leute, die größtenteils eben anderer Meinung sind.

Frage: In diesem Zusammenhang wären auch Empfehlungen der deutschen Industrie zu nennen, nicht in der DNZ zu inserieren, da diese im Ausland aufmerksam beobachtet wird.

Wetzel: Es gibt einigen Druck, der auf unsere Inserenten ausgeübt wird. Es gab Zeiten, wo auch bei uns tatsächlich größere Firmen inserierten. Ich meine, es kommt ja nun darauf an, welche Anzeigenkunden für eine bestimmte Zeitung überhaupt in Frage kommen. Natürlich kann man das nicht vergleichen mit dem Anzeigenaufkommen einer Tageszeitung. Wir sind ja überregional. Es sind ja Spielregeln da, und es hat natürlich keinen Sinn, wenn ein Metzger aus München bei uns sein Sonderangebot ankündigt. Es kommen also nur wirklich überregionale große Firmen in Frage, und da ist es eben schwierig, weil ein großer Druck ausgeübt wird. Beispielsweise hat die IG Metall in ihrer Zeitschrift vor Jahren so eine Rubrik gebracht und die ganzen Firmen, die bei uns inserierten, aufgeführt und das Ganze mit

einem Vorspann versehen: "Diese Firmen inserieren in der National-Zeitung und unterstützen dadurch den Rechtsradikalismus. Wer bei diesen Firmen kauft, tut ungefähr dasselbe." Das hat mich ein bißchen an Ähnliches im Dritten Reich erinnert.

Frage: Man hat, wenn man Ihre Zeitung liest, immer den Eindruck, sie fühlen sich eigentlich ganz wohl, mit dem Rücken an die Wand gedrückt?

Wetzel: Daß das nicht nur ein Gefühl ist, sehen Sie daran, daß wir einem starken juristischen Druck unterliegen, dem wir aber immer erfolgreich widerstehen konnten. Der Dr. Frey ist der meistverfolgte politische Bürger der Bundesrepublik. Wir haben es jetzt von der Staatsanwaltschaft München zusammenstellen lassen, weil wir das selber gar nicht mehr gezählt haben. Und es wurde uns bestätigt - die Strafanzeigen, die von vornherein keine Aussicht auf Erfolg hatten, sind nicht mitgerechnet -:Die Anzeigen, die zur Ermittlung führten, haben mittlerweile die Zahl von rund 450 erreicht. Wir dachten auch, er wäre überhaupt der meistverfolgte oder in Strafprozesse am meisten verwickelte Bürger; aber da haben wir festgestellt, daß die Beate Uhse bei etwa 1000 liegt, sodaß wir den Spruch jetzt abgewandelt haben: Er kommt an zweiter Stelle, aber bei politischen Delikten an erster.

Frage: Darin steckt aber eine ganze Portion Selbstironie.

Wetzel: Wir sind natürlich auch einerseits etwas stolz darauf geworden, daß die Verfahren immer so erfolgreich ausgingen.

Frage: Gab es nicht auch Verfahren, die Sie verloren haben?

Wetzel: Was Sie jetzt ansprechen, ist ein Zivilverfahren, kein Strafverfahren. Das ist das Verfahren, das Herr Wiesenthal gegen uns angestrengt hat, das ist aber noch nicht abgeschlossen. Zivilverfahren haben wir aber relativ wenig.

Frage: Kommen wir auf die Frage der Finanzierung zurück. Kann sich eine Wochenzeitung ohne ausreichendes Anzeigenaufkommen bei einem Verkaufspreis von DM 1,50 überhaupt tragen?

Wetzel: Das ist ein großes Problem. Üblicherweise ist ja das Anzeigengeschäft das größere Geschäft, nicht der Verkaufspreis.

Man geht davon aus, um finanziell gesund zu sein, sollte das Anzeigengeschäft wenigstens 75 % der Einnahmen ausmachen. Das ist uns nicht gelungen, wie man weiß. Bei uns sind es nur zwei bis drei Prozent, das spielt also überhaupt keine Rolle. Ein gewisser Ausgleich wird dadurch geschaffen, daß Teile unserer Leser uns mit Spenden helfen.

Frage: Zur Redaktionszusammensetzung: Beschäftigt die DNZ viele freie Mitarbeiter?

Wetzel: Ja, sogar eine ganze Menge, zum Teil Personen, die nur unter Pseudonym schreiben können, verständlicherweise, weil sie sonst Nachteile hätten, zum Teil aber auch Fachleute auf allen Gebieten, die uns teilweise auch insofern unterstützen, daß sie umsonst schreiben.

Frage: Gibt es unter den freien Mitarbeitern auch Vertreter anderer Parteien, die in Ihrer Zeitung einmal nicht parteikonforme Meinungen äußern wollen?

Wetzel: Ja, wenn sie etwas losbekommen wollen, was sie sonst nicht unterbringen können, das ist richtig.

Frage: Es bestanden ja Verbindungen zum "Bayern-Kurier" in der Person Armin Mohlers. Existieren heute noch ähnliche Verbindungen zu anderen Parteien oder Zeitungen?

Wetzel: Ja, daß Armin Mohler früher einmal für die "National-Zeitung" geschrieben hat, ist richtig, aber das ist lange her. Das hat sich aus irgendwelchen Gründen zerschlagen. Ich kann dazu deshalb nichts sagen, weil ich damals noch ein kleines Kind war, so lange ist das her.

Frage: Können Sie trotzdem etwas über die Entstehung der "Soldaten-Zeitung" als Vorläufer der DNZ sagen?

Wetzel: Sie wurde mit amerikanischer Hilfe gegründet. Die Amerikaner hatten wohl das Bestreben zur Vorbereitung der Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Absicht, die Bevölkerung auf diesem Wege mit dem Gedanken wieder vertraut zu machen.

Frage: Daher war die "Soldaten-Zeitung" auch militaristischer ausgerichtet als die heutige DNZ?

Wetzel: Das kommt auch in der Namensänderung zum Ausdruck. Die SZ

wurde also mit dieser massiven finanziellen Hilfe gegründet, konnte sich aber nicht halten, geriet also finanziell immer mehr in die roten Zahlen.

Frage: Was verstehen Sie unter massiver Hilfe?

Wetzel: Die Amerikaner haben damals einmalig 100!000 DM bereitgestellt. Das war Anfang der 50er Jahre, für damals eine ganze Menge Geld. Wahrscheinlich so viel wie heute eine Million.

Frage: Wie war das mit der darauffolgenden Unterstützung durch das Bundespresseamt?

Wetzel: Das Bundespresseamt hat, weil die ja natürlich einer Meinung mit den Amerikanern waren, und das ist auch heute noch so, die Zeitung dann auch unterstützt. Aber es ist immer schwieriger geworden, das Blatt zu halten, weil es sich trotz dieser Hilfe nicht entwikkeln konnte. Dann hat vor zwanzig Jahren Dr. Frey die Zeitung erworben und hat sie zu einer ganz anderen Zeitung gemacht, d.h. er war da völlig frei von allen Vorgeschichten und hat die Zeitung dann in eigener Regie ohne jegliche Unterstützung zu dem gemacht, was sie heute ist.

Frage: Kommen wir noch einmal auf das Problem der freien Mitarbeiter zurück. Warum werden die Artikel in der heutigen DNZ meist nicht, wie noch Ende der 60er Jahre üblich, namentlich gezeichnet?

Wetzel: Das hängt damit zusammen, glaube ich, daß die Unduldsamkeit, die man uns gegenüber aufbringt, also die Presse und staatliche Stellen, wohl größer geworden ist. Das ist zur Zeit eine regelrechte Hysterie, sie bezieht sich auf alles, was rechts ist, unter anderem auch als Folge von "Holocaust". Alles, was rechts der Mitte ist, wird als nationalsozialistisch oder faschistisch hingestellt. Es geht, glaube ich, nicht nur uns so,der Herr Strauß und die CSU sind auch davon betroffen. Zum Beispiel dieser "Rock gegen rechts", der der sich gegen die NPD-Parteitage entwickelt hat, wie zum Beispiel jetzt in Frankfurt, der heißt jetzt "Rock gegen Strauß", also es ist offenbar alles, was vom parteipolitischen Standpunkt her rechts von ihnen steht, faschistisch.

Frage: Deuten nicht die Strafverfahren und der Benda -Verbotsantrag Ende der 60er Jahre eher daraufhin, daß damals der Druck auf das rechte Spektrum stärker war als heute?

Wetzel: Die Strafverfahren werden eigentlich weniger. Ich vermute, daß, nachdem man sah, daß man juristisch nicht durchkommt, weil wir uns völlig im Rahmen der Gesetze bewegen, man jetzt hier mehr diese unterschwellige Unterdrückung vornimmt. Diesen Druck verspüren auch manche unserer freien Mitarbeiter. Das heißt: Sie wollen es jetzt gar nicht ausprobieren und sagen: "Lieber sind wir etwas vorsichtig." Der Druck wird auf jeden Fall stärker, und man setzt uns - wie beispielsweise bei "Holocaust" - mit jemand gleich, der wir eben nicht sind. Dadurch stauen sich starke Haßgefühle gegen uns auf. Wir sehen es auch daran, daß vor kurzem zweimal ein Sprengstoffanschlag gegen uns verübt wurde. Das war nachts. Es war Glück, daß keiner da war. Mittlerweile sind auch viele Sicherheitsmaßnahmen ergriffen worden. Wir waren damals einfach zu sorglos.

Frage: Haben Sie nach solchen Aktionen Gefühle der Selbstbestätigung? Sehen Sie sich als Märtyrer für die deutsche Sache?

Wetzel: Ich möchte das anders beschreiben. Ich würde so sagen: Dadurch daß wir so viele Reaktionen hervorrufen bis hin zu Bomben, ist für mich bewiesen, daß wir von unserer Meinung her auf dem richtigen Weg sind. Wenn wir keinerlei Reaktionen hervorrufen würden, dann hätten wir nichts Entscheidendes beizutragen.

Frage: Gibt es auch positive Reaktionen?

Wetzel: Da haben wir natürlich auch nette Erlebnisse. Zum Beispiel diese kolossale Spendenbereitschaft.

Frage: Zu wieviel Prozent finanziert sich die DNZ denn aus Spenden?

Wetzel: Da spielen natürlich viele Faktoren mit. So haben wir eine sehr hohe Zahlungsmoral bei unseren Abonnenten, was bei anderen Zeitungen gar nicht so sehr der Fall ist. Wir haben eine gesunde, solide finanzielle Basis.

Frage: Sie haben also eine ausgesprochen starke "Leser-Blatt-Bindung". Wird die hier angesprochene Identifikation des Lesers mit der DNZ als "seinem Blatt" nicht gerade durch die Anfeindungen begründet?

Wetzel: Das wird natürlich dazu beitragen, daß die Leser sich noch enger an uns schließen. Das kommt auch darin zum Ausdruck - das hat auch eine Untersuchung ergeben - , daß das einzelne Exemplar der "National-Zeitung" von relativ vielen Leuten gelesen wird, weil unsere Leute sie gern weitergeben, zum Teil an vier bis fünf Leser.

Frage: Daraus können wir also schließen, daß die gelesene Auflage im Vergleich zu anderen Zeitungen überproportional höher ist als die gedruckte?

Wetzel: Ja, bestimmt. Bei einer Tageszeitung oder einer normalen Zeitung sind es nur halb so viele.

Frage: Wie hoch liegt die Auflage der DNZ heute, und warum sind Sie nicht mehr der IVW-Auflagenliste angeschlossen?

Wetzel: Es sind jetzt genau 100.000 . Wir sind aus der IVW-Auflagenliste ausgetreten, weil der einzige Zweck dieser Liste, nämlich an mehr Anzeigen heranzukommen, nie erreicht wurde.

Frage: Was sagen sie zu Kritikern, die Ihnen vorwerfen, Sie würden die Zeit des Nationalsozialismus verherrlichen?

Wetzel: Wenn wir den Nationalsozialismus restaurieren wollten, dann wären wir schon längst im Gefängnis.

Frage: Sind aber nicht vielleicht Ihre Leser radikaler als die Redaktion der DNZ?

Wetzel: Dazu muß ich natürlich sagen, daß es sicher keiner Zeitung in der Welt gelingen wird, auf jeden einzelnen Leser einzuwirken oder ihm ins Gedächtnis oder ins Gehirn zu gucken. Aber es kann durchaus sein, daß einer das über uns glaubt, was über uns behauptet wird, und uns aus dem Grund einmal kauft. Aber der wird dann sicher bald enttäuscht sein.

Frage: Es wird Ihnen vorgeworfen, daß eine Rechtfertigung der NS-Zeit in Ihrer Zeitung zwar nicht expressis verbis auftaucht, jedoch zwischen den Zeilen mitschwingt. Das entzieht Sie dem juristischen Zugriff, wird aber doch vom Leser sicherlich verstanden?

Wetzel: Unsere Strafgesetze würden auch ausreichen, wenn man den Nationalsozialismus zwischen den Zeilen beweihräuchern würde. Das zu unterbinden, dazu würden sie schon ausreichen. Ich glaube auch nicht, daß man bei uns etwas zwischen den Zeilen lesen kann, sondern unsere Absage an den Nationalsozialismus ist derart absolut, daß darüber kein Zweifel bestehen kann. Wenn wir von Nationalsozialismus sprechen, geht es uns in erster Linie nicht um Rechtfertigung, sondern um Richtig-

stellung, da wir eben der Meinung sind, und zu dieser Meinung sind wir aufgrund vieler Forschungen von Sachverständigen gekommen, daß eben vieles verzerrt dargestellt wird, gerade in der jüngsten deutschen Vergangenheit. Da ist es unser Bestreben, unserer Meinung nach verzerrte Darstellungen oder unrichtige oder halbwahre richtigzustellen. Wenn das manchmal zu einer Rechtfertigung dadurch wird, können wir das nicht verhindern.

Frage: Man kann sich des Eindrucks aber nicht erwehren, daß gerade dieser Effekt bewußt angestrebt wird.

Wetzel: Wissen Sie, ich muß jemandem, den ich verurteile, trotzdem auch Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Also mit anderen Worten: Wenn ich mich zum Beispiel von meiner Frau scheiden lassen will, dann werde ich ihr auch trotzdem in allen Punkten Recht geben müssen, wo sie nun mal recht hat. Ich kann dann nicht, obwohl ich fest entschlossen bin, mich von ihr zu trennen, ihr alle möglichen Unwahrheiten nachsagen.

Frage: Aber indem Sie Dokumentationen über Verbrechen an Deutschen veröffentlichen, entsteht der Eindruck, Sie wollten sie gegen die Kriegsverbrechen der Deutschen aufrechnen?

Wetzel: Nicht aufrechnen, sondern wie ich gerade schon sagte, geraderücken und richtigstellen. Wir sind der Meinung, wenn junge deutsche Menschen aufwachsen nur unter dem Erlebnis, daß es deutsche Verbrechen gab - auch die gab es ja zweifellos, was wir auch durchaus anfügen, nur auch hier wieder im richtigen Rahmen -, dann glaube ich, daß für diese jungen Menschen ein furchtbar schiefes und falsches Weltbild entstehen muß, ein unrichtiges und halbwahres Weltbild. Und jede Halbwahrheit ist auch eine halbe Lüge, und um diese Dinge wieder zurechtzurücken in ihre tatsächlichen Proportionen, wollen wir eben die ganze Wahrheit sagen.

Frage: Sind Sie wirklich der Meinung, daß die junge Generation ein derartiges Weltbild besitzt und darunter leidet?

Wetzel: Sie werden feststellen: Warum wird denn zum Beispiel eine Dokumentation über Verbrechen an den Sudetendeutschen nicht verbreitet, obwohl sie doch auch Wahrheiten enthält? Es ist ja nichts Erlogenes. Und eben um einen solchen Eindruck bei jungen

Menschen zu vermeiden, wird derartiges in der DNZ veröffentlicht. Denn es muß ja ein furchtbarer Schuldkomplex auf die Leute einwirken, wenn sie glauben, nur die eigene Nation habe diese große Schuld auf sich geladen, alle anderen aber nicht.

Frage: Wo sehen Sie denn die Gründe für einen solchen "Schuldkomplex" der jungen Generation?

Wetzel: Das geht vielen jungen Leuten so. Wir sehen das auch gerade an Zuschriften politischer Gegner, daß dieser Schuldkomplex da ist. So schreiben uns zum Beispiel junge Leute, wir hätten gar nicht das Recht, uns "National-Zeitung" zu nennen, denn seit dem Dritten Reich dürfe ein Deutscher das Wort "national" gar nicht mehr in den Mund nehmen, weil wir eben diese schwere Schuld auf uns geladen hätten.

Frage: Räumen Sie nicht den Verbrechen an Deutschen einen zu großen Stellenwert ein?

Wetzel: Daß wir vielleicht die Verbrechen, die an Deutschen geschahen, überbetonen, liegt irgendwo vielleicht daran, daß wir, selbst wenn die "National-Zeitung" von hinten bis vorne voll wäre mit Verbrechen an Deutschen, angesichts der riesigen Flut anderer Publikationen sowieso gar keinen Ausgleich schaffen könnten, weil wir die einzigen sind, die so etwas bringen.Über die Verbrechen der Deutschen wird genug geschrieben. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, einen gewissen Gegenpol zu bilden, dabei aber nicht mit Lügen zu arbeiten, sondern auch mit der Wahrheit, und solche Verbrechen, die tatsächlich auch in deutschem Namen geschehen sind, aber auch zu zuzugeben.
Wir wollen uns darum bemühen, wenn wir von Ungereimtheiten erfahren, der Sache auf den Grund zu gehen. Weil, wenn ich zum Beispiel höre, in Auschwitz seien zwei Millionen ungarische Juden umgekommen, auf der anderen Seite aber in allen einschlägigen Nachschlagewerken zu lesen ist, daß vor 1933 nur 600.000 Juden in Ungarn gelebt haben, dann ist das bereits auf den ersten Blick eine Ungereimtheit. Und dann bin ich natürlich als wahrheitsliebender Mensch bemüht, der Sache auf die Spur zu gehen, wie sowas zustandekommt. Und da kann man nicht sagen, es kommt nicht auf die Zahlen an! Wissen Sie, wenn einmal gelogen wird, ist man mißtrauisch und sagt: Wer weiß, ob da

nicht mehr an der ganzen Sache dran ist.

Frage: Man kann aber doch nicht Zahlen und Fakten so weit reduzieren, daß auf einmal selbst die Existenz von KZ bzw. deren Insassen bezweifelt wird?

Wetzel: Uns geht es - wie gesagt - darum, eben, und das sagt auch Prof. Diewald - und das ist ja nun wirklich kein Rechtsextremist -, das es Aufgabe der historischen Forschung einfach ist, die Wahrheit als solche zu ermitteln, völlig wertneutral. Das ist ja keine Wertung, wenn es nun mal keine zwei Millionen waren, sondern viel viel weniger, die umgekommen sind - aus welchen Gründen auch immer. Dann muß das eben richtig dargestellt werden und nicht falsch.

Frage: Ist es nicht verständlich, wenn diese Zahlenspielereien nicht nur in den Augen von Juden unerträglich sind? Wir erinnern da an Schlagzeilen wie "Die Lüge von 6 Millionen ermordeter Juden"...

Wetzel: Ein ermordeter Jude wäre einer zuviel, das ist ganz klar. Es geht ja auch, und das mag dem einen oder anderen makaber erscheinen, um gewaltige Schadenersatzansprüche, die aus diesen Zahlen abgeleitet werden und die von einer Generation mitgetragen werden, die bestimmt nicht schuldig ist, da sie damals noch gar nicht gelebt hat. Wir haben eine ganz neue Generation mittlerweile, die bei uns im Staat schon teilweise führend tätig ist. Und das sind Leute, die freier an die Sache herangehen können und dann auch einmal unberechtigte Forderungen mit dem Hinweis, daß es nicht so war, zurückweisen. Wir wollen damit auch gerade der jungen Generation helfen, weil wir ja damit auch moralisch erpreßt werden.

Frage: Ist hier die Basis für Ihre Kritik am Staat Israel zu sehen?

Wetzel: Zum Beispiel hören wir aus Israel immer, wenn unsere Regierung einmal eine andere Meinung vertritt - in der Siedlungspolitik beispielsweise -, daß wir besondere Verpflichtungen haben. Und auch aus dem Grunde muß man unwahre Darstellungen zurückweisen.

Frage: Wird in der DNZ nicht Antisemitismus als Antizionismus

verkauft?

Wetzel: Gerade weil wir unsere Beziehungen zu Israel von diesen besonderen Bedingungen lösen wollen, deshalb gehen wir die israelische Politik genauso kritisch an wie die Politik irgendwelcher anderen Länder. Mit unserer Kritik sind wir sogar in Gesellschaft mit der UNO. Wir fassen unsere Aufgabe einfach so auf, einen Gegenpol zu bilden, auch wenn wir nur eine Auflage von 100 hätten.

Frage: Wie würden Sie das publizistische Selbstverständnis der DNZ umschreiben? Was sind Ihre Wertvorstellungen und Ziele?

Wetzel: Es sind gewisse Grundwerte, die wir vertreten, die sich dann natürlich an die aktuelle politische Lage angleichen und da entsprechend dann angewandt werden müssen. Eine unserer Grundeinstellungen ist beispielsweise unsere antikommunistische Einstellung. Eines unserer Hauptanliegen , dem wir uns verschrieben haben, ist nicht, die Wiedervereinigung durchzuführen - das können wir nicht - aber den Willen zur Wiedervereinigung wachzuhalten, weil wir der Meinung sind, das entspricht dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Man hört ja in letzter Zeit sehr viel von Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts. Für alle möglichen weit entfernten Staaten wird es gefordert, für Deutschland aber recht wenig. Und deshalb sind wir der Meinung, wir brauchen nicht für das Selbstbestimmungsrecht von Zimbabwe-Rhodesien einzutreten, weil das genug getan wird. Dann würden wir in einem riesigen Meer von anderen, die das auch tun, untergehen.

Frage: Wäre für Sie auch eine Wiedervereinigung Deutschlands möglich, die auf einer Annäherung der beiden politischen Systeme basieren würde, oder nur unter Anwendung des diesseitigen politischen Systems?

Wetzel: Wie die Wiedervereinigung einmal aussehen wird kann man nicht sagen. Deshalb sagte ich auch nicht: Wir wollen die Wiedervereinigung durchführen, sondern den Willen zur Wiedervereinigung als Grundvoraussetzung wachalten. Welches politisches System im wiedervereinigten Deutschland maßgebend sein sollte, das muß dann das deutsche Volk entscheiden.

Frage: Wird dieser Gedanke nicht auch von den etablierten Parteien wachgehalten?

Wetzel: Viel zu wenig in meinen Augen. Im Gegenteil ist ja jetzt die Diskussion im gange, den 17. Juni als Gedenktag abzuschaffen. Sicher, es gibt einzelne prononcierte Vertriebenenpolitiker, die aber natürlich einsame Rufer in der Wüste sind. Ich finde, es ist keine Schande, wenn man als deutsche Zeitung auch für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen eintritt. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ist mit Sicherheit gegen die Mauer, den Stacheldraht und die Selbstschußanlagen.

Frage: Wie stehen Sie zur Ostpolitik der jetzigen SPD/FDP-Regierung?

Wetzel: Diese Ostpolitik schätzen wir so ein, das sie ohne Zwang Positionen aufgibt, ohne etwas dafür zu erhalten. Man kann sicher einmal Positionen aufgeben, wenn man dafür Gegenleistungen erhält, die wertvoller sind. Die menschlichen Erleichterungen sind jederzeit widerrufbare, sogenannte "Erleichterungen". Ständig werden die Leute ja trotzdem abgewiesen - jetzt gerade zur Leipziger Messe wieder Hunderte - oder werden auf den Transitwegen gar verhaftet oder wegen Fluchthilfe angeklagt. Kein Mensch kann es kontrollieren. Sie kennen ja die Schikanen.

Frage: Meinen Sie, ein härterer Kurs würde mehr einbringen?

Wetzel: Aber Vorleistungen ohne Gegenleistungen bringen überhaupt garnichts. Dann haben wir halt leider momentan die Lage, daß sich nichts tut. Aber ich bin der Meinung: Lieber es tut sich nichts, als das es rückwärts geht. Vorwärts geht es momentan auch nicht, das sehe ich ganz klar. Wir sind ohne Not rückwärts gelaufen.

Frage: Ist aber nicht die Brandt/Scheel-Regierung in Sachen Ostpolitik mit einem moralischen Anspruch angetreten, gerade unter Verzicht auf das Prinzip Leistung-Gegenleistung?

Wetzel: Verzicht ohne Gegenleistung? Ich meine, dann ist ja Politik am falschen Platz.

Frage: Kommen wir nochmal auf Vorwürfe von Kritikern zurück. Haben Sie das Gefühl, daß man der DNZ völlig ungerechtfertigt etwas unterstellt, was Sie gar nicht meinen oder beabsichtigen?

Wetzel: Ja, wenn nur zehn Prozent von dem stimmen würde, was

man über uns schreibt, dann müßten wir dauernd im Gefängnis sitzen. Ich denke nur, manche Behauptungen über uns sollten manche Leute stutzig machen. Weil manchmal derartige Dinge uns untergeschoben werden, die wir vertreten würden, die eben derart krass sind, daß sich derjenige ausrechnen könnte, daß es schon deshalb nicht stimmen kann.

Frage: Wie erklären Sie sich denn dann die offenbar so zahlreichen Mißverständnisse und die damit verbundenen Strafprozesse gegen die DNZ und wie werten Sie diese Verfahren?

Wetzel: Daß wir nur eine andere politische Meinung vertreten als es vielleicht zur Zeit opportun ist, dazu leben wir doch im Zeitalter der Demokratie, wo man Pressefreiheit hat. Die politische Meinung entzieht sich der Wertung des Richters. Und solange sich diese politische Meinung in ihrer Vertretung im Rahmen der Gesetze bewegt - und das tut sie ja - ist alles in Ordnung.

Frage: Hat sich nicht aber - vielleicht auch als Folge der gerichtlichen Auseinandersetzungen - der Tonfall der DNZ geändert und ist er heute nicht weniger aggressiv als noch in den 60er Jahren?

Wetzel: Auch die Einstellung der Leute, die bei uns schreiben, ändert sich natürlich, auch Zeitungen unterliegen einem Wandel. Unsere Grundanschauungen sind gleich geblieben. Aber das wir vielleicht das eine oder andere heute auch aus der Sicht der Erfahrung heraus etwas anders bewerten, das ist ganz klar und das mag ja auch sein. Denn es wäre natürlich ein Schmarrn, wenn wir an einer Politik festhalten würden, die wir zwar damals vertreten haben, die heute aber überholt ist.

Frage: Auch das Gesicht der Zeitung hat eine Änderung erfahren. Wir denken da etwa an die Aufmachung der Schlagzeilen...

Wetzel: Es geht da bis in die Formulierungen, diese Meinungsänderung. Das sehen Sie ja auch am Wahlprogramm zum Beispiel der CDU, die im Jahre '47 sogar Enteignung forderte, ich meine hier das Ahlener Programm. Wogegen Strauß heute eine ganz andere Meinung vertritt... Auch der Tonfall ändert sich, das geht soweit, daß sich auch die Einstellung unserer Leser

ändert. Es ist ja nicht so, daß wir immer die gleichen Leser haben. Gerade haben wir festgestellt, daß die jungen Leute nachrücken.

Frage: Ändern Sie die Einstellung der Leser oder ändern die Leser Ihre Einstellung?

Wetzel: Ich glaube, das bedingt sich gegenseitig. Es ist ja klar, daß die Leser auf eine Zeitung einwirken und die Zeitung natürlich auch auf die Leser einwirkt. Aber total umkrempeln kann keiner den anderen.

Frage: Wie macht sich diese enge Beziehung zu den Lesern bemerkbar, haben Sie ein überproportionales Leserbriefaufkommen?

Wetzel: Wir führen eine rege Korrespondenz, auch Leserbriefe sind dabei, und dann natürlich die engen Beziehungen zur "Volksunion", deren Vorsitzender ja Dr. Frey ist.

Frage: Wieviele Mitglieder hat die DVU heute?

Wetzel: 8000. Sie sehen daran, daß es viel leichter ist, Leser zu finden als Mitglieder. Aber wir haben viel mehr Anhänger, das sieht man auch an den Versammlungen.

Frage: Sind die Ziele der DVU mit denen der DNZ identisch bzw. in groben Zügen vergleichbar?

Wetzel: Die Deutsche Volksunion geht natürlich insofern etwas darüber hinaus, weil sie wie jede Vereinigung natürlich ein politisches Programm hat. Das hat eine Zeitung in dem Sinne natürlich nicht, so im Sinne von erstens, zweitens, drittens... Sondern die Zeitung hat in erster Linie die Aufgabe, politische Ereignisse aus der Sicht ihrer Grundeinstellung heraus zu kommentieren. Und die Zeitung als solche will ja keine Forderungen durchsetzen, sie will nur korrigierend einwirken, während die Vereinigung sich konkrete Ziele zur Aufgabe gestellt hat.

Frage: Warum wurde die DVU als e.V. gegründet und nicht als Partei, obwohl sie doch bestimmte politische Ziele verfolgt?

Wetzel: Das hängt mit der Einstellung der Gründer der DVU zusammen, auch mit der von Dr. Frey selbst. Es ist eben nicht jedermanns Sache, eine Partei zu gründen. Man war eben der

Meinung, eine politische Vereinigung sei deshalb zweckmäßig, weil unsere Leserschaft ganz besondere Bindungen zu unseren politischen Vorstellungen hat. Und um denen quasi eine politische Heimat geben zu können, war es eben zweckmäßig, eine politische Organisation zu besitzen, aber parteipolitisch sollte sie eben nicht sein.

Frage: Wie sehen denn die Ziele einer entsprechenden Partei aus?

Wetzel: Das würde dann der Parteitag beschließen. Aber ich nehme an, daß unsere politischen Grundsätze in das Programm einfließen würden. Aber es ist nicht geplant, so etwas durchzuführen.

Frage: Der Parteienverdruß geht also auch bis in Ihr Lager hinüber?

Wetzel: Wir waren auch der Meinung, daß sich die Partei nur dann von der überparteilichen Vereinigung unterscheidet, wenn sie im Parlament sitzt. Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, unterscheiden sich doch gar nicht von uns. Also die DKP ist zwar eine Partei und die DVU nicht, aber sie sind beide nicht im Parlament.

Frage: Unterscheiden sich Partei und Vereinigung aber nicht in ihrem politischen Anspruch voneinander?

Wetzel: Sicher, aber in der praktischen Auswirkung ist es kein Unterschied. Außerdem gibt es da die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel, die es gerade Neugründungen natürlich kolossal erschwert, parlamentarisch Fuß zu fassen.

Frage: Diese Fünf-Prozent-Klausel ist doch gerade als Folgerung der schlechten Erfahrungen mit Splitterparteien in der Weimarer Republik entstanden...

Wetzel: Daß man Maßnahmen ergreift, die der totalen Zersplitterung entgegenwirken, dafür bin ich auch. Aber daß diese Hürde so hoch sein muß, daß sie im Extremfall fünf Prozent der Bevölkerung ausschließen würde von der parlamentarischen Meinungsbildung, das ist mir einfach zu hoch. Im Extremfall 4,9 Prozent - also, wenn Sie auf die Straße laufen und abzählen, dann wäre das jeder zwanzigste, der Ihnen begegnet; und ich garantiere, das ist auf dem Marienplatz eine ganze Menge. Die sind einfach ausgeschlossen.

Frage: Die "Grünen Listen" säßen dann schon im Parlament?

Wetzel: Warum nicht, wenn drei Prozent der Bevölkerung es wünschen? Das ist ein erheblicher Anteil der Bevölkerung, und der muß meines Erachtens dann auch vertreten sein. Noch eins, warum wir nicht eine Partei sind: Es gibt Dinge, gegen die man im Moment noch nichts ausrichten kann, die unsere Chanchen derart erschweren würden. Es ist ja nicht nur so, daß wir an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern, sondern sehr viele Wähler werden ja abgehalten, aus Angst, daß ihre Stimme verloren sei. Die Fünf-Prozent-Klausel ist auch eine psychologische Sperre. Sie sehen es auch genau daran, daß Parteien, die zwei-, dreimal an dieser Klausel gescheitert sind - und sei es noch so knapp - von Mal zu Mal Wählerstimmen verlieren.

Frage: Das klingt so, als würden Sie gar nicht damit rechnen, jemals diese Hürde überspringen zu können. Aus welchem Grund versuchen Sie es nicht?

Wetzel: Unter den jetzigen Verhältnissen? Es wäre vielleicht etwas, das wir probieren könnten, wer weiß? Aber das sind alles Hypothesen. Wir sind schon so realistisch, daß wir sagen, daß eine Parteigründung unsererseits ein Risiko darstellt und momentan keine Chancen hätte; allerdings aus einer ganzen Reihe von Gründen, bis hin zu den Verteufelungen, denen wir sicher ausgesetzt wären. Ich denke hier auch an Scherereien mit den großen Parteien, die stundenlange Sendezeiten zur Verfügung haben und mehr Geld. Das alles zusammen würde uns die Sache doch sehr erschweren.

Frage: Schauen wir in diesem Zusammenhang zurück in die jüngste Vergangenheit. Waren nicht die Streitigkeiten zwischen Dr. Frey und von Thadden mitentscheidend für den schlechten Wahlausgang der NPD?

Wetzel: Man braucht ja nicht, um zusammenzuwirken, alles in einen Topf zu werfen. Man kann ja durchaus verschiedene Instrumente haben. Die politische Rechte kann sich durchaus verschieden artikulieren. Sie könnte sich gegenseitig helfen, meine ich. Wenn die "National-Zeitung" eine Million Leser hätte, würde das meines Erachtens bewirken, daß die NPD

Meinung, eine politische Vereinigung sei deshalb zweckmäßig, weil unsere Leserschaft ganz besondere Bindungen zu unseren politischen Vorstellungen hat. Und um denen quasi eine politische Heimat geben zu können, war es eben zweckmäßig, eine politische Organisation zu besitzen, aber parteipolitisch sollte sie eben nicht sein.

Frage: Wie sehen denn die Ziele einer entsprechenden Partei aus?

Wetzel: Das würde dann der Parteitag beschließen. Aber ich nehme an, daß unsere politischen Grundsätze in das Programm einfließen würden. Aber es ist nicht geplant, so etwas durchzuführen.

Frage: Der Parteienverdruß geht also auch bis in Ihr Lager hinüber?

Wetzel: Wir waren auch der Meinung, daß sich die Partei nur dann von der überparteilichen Vereinigung unterscheidet, wenn sie im Parlament sitzt. Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, unterscheiden sich doch gar nicht von uns. Also die DKP ist zwar eine Partei und die DVU nicht, aber sie sind beide nicht im Parlament.

Frage: Unterscheiden sich Partei und Vereinigung aber nicht in ihrem politischen Anspruch voneinander?

Wetzel: Sicher, aber in der praktischen Auswirkung ist es kein Unterschied. Außerdem gibt es da die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel, die es gerade Neugründungen natürlich kolossal erschwert, parlamentarisch Fuß zu fassen.

Frage: Diese Fünf-Prozent-Klausel ist doch gerade als Folgerung der schlechten Erfahrungen mit Splitterparteien in der Weimarer Republik entstanden...

Wetzel: Daß man Maßnahmen ergreift, die der totalen Zersplitterung entgegenwirken, dafür bin ich auch. Aber daß diese Hürde so hoch sein muß, daß sie im Extremfall fünf Prozent der Bevölkerung ausschließen würde von der parlamentarischen Meinungsbildung, das ist mir einfach zu hoch. Im Extremfall 4,9 Prozent - also, wenn Sie auf die Straße laufen und abzählen, dann wäre das jeder zwanzigste, der Ihnen begegnet; und ich garantiere, das ist auf dem Marienplatz eine ganze Menge. Die sind einfach ausgeschlossen.

Frage: Die "Grünen Listen" säßen dann schon im Parlament?

Wetzel: Warum nicht, wenn drei Prozent der Bevölkerung es wünschen? Das ist ein erheblicher Anteil der Bevölkerung, und der muß meines Erachtens dann auch vertreten sein. Noch eins, warum wir nicht eine Partei sind: Es gibt Dinge, gegen die man im Moment noch nichts ausrichten kann, die unsere Chanchen derart erschweren würden. Es ist ja nicht nur so, daß wir an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern, sondern sehr viele Wähler werden ja abgehalten, aus Angst, daß ihre Stimme verloren sei. Die Fünf-Prozent-Klausel ist auch eine psychologische Sperre. Sie sehen es auch genau daran, daß Parteien, die zwei-, dreimal an dieser Klausel gescheitert sind - und sei es noch so knapp - von Mal zu Mal Wählerstimmen verlieren.

Frage: Das klingt so, als würden Sie gar nicht damit rechnen, jemals diese Hürde überspringen zu können. Aus welchem Grund versuchen Sie es nicht?

Wetzel: Unter den jetzigen Verhältnissen? Es wäre vielleicht etwas, das wir probieren könnten, wer weiß? Aber das sind alles Hypothesen. Wir sind schon so realistisch, daß wir sagen, daß eine Parteigründung unsererseits ein Risiko darstellt und momentan keine Chancen hätte; allerdings aus einer ganzen Reihe von Gründen, bis hin zu den Verteufelungen, denen wir sicher ausgesetzt wären. Ich denke hier auch an Scherereien mit den großen Parteien, die stundenlange Sendezeiten zur Verfügung haben und mehr Geld. Das alles zusammen würde uns die Sache doch sehr erschweren.

Frage: Schauen wir in diesem Zusammenhang zurück in die jüngste Vergangenheit. Waren nicht die Streitigkeiten zwischen Dr. Frey und von Thadden mitentscheidend für den schlechten Wahlausgang der NPD?

Wetzel: Man braucht ja nicht, um zusammenzuwirken, alles in einen Topf zu werfen. Man kann ja durchaus verschiedene Instrumente haben. Die politische Rechte kann sich durchaus verschieden artikulieren. Sie könnte sich gegenseitig helfen, meine ich. Wenn die "National-Zeitung" eine Million Leser hätte, würde das meines Erachtens bewirken, daß die NPD

gebunden. Das entspricht halt der inneren Einstellung.

Frage: Es wird von Kritikern oft Ihr ambivalentes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie zitiert, d.h., daß Sie einerseits die parlamentarische Grundordnung aus Gründen der Pressefreiheit bejahen, andererseits sie aber heftig bekämpfen und somit sich selbst widersprechen?

Wetzel: Ja, das ist aber ein Trugschluß. Ich möchte jetzt nicht sagen, daß die sich das mal wieder aus den Fingern gesogen haben, sondern die unterliegen einem Irrtum. Wir greifen scharf nicht das System an, sondern manche Vertreter des Systems. Und offenbar gibt es in Bonn Leute, die sich mit dem System gleichsetzen. Die sagen also nicht, der Bundestag steht unter Naturschutz, sozusagen, oder unter dem Schutz der Verfassung, sondern der Bundestagsabgeordnete. Da trennen wir also zwischen den Institutionen und der Person. Und wir greifen Personen sehr hart an, das ist richtig. Personen, von denen wir glauben, daß sie eine unheilvolle Politik betreiben. Und wir sind der Meinung: Nicht diese Personen stehen unter dem Schutz der Verfassung, sondern allenfalls die Positionen, die sie bekleiden und die in der Verfassung verankert sind.

Frage: Finden Sie nicht, daß eine Schlagzeile wie "Wehner, Moskaus bester Spion" etwas zu weit geht?

Wetzel: Das ist ja belegt. Die Schlagzeile ist ja bezogen auf eine Zeit, als er tatsächlich Spion Moskaus war, und er ist ja auch rechtskräftig in Schweden zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Frage: Trotzdem klingt es so, als ob der Vorwurf auf die Gegenwart bezogen sei. Ähnlich gehen Sie auch gegen Willy Brandt vor. Beispielsweise weisen Sie in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Brandt ein uneheliches Kind ist und eigentlich Frahm heißt. Warum?

Wetzel: Das gehört zur Information. Personen, die im öffentlichen Leben stehen, müssen es sich auch gefallen lassen, daß private Dinge zur Sprache kommen. Wissen Sie, ich bin der Meinung, um einen Politiker, der an exponierter Stelle steht, umfassend beurteilen zu können, da gehört es auch zur Aufgabe

der Presse, gewissen Dinge aus seinem Privatleben zu enthüllen. Wenn beispielsweise jemand ständig Betrügereien im Privatleben macht, dann ist er nicht der richtige Finanzminister. Und wir haben uns gefragt: Warum hat Brandt wohl seinen Namen geändert. Das ist ja ungewöhnlich, außer bei Schauspielern, daß man seinen angeborenen Namen ablegt und einen anderen annimmt.
Da kommen wir dann zwangsläufig auf Parallelen, daß es beispielsweise im kommunistischen Ostblock üblich ist. Der Stalin heißt auch nicht Stalin, der Tito heißt auch nicht Tito, die nehmen sich alle andere Namen. Und wenn man weiß, daß der Herr Brandt eben damals in der Sozialistischen Arbieterpartei war, die eindeutig kommunistisch war, und daß er im spanischen Bürgerkrieg auf kommunistischer Seite stand, und daß er auch seinen Namen geändert hat und es bis heute bei dieser Namensänderung geblieben ist...

Frage: Hat Brandt nicht im Exil seinen Namen geändert bzw. ihn geändert, um überhaupt emigrieren zu können?

Wetzel: Man kann den Zeitpunkt genau nicht mehr feststellen. Er kam ja dann als norwegischer Major nach der Kapitulation nach Deutschland. Und nach 1945 wäre es ja nicht mehr notwendig gewesen, den Namen zu behalten.

Frage: Was hat das mit der Einschätzung seiner Politik zu tun?

Wetzel: Also, daß er uneheliches Kind ist, das wird bei uns so gut wie nie erwähnt, dafür würde ich die Hand ins Feuer legen, die Namensänderung schon gelegentlich. Es ist ganz und gar nicht so, daß wir jemandem die Unehelichkeit vorwerfen, das wäre ja absurd. Ich kann Ihnen auch sagen, warum wir das einmal erwähnt haben: Es gab vor zwei bis drei Jahren eine Diskussion, wer sein Vater sei. Und da sind nicht nur wir drauf eingestiegen, sondern große Teile der Presse, weil er irgendwelche dunklen Andeutungen machte, wer sein Vater sei, er kenne die Person, aber er wolle sich nicht äußern. In dem Zusammenhang kam das mal vor, aber sonst nie, auch nicht in einem schlitzohrigen Halbsatz.

Frage: Damit wird natürlich Ressentiments Nahrung gegeben?

Wetzel: Da muß ich Sie aber auch mal ganz offen fragen: Offenbar sind diese Gefühle doch vorhanden? Es ist ja nicht so, daß man durch diese Bemerkung die Ressentiments weckt, also erst einmal schafft, sondern offenbar stößt man auf etwas, was bereits vorhanden ist. Es ist auch einer der demokratischen Grundsätze, daß der Wille der Mehrheit zählt. Sicher, ich würde niemals jemandem so etwas zum Vorwurf machen, aber denken Sie sich mal den Gedanken zu Ende, die Mehrheit der Bevölkerung würde es wünschen, daß man jemandem so etwas zum Vorwurf macht...

Frage: Zu einem anderen Thema: Wie würden Sie Ihr Geschichtsbild umreißen? Konservativen wie Rechtsradikalen wird allgemein zugeschrieben, in der Geschichte eine Kontinuität zu betonen und Führergestalten herauszustellen, die angeblich allein "Geschichte machen"?

Wetzel: Was wir erleben, ist ja gerade, daß die Alliierten uns ein neues Geschichtsbild aufoktroyieren wollten. Bei soviel Tradition wie z.B. in Frankreich oder auch in England, wo es keine Kinovorstellung gibt, ohne daß nicht die Nationalhymne gesungen wird, oder in Amerika, wo sich die Schulkinder jede Früh vor der Fahne verbeugen - wenn man hier sowas nur fordern würde, würde man als finsterster Reaktionär hingestellt. Oder diese jährlichen Siegesfeiern in Frankreich - ich hoffe doch, daß das bei uns der Vergangenheit angehört, daß wir die Siege gegenseitig feiern. Da hätten wir auch Gelegenheit, da könnten wir auch den 70er Krieg - da hätten wir noch mehr als sie - feiern.

Frage: Sie sprechen da den Knacks im Selbstbewußtsein der Deutschen nach 1945 an, eine Art kollektives Schuldbewußtsein?

Wetzel: Da kommt noch etwas hinzu: Die Alliierten reden da mit gespaltener Zunge. Es gibt Dinge, die sie selbst intensiv pflegen, uns aber als etwas Verwerfliches vorwerfen. Ich glaube, die Ursache liegt darin, daß wir unter deutschen Politikern schon zu allen Zeiten sehr viele Opportunisten hatten, und daß sehr viele ganz einfach nur das Echo des Auslands hören. Daß sie eben lieber den Weg des geringsten Widerstands gehen, weil sie lieber Forderungen erfüllen, weil sie

dann natürlich in der Weltmeinung besser wegkommen, als wenn sie eben auch mal Forderungen zurückweisen und selbst Forderungen aufstellen.

Frage: Unsere Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland erfordern aber doch auch gerade gute außenpolitische Kontakte, nicht zuletzt der Exporte wegen, auf die die Bundesrepublik angewiesen ist?

Wetzel: Selbstverständlich, ich will ja auch gar nicht, daß sich die Beziehungen verschlechtern. Es geht ja nur darum, ob wir eben widerstandslos sämtliche Forderungen erfüllen, die an uns herangetragen werden oder nicht. Und da muß ich Ihnen, was die wirtschaftliche Abhängigkeit angeht, auch ganz ehrlich sagen, daß auch eine ganze Reihe von Ländern von uns wirtschaftlich abhängig sind, und da können wir auch mal ein bißchen Stolz walten lassen.
Es geht nicht darum, daß wir plötzlich den großen Erpresser spielen, sondern lieber den Kürzeren ziehen sogar, da haben Sie recht, aber die ganze Politik aller Länder ist doch ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Und selbst wirtschaftlich und politisch schwache Länder vertreten ihre Forderungen massiv, und unserer Meinung nach werden unsere Forderungen nicht so vertreten, wie es unserer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung entsprechen würde. Wir tragen auch überall dazu bei: Wir sind der Hauptfinanzier hinter den USA in der Uno, der Hauptfinanzier der EG, wir stellen der NATO die stärkste Streitmacht, wir erfüllen unsere Verpflichtungen ja über. Sodaß wir unserer Meinung nach durchaus auch das Recht hätten, auch mal Forderungen zu stellen - berechtigte natürlich, oder ungerechtfertigte Forderungen an uns zurückzuweisen.

Frage: Sie sprachen gerade die militärische Stärke der Bundesrepublik an. Sehen Sie sich als "National-Zeitung" in punkto Wehrbereitschaft auch in der Tradition der "Soldaten-Zeitung"?

Wetzel: Ja, also die Aufrechterhaltung der Wehrbereitschaft ist auch eines unserer Anliegen. Aber es spielt natürlich nicht mehr die Rolle wie seinerzeit.

Frage: Sie berufen sich auch auf die Tradition der Berliner

"National-Zeitung" von 1848. Wie ließe sich Ihre Position heute kurz umreißen?

Wetzel: Liberal-konservativ, wenn solche Schlagworte überhaupt etwas aussagen. Man hat immer Bedenken dabei, weil sie jeder anders auslegt. Ich meine, Herr Strauß sagt ja auch, er ist ein Liberaler. Es ist schwierig, aber wenn wir schon darüber reden: Wir sind national eingestellt, das ist richtig, freiheitlich, das bedeutet antikommunistisch, weil Kommunismus immer Unfreiheit bedeutet. Wir sind Verfechter des Selbstbestimmungsrechts, natürlich auch für uns Deutsche, und für die Gleichberechtigung der deutschen Nation, also, daß wir nicht aufgrund unserer Vergangenheit besondere Beziehungen haben sollten.

Frage: Die Polen zum Beispiel argumentieren mit demselben Selbstbestimmungsrecht...

Wetzel: Aber ist es Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, die deutschen Ostgebiete zu kassieren? Wissen Sie, es ist eine sehr ungewöhnliche Sache, daß nach einem verlorenen Krieg derartige Landstriche entvölkert wurden und soviele Millionen Menschen umkamen und dann in einer Massenumsiedlung die eigenen Leute da angesiedelt wurden.

Frage: Meinen Sie aber nicht, daß dieses Kapitel abgeschlossen ist?

Wetzel: Wir haben ja noch keinen Frieden geschlossen. Warum wir die Ostverträge ablehnen hat ja verschiedene Gründe: Wir waren der Meinung, daß die Ostgebiete eben nicht der Bundesrepublik gehören, sondern Gesamtdeutschland, und daß über eine eventuelle Aufgabe dieser Gebiete eben kein Teilstaat entscheiden kann, sondern nur der gesamtdeutsche Souverän. Aber den haben wir natürlich zur Zeit nicht, das ist wahr. Aber unser Bemühen ist es, ihn wieder zu errichten, und der könnte dann allenfalls rechtsverbindlich verzichten.

Frage: Das heißt also, die Ostverträge sind in Ihren Augen überhaupt nicht rechtsverbindlich?

Wetzel: Also wir halten die Ostverträge für nichtig. Aber natürlich sind wir uns darüber im klaren, daß diese Verträge nun mal da sind und daß sie künftige Verhandlungen jetzt

kollossal erschweren, denn wenn es jetzt tatsächlich zwischen einem gesamtdeutschen Souverän und Polen zu Verhandlungen käme, dann wäre natürlich durch diese vorzeitige Unterschrift unsere Position erheblich geschwächt, da die natürlich ständig auf die Unterschrift hinweisen würden.

Frage: Ist das nicht sehr utopisch, was Sie sich da vorstellen?

Wetzel: Ganz bestimmt nicht - vielleicht im Moment. Aber Sie brauchen sich ja wirklich nur 'mal die Weltgeschte zu betrachten, wie das einem Wandel unterliegt. Wenn Sie einen Angehörigen des römischen Weltreiches in der Blüte seiner Ausbreitung gefragt hätten, ob dieses Reich jemals am Ende sein würde, dann hätte er Sie ausgelacht. Aber wir glauben daran, daß auch diese zur Zeit in Deutschland ungünstigen Bedingungen sich mit Sicherheit eines Tages ändern werden. Daß es dann zur Wiedervereinigung kommt, dazu ist es dann die Voraussetzung, daß es dann auch beide Seiten wollen. Deshalb ist unsere Aufgabe in der Zwischenzeit, den Willen zur Wiedervereinigung tatkräftig wachzuhalten. Und daß sich die gesamte weltpolitische Lage eines Tages auch zu unseren Gunsten einmal verändern kann - warum nicht? Das lehrt uns die Geschichte. Zum Beispiel die heute so mächtige Sowjetunion leidet unter Spannungen. Da ist einmal das nationale Aufbegehren. Sie besteht aus vielen Völkern, die zum Teil Selbstständigkeit für sich in Anspruch nehmen. Außerdem die Unzufriedenheit mit dem System, die sich eines Tages wie eine Explosion auswirken kann - und die Sowjetunion fällt auseinander. Oder denken Sie an die Politik Chinas...

Wie stehen Sie überhaupt zu China? In Ihrer antikommunistischen Überzeugung müßten Sie es eigentlich kritisieren?

Wetzel: Sehen Sie, das ist eben der große Trugschluß. Wir wollen ja nicht anderen Ländern ihr System vorschreiben, wir wehren uns nur dagegen, daß andere Länder entweder ihr System uns aufzwingen wollen oder deutsche Interessen tangieren. Was die anderen für ein System haben, kümmert uns überhaupt nicht. Und da muß ich allerdings sagen: Deutsche Gebiete sind nicht von China besetzt, sondern von den Russen. Und ich würde die genauso bekämpfen, wenn die ein Kaiserreich hätten oder ein demokratisches System oder ein kommunistisches.

Frage: Steht das nicht in konsequentem Gegensatz zu Ihrem strikten Antikommunismus? Sie bekämpfen also nicht die kommunistische Ideologie, sondern nur die kommunistischen Länder, die deutsche Gebiete besetzen?

Wetzel: Natürlich müssen Sie unterscheiden zwischen Ideologie und politischem System. Aber ich kann doch nicht das poloitische System in anderen Ländern bekämpfen. Ich kann doch nicht die Russen auffordern, sich ein anderes System zu nehmen. Ich kann nur zuschen, daß so etwas in meinem eigenen Land nicht geschieht. Wir wollen wirklich nicht die Ideologie oder die politische Richtung in anderen Ländern beeinflussen, sondern nur für unseren Bereich, also für unser Land. Oder wenn ein anderes Land unsere Interessen tangiert, dann müssen wir uns natürlich darum kümmern. Aber jedes Volk hat natürlich das Recht, sich sein eigenes System zu wählen, und das chinesische Volk natürlich auch. Wir haben mit China überhaupt keine Interessengegensätze.

Frage: Wieviele feste Redaktionsmitglieder hat die "National-Zeitung"?

Wetzel: Vier, mit Dr. Frey.

Frage: Warum hat die "National-Zeitung" keine festen Ressorts mehr wie noch die "Soldaten-Zeitung"?

Wetzel: Bei den Redakteuren haben sich so bestimmte Gebiete herausgebildet, mit denen sie sich dann beschäftigen, wie zum Beispiel Innenpolitik, Außenpolitik, Militärpolitik. Aber es ist nicht so, daß wir im Impressum gewisse Einteilungen vornehmen würden. Die presserechtliche Verantwortung ist klar, sie ist im Impressum ausgewiesen.

Frage: Wie stehen Sie zu Ihren Eigenwerbungen wie "National-Zeitungs-Leser wissen die Wahrheit"?

Wetzel: Das sind Werbesprüche, weil bei den Lesern im freien Verkauf auch ein hoher Anteil an Erstlesern ist.

Frage: Meinen Sie diesen hohen Anspruch, die Wahrheit zu verbreiten, ernst?

Wetzel: Wir streben das an. Aber warum sollte man behaupten, daß man die Unwahrheit sagt? Außerdem glaube ich, daß Wahrheit auch subjektiv ist.

Frage: Man wird das Gefühl nicht los, daß Sie eine Berufung empfinden, eine Art Sendungsbewußtsein, nämlich das deutsche Volk zu retten?

Wetzel: Es geht uns um nichts anderes, als unsere politische Meinung zu vertreten.

Frage: Was sagen Sie dazu, daß die DNZ auch im Verfassungsschutzbericht auftaucht?

Wetzel: Unter dem Kapitel "rechts" sind wir als "rechtsradikale" oder"rechtsextreme" eingeordnet, nicht aber als faschistisch oder terroristisch. Man muß allerdings dazu sagen, daß der Verfassungsschutzbericht natürlich politisch gefärbt ist und die Handschrift des jeweiligen Innenministers trägt. Sie können sich ja unschwer ausrechnen - für den allerdings undenkbaren Fall, daß die NPD die nächste Bundestagswahl gewinnen und den Innenminister stellen würde, dann sähen die Verfassungsschutzberichte wahrscheinlich ganz anders aus. Daran sehen Sie, was dieser Bericht wert ist. Uns interessieren die Gerichtsurteile. Aber daß man gerade uns in diesem Zusammenhang als Rechtsbrecher hinstellen will, die wir doch für Recht und Ordnung sind, das ärgert uns schon.

Frage: Wie stehen Sie zu dem Vorwurf, eine völkische Gesinnung zu vertreten?

Wetzel: Na, aber ein völkisches Denken, wie es im Nationalsozialismus üblich war, kann man uns nicht vorwerfen.

Frage: Wie setzt sich Ihre Leserschaft zusammen, welche sozialen und Altersgruppen stehen im Vordergrund?

Wetzel: Professoren, kirchliche Würdenträger, Akademiker überhaupt. Mir fällt auf, daß in den letzten zwei bis drei Jahren der Zuspruch, auch in den Abonnentenzahlen, bei ganz jungen Leuten sehr groß ist, 14-,15-,16-jährige. Es ist sehr erstaunlich, daß sich auch schon 14-jährige für Politik interessieren.

Frage: Gibt es in Ihrer Zeitung einen Redakteur, der sich ausschließlich um diese Zielgruppe kümmert?

Wetzel: Nein, wir befassen uns mit dem Gedanken. Das ist eine Perspektive.

Herr Wetzel, wir danken Ihnen für das Gespräch.